



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2007



**Januar**

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember





# Monatsbericht des BMF Januar 2007



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006 .....	28
Termine .....	30
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>33</b>
ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 .....	35
Die deutsche G7/G8-Präsidentschaft – Geschichte, Perspektiven und Themen in 2007 .....	41
Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast in den Mitgliedstaaten der OECD .....	47
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006 .....	53
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland .....	69
Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ .....	75
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>81</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	111

## Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland hat zum 1. Januar 2007 zum zwölften Mal die halbjährige Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Gemeinsam stehen die nunmehr 27 Mitgliedstaaten vor der Aufgabe, mit den Folgen der Globalisierung und der veränderten demografischen Entwicklung so umzugehen, dass neues Vertrauen der Bürger in die Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems entsteht. Deutschland wird daher im Vorsitz des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) besonders hervorheben, dass die Zeiten für die Mitgliedstaaten jetzt günstig sind, um notwendige strukturelle Reformen voranzubringen und um die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu konsolidieren.

Als vor 32 Jahren Helmut Schmidt und Valérie Giscard d'Estaing zum ersten so genannten Weltwirtschaftsgipfel einluden, standen ökonomische Themen im Mittelpunkt der Agenda. An diese Tradition will Deutschland wieder anknüpfen, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel zum G8-Gipfel in Heiligendamm einlädt. Unter dem Leitmotiv „Wachstum und Verantwortung“ sollen die Ausgestaltung der globalisierten Weltwirtschaft und die Entwicklung Afrikas im Mittelpunkt stehen. Erfolge beim Schuldenabbau für die Ärmsten der Armen sind Beleg dafür, dass sich das Engagement der G8 auszahlt – und zwar nicht nur im eigenen Interesse.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) beurteilt jährlich die aktuelle und geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner Mitgliedstaaten und gibt Empfehlungen hierzu ab. Für Deutschland erkennt der IWF die jüngsten Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung ausdrücklich an. So wird die Mehrwertsteuererhöhung in Kombination mit der Senkung der Sozialabgaben als eine zentrale strukturelle Maßnahme begrüßt, die zur Beschäftigungsförderung und



zur Unterstützung der Konsolidierungsanstrengungen beiträgt. Angesichts der demografischen Entwicklung hält der IWF weitere Konsolidierungsanstrengungen für notwendig. Wichtig aber ist: Deutschland hat auf dem Weg zu zukünftig tragfähigen Staatsfinanzen mit den bereits verabschiedeten Maßnahmen erhebliche Fortschritte gemacht und zugleich Impulse für Wachstum und Beschäftigung gegeben.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt jährlich international vergleichbare Statistiken zum Steueraufkommen und zur Steuerstruktur in den 30 OECD-Mitgliedstaaten bereit. Methodisch fundiert aufbereitete Daten sind für die Politikberatung auf nationaler wie internationaler Ebene unerlässlich. Die aktuellen „Revenue Statistics“ der OECD präsentieren für 2004 endgültige Resultate, für 2005 vorläufige Angaben über die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte. Hier wie auch bei der Analyse der wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich zeigt sich erneut: Deutschland hat im internationalen Vergleich eine geringe gesamtwirtschaftliche Steuerbelastung und nimmt bei der Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge in Relation zum BIP) einen mittleren Platz ein. Entgegen dem OECD-Trend hat sich die Abgabenquote in Deutschland 2005 nicht erhöht, sondern ist konstant geblieben. Das Aufkommen der Steuern auf Einkommen und Gewinne ist im gleichen Jahr – trotz der hier erfolgten Tarifsenkung – in Relation zum BIP erstmals wieder gestiegen. Der

Normalsatz der Umsatzsteuer ist unterer EU-25-Durchschnitt. Lediglich bei der Belastung der Gewinne von Kapitalgesellschaften hat Deutschland eine im internationalen Vergleich eher hohe nominale Steuerbelastung. Dies werden wir mit der Unternehmensteuerreform 2008 ändern.

Die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in Deutschland in den zurückliegenden Jahren gravierend verändert. Dies hat zu einer Veränderung der Aufgabenschwerpunkte in der Zollverwaltung – vor allem im Bereich der Steueraufsicht und der Sicherung der Sozialsysteme – geführt. Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, hat die Bundesfinanzverwaltung mit

dem Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ eine umfangreiche Umstrukturierung in Angriff genommen. Ziel ist, durch eine wirksam aufeinander abgestimmte Aufgabenwahrnehmung die Sicherung der Staatseinnahmen und der Sozialsysteme sowie die Sicherheit für Staat und Bürger zu gewährleisten.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006 .....	28
Termine .....	30



## Finanzwirtschaftliche Lage

Mit einer Neuverschuldung von 27,9 Mrd. € fällt der Abschluss des Bundeshaushalts 2006 noch einmal spürbar besser aus, als dies auf Basis der November-Steuerschätzung angenommen

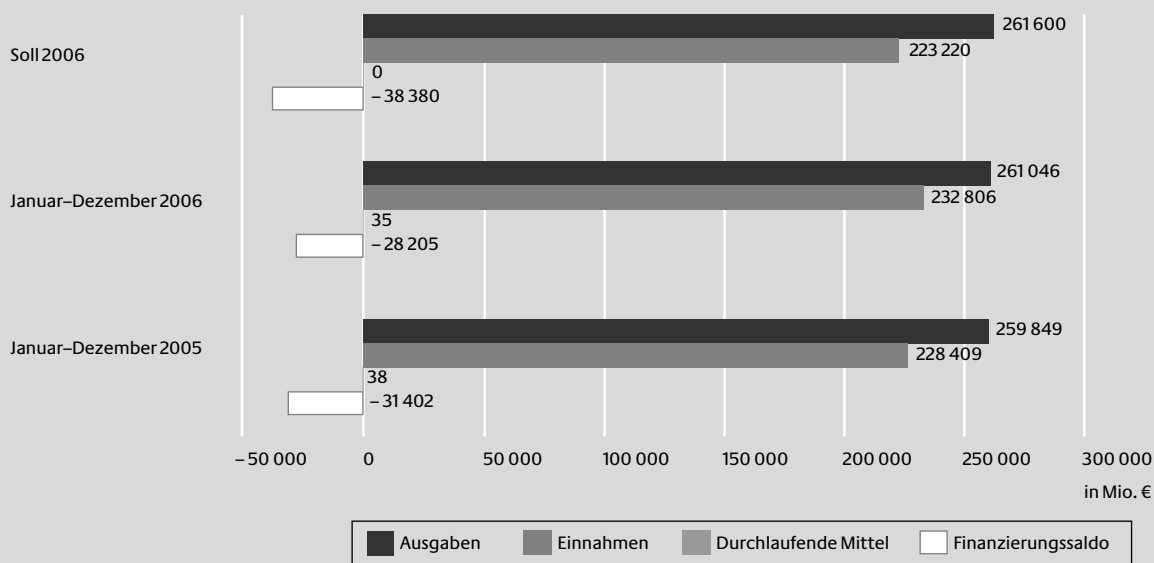
werden durfte. Die im Haushaltssoll vorgesehene Nettokreditaufnahme (38,2 Mrd. €) wird auf Basis des vorläufigen Haushaltsabschlusses um mehr als 10 Mrd. € unterschrit-

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2006	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Dezember 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,6	261,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	0,5
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	232,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,3	1,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	194,0	203,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	7,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 38,4	- 28,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	0,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,3
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 38,2	- 27,9

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



ten. Die Neuverschuldung erreicht damit ihren niedrigsten Wert seit 2001.

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Jahr 2006 auf 261,0 Mrd. € und enden damit 0,6 Mrd. € unter Soll. Gegenüber dem Vorjahres-Ist bedeu-

tet dies lediglich einen Zuwachs um 0,5 %, der damit deutlich unter der Inflationsrate liegt. Dass dies trotz höherer Ausgaben im Bereich Arbeitsmarkt gelungen ist, ist ein Beleg für die konsequente Haushaltsdisziplin des Bundes.

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Dezember 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Dezember 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	47 999	47 732	18,3	47 505	18,3	0,5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	4 059	1,6	3 840	1,5	5,7
Verteidigung	27 768	27 707	27 795	10,6	27 768	10,7	0,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 677	7 620	2,9	7 866	3,0	- 3,1
Finanzverwaltung	2 899	3 390	3 151	1,2	2 899	1,1	8,7
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 334	12 047	4,6	11 444	4,4	5,3
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	925	0,4	925	0,4	0,0
BAföG	1 049	1 090	1 072	0,4	1 049	0,4	2,2
Forschung und Entwicklung	6 666	7 170	7 004	2,7	6 666	2,6	5,1
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 391	134 509	51,5	133 048	51,2	1,1
Sozialversicherung	75 898	74 761	74 431	28,5	75 898	29,2	- 1,9
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	397	0,2	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 263	38 677	14,8	35 169	13,5	10,0
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	26 414	10,1	25 001	9,6	5,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	4 017	1,5	3 533	1,4	13,7
Wohngeld	1 085	1 000	956	0,4	1 085	0,4	- 11,9
Erziehungsgeld	2 873	2 830	2 801	1,1	2 873	1,1	- 2,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	2 798	1,1	3 118	1,2	- 10,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	911	897	0,3	912	0,4	- 1,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 590	1 488	0,6	1 788	0,7	- 16,8
Wohnungswesen	1 262	1 071	1 002	0,4	1 262	0,5	- 20,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 276	5 654	2,2	6 446	2,5	- 12,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	869	1 123	0,4	1 226	0,5	- 8,4
Kohlenbergbau	1 645	1 563	1 562	0,6	1 645	0,6	- 5,0
Gewährleistungen	1 355	1 500	794	0,3	1 355	0,5	- 41,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 856	11 012	4,2	11 119	4,3	- 1,0
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	6 195	2,4	6 241	2,4	- 0,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	9 295	3,6	9 465	3,6	- 1,8
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	5 361	2,1	5 472	2,1	- 2,0
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	3 409	1,3	3 443	1,3	- 1,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 805	38 412	14,7	38 122	14,7	0,8
Zinsausgaben	37 371	37 557	37 469	14,4	37 371	14,4	0,3
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>259 849</b>	<b>261 600</b>	<b>261 046</b>	<b>100,0</b>	<b>259 849</b>	<b>100,0</b>	<b>0,5</b>

Die Einnahmen summierten sich ohne Münzeinnahmen auf 232,8 Mrd. € und übertrafen das Vorjahresergebnis um 4,4 Mrd. € (+1,9%). Davon entfielen auf die Steuereinnahmen 203,9 Mrd. €; damit lagen sie um 13,8 Mrd. € (+7,2%) über dem Vorjahresergebnis. Die November-Steuerschätzung war bereits von Steuermehreinnahmen für den Bund von 8,4 Mrd. € ausgegangen; dieser Wert wird mit dem Haushaltsabschluss noch einmal um 1,5 Mrd. € auf nunmehr 9,9 Mrd. € übertroffen. Die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen, insbesondere die außerordentliche Steigerung der gewinnabhän-

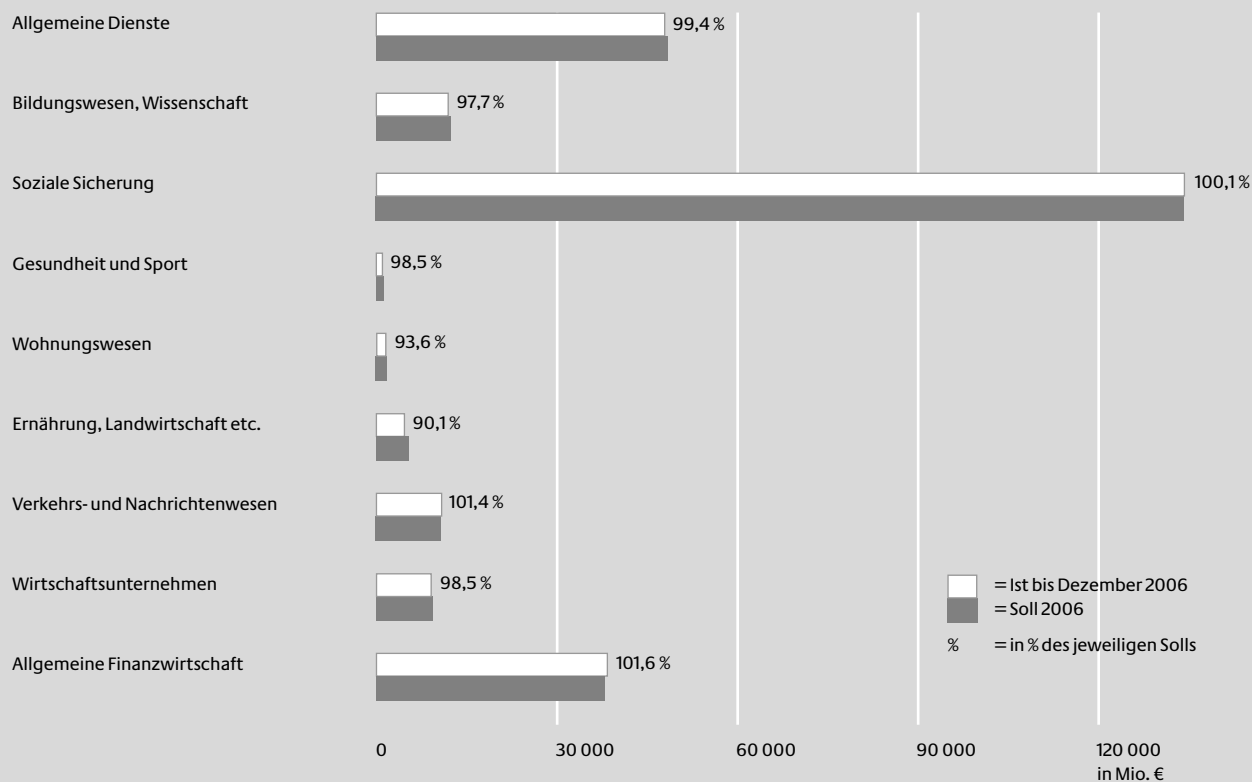
gigen Steuern, sind ein Beleg für die dynamische konjunkturelle Entwicklung im abgelaufenen Jahr und Hauptursache für den im Vergleich zur Planung erheblich günstigeren Abschluss des Bundeshaushalts. Die Steuermehreinnahmen sind vollständig zur Senkung der Nettokreditaufnahme verwandt worden.

Die Verwaltungseinnahmen in Höhe von 28,9 Mrd. € gingen im Vergleich zum Vorjahr, bedingt durch nicht wiederholbare positive Einmaleffekte in 2005, um –24,5% zurück. Das Ist-Ergebnis 2006 lag jedoch nur um 1,1% unter der Soll-Veranschlagung.

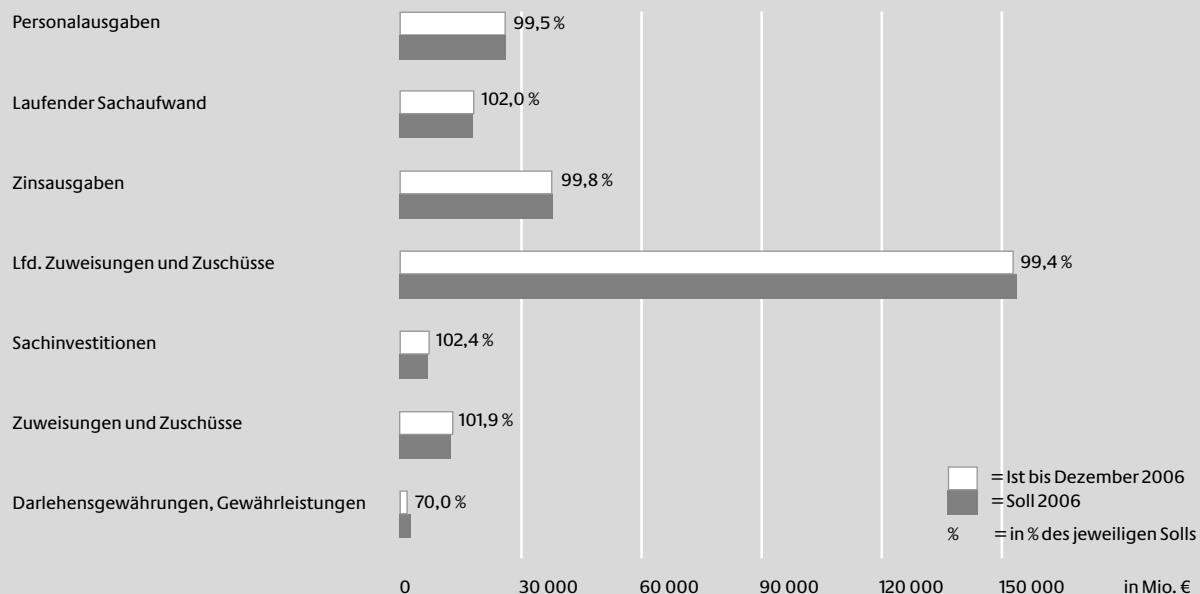
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Dezember 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Dezember 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>236 088</b>	<b>239 075</b>	<b>238 330</b>	<b>91,3</b>	<b>236 088</b>	<b>90,9</b>	<b>0,9</b>
Personalausgaben	26 372	26 237	26 110	10,0	26 372	10,1	– 1,0
Aktivbezüge	19 891	19 819	19 730	7,6	19 891	7,7	– 0,8
Versorgung	6 481	6 418	6 380	2,4	6 481	2,5	– 1,6
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	18 349	7,0	17 712	6,8	3,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 474	1 450	0,6	1 596	0,6	– 9,1
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	8 517	3,3	7 992	3,1	6,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	8 382	3,2	8 124	3,1	3,2
Zinsausgaben	37 371	37 557	37 469	14,4	37 371	14,4	0,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	156 016	59,8	154 274	59,4	1,1
an Verwaltungen	13 921	13 759	13 937	5,3	13 921	5,4	0,1
an andere Bereiche	140 353	143 137	142 079	54,4	140 353	54,0	1,2
darunter:							
Unternehmen	13 474	16 649	14 275	5,5	13 474	5,2	5,9
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	32 256	12,4	32 747	12,6	– 1,5
Sozialversicherungen	90 219	92 079	91 707	35,1	90 219	34,7	1,6
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	387	0,1	360	0,1	7,5
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>23 761</b>	<b>23 225</b>	<b>22 715</b>	<b>8,7</b>	<b>23 761</b>	<b>9,1</b>	<b>– 4,4</b>
Finanzierungshilfen	16 516	16 280	15 603	6,0	16 516	6,4	– 5,5
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 679	12 916	4,9	12 617	4,9	2,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	3 013	2 109	0,8	3 340	1,3	– 36,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	578	0,2	559	0,2	3,4
Sachinvestitionen	7 246	6 945	7 112	2,7	7 246	2,8	– 1,8
Baumaßnahmen	5 779	5 487	5 634	2,2	5 779	2,2	– 2,5
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	943	0,4	961	0,4	– 1,9
Grunderwerb	506	536	536	0,2	506	0,2	5,9
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>– 699</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>259 849</b>	<b>261 600</b>	<b>261 046</b>	<b>100,0</b>	<b>259 849</b>	<b>100,0</b>	<b>0,5</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Dezember 2006



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Dezember 2006



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Dezember 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Dezember 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>190 149</b>	<b>193 995</b>	<b>203 903</b>	<b>87,6</b>	<b>190 149</b>	<b>83,2</b>	<b>7,2</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	151 369	159 693	68,6	146 608	64,2	8,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	74 430	80 347	34,5	70 910	31,0	13,3
davon:							
Lohnsteuer	50 541	51 085	52 122	22,4	50 541	22,1	3,1
veranlagte Einkommensteuer	4 150	5 674	7 466	3,2	4 150	1,8	79,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	5 225	5 952	2,6	4 976	2,2	19,6
Zinsabschlag	3 076	3 121	3 359	1,4	3 076	1,3	9,2
Körperschaftsteuer	8 166	9 325	11 449	4,9	8 166	3,6	40,2
Steuern vom Umsatz	74 149	75 530	77 732	33,4	74 149	32,5	4,8
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 409	1 614	0,7	1 549	0,7	4,2
Energiesteuer	40 101	39 350	39 916	17,1	40 101	17,6	- 0,5
Tabaksteuer	14 273	14 700	14 387	6,2	14 273	6,2	0,8
Solidaritätszuschlag	10 315	10 548	11 277	4,8	10 315	4,5	9,3
Versicherungsteuer	8 750	8 750	8 775	3,8	8 750	3,8	0,3
Stromsteuer	6 462	6 550	6 273	2,7	6 462	2,8	- 2,9
Branntweinabgaben	2 151	2 160	2 166	0,9	2 151	0,9	0,7
Kaffeesteuer	1 003	1 000	973	0,4	1 003	0,4	- 3,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 677	- 14 689	- 6,3	- 14 581	- 6,4	0,7
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 15 450	- 14 586	- 6,3	- 15 075	- 6,6	- 3,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 3 677	- 1,6	- 3 258	- 1,4	12,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 7 053	- 3,0	- 7 053	- 3,1	0,0
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>38 260</b>	<b>29 225</b>	<b>28 903</b>	<b>12,4</b>	<b>38 260</b>	<b>16,8</b>	<b>- 24,5</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 685	3 768	1,6	1 411	0,6	167,0
Zinseinnahmen	400	341	885	0,4	400	0,2	121,3
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	9 459	4,1	20 400	8,9	- 53,6
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>228 409</b>	<b>223 220</b>	<b>232 806</b>	<b>100,0</b>	<b>228 409</b>	<b>100,0</b>	<b>1,9</b>

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2006

Der positive Verlauf der Einnahmenentwicklung setzte sich im Dezember 2006 weiter fort, allerdings mit niedrigeren Zuwachsraten als in den Vormonaten. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) nahmen dabei im Vorjahresvergleich um + 4,3 % zu. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stieg um + 6,8 %, während bei den Bundessteuern (– 2,2 %) und den Ländersteuern (– 3,6 %) Einbußen zu verzeichnen waren.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Dezember 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 7,4 %. Sie liegt damit deutlich über dem Ergebnis der November-Steuerschätzung 2006 (+ 6,6 %).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im Dezember um + 2,1 % über dem Vorjahresergebnis. Für das Gesamtjahr 2006 ergibt sich damit ein Zuwachs von + 7,2 %.

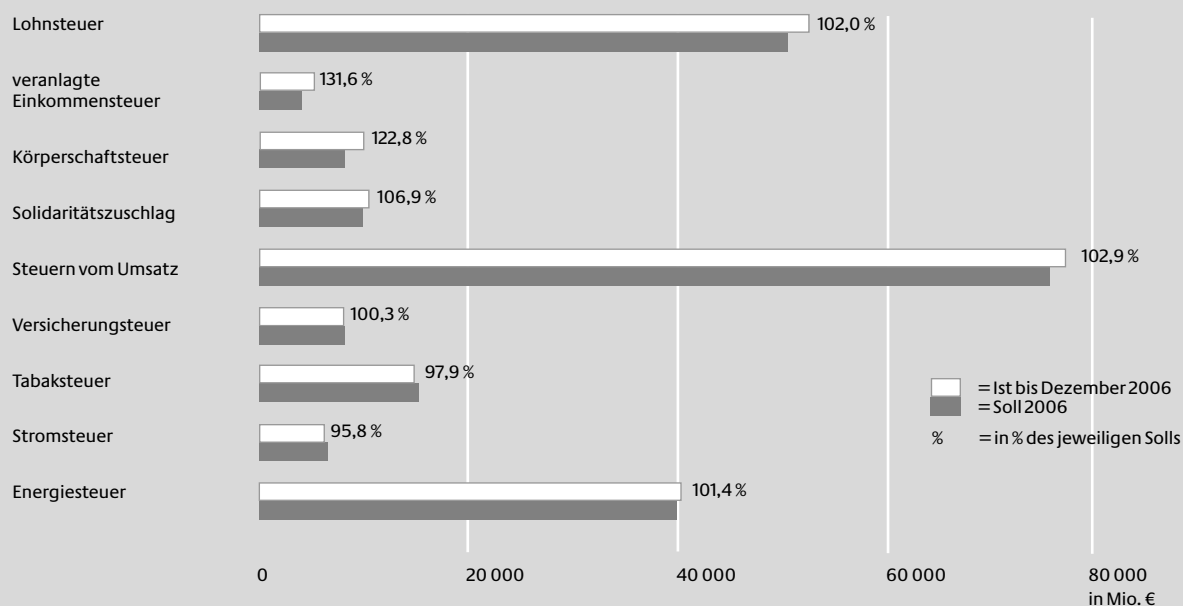
Bei der Lohnsteuer hat sich der seit Mitte des Jahres andauernde positive Trend weiter fortgesetzt. Die aufgehellte Lage am Arbeitsmarkt sorgte auch im Dezember für einen kräftigen Zuwachs des Kassenaufkommens von + 3,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Leicht relativiert wird dieses Ergebnis dadurch, dass im Dezember 2005 umfangreiche Auszahlungen von Arbeitnehmersparzulage das kassenmäßige Aufkommen der Lohnsteuer geschnitten hatten.

Auch das Ergebnis der veranlagten Einkommensteuer lag mit + 12,5 % klar im positiven Bereich, wobei ein gutes Drittel des Zuwachses auf geringere Abzüge (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, Eigenheim- und Investitionszulage) zurückzuführen ist.

Der leichte Rückgang (– 0,6 %) bei der Körperschaftsteuer kam angesichts einer außerordentlich starken Basis im Dezember 2005 nicht überraschend und kann so das über das gesamte Jahr (+ 40,2 %) durchweg positive Bild nicht trüben.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzte sich die in der 1. Jahreshälfte begonnene Aufwärtsentwicklung weiter fort. Steigende Unternehmensgewinne sorgen hier für die ver-

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Dezember 2006





stärkte Ausschüttung von Dividenden an die Anteilseigner. Wie bereits im November zeigte sich auch zum Ende des Jahres 2006 ein kräftiger Aufkommenssprung (+ 45,0 %), was angesichts einer bereits sehr starken Vorjahresbasis in dieser Form nicht erwartet werden konnte.

Nach positiven Ergebnissen in den Vormonaten war für den Zinsabschlag im Dezember 2006 mit – 3,0 % ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Angesichts des weiter nach oben gerichteten Trends bei den Zinssätzen kann aber in den Folgemonaten durchaus wieder mit positiven Resultaten gerechnet werden.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz legte mit + 8,3 % gegenüber dem Vorjahr deutlich zu. Anders als dies oft im Verlauf des Jahres der Fall war, wird dieses erfreuliche Ergebnis allerdings nicht von der auf Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten erhobenen Einfuhrumsatzsteuer (– 0,4 %), sondern von der Umsatzsteuer (+ 11,3 %) getragen. Hier ist davon auszugehen, dass in Erwartung der Mehrwertsteuererhöhung vorgezogene Käufe dauerhafter Konsumgüter maßgeblich zu diesem Resultat beigetragen haben. Darauf weisen auch die Zahlen zu den Einzelhandelsumsätzen November 2006 hin, die insbesondere im Bereich Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte und Baubedarf einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

Die reinen Bundessteuern gingen im Dezember um – 2,2 % zurück, was in erster Linie auf

einen Sondereffekt bei der Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer) zurückzuführen ist. Eine Änderung der Steuerschuldnerschaft beim Erdgas infolge des Energiesteuergesetzes hatte in den Monaten September bis November für Mehreinnahmen gesorgt, die nun im Dezember wieder ausgeglichen wurden. Ohne diesen Effekt wäre das Energiesteueraufkommen im Dezember 2006 nicht um – 6,9 % gesunken, sondern hätte im Plus gelegen.

Das Aufkommen der Tabaksteuer legte überraschend kräftig zu (+ 16,6 %), da die Unternehmen ihre Produktion als Reflex auf die zum 1. Januar 2007 in Folge der Mehrwertsteuererhöhung erfolgte Anpassung der Mindeststeuer zum Jahresende hin verstärkten. In den ersten Monaten des Jahres 2007 muss allerdings mit entsprechenden Mindereinnahmen gerechnet werden.

Während der Solidaritätszuschlag (+ 4,5 %) infolge von Zuwächsen bei seinen Bemessungsgrundlagen, die Versicherungsteuer (+ 7,9 %) und die Branntweinsteuer (+ 11,4 %) ebenfalls zulegten, war bei der Stromsteuer ein Rückgang von – 19,6 % zu verzeichnen.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern ging im Dezember 2006 um – 3,6 % zurück, wobei sich nur für die Grunderwerbsteuer ein Zuwachs (+ 12,6 %) ergab. Die Ursachen für diesen Anstieg dürften in erster Linie in der Mehrwertsteuererhöhung und Umstrukturierungen in

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Dezember 2006



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2006).

Wohnungsbaugesellschaften in einzelnen Bundesländern zu suchen sein.

Die Biersteuer büßte – 0,4 % gegenüber dem Vorjahr ein, die Rennwett- und Lotteriesteuer

ging um – 3,8 % zurück und auch das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer (– 5,2 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (– 13,7 %) war rückläufig.

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2006	Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	17 336	3,9	122 612	3,1	122 000	2,6
veranlagte Einkommensteuer	8 422	12,5	17 566	79,9	17 150	75,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 021	45,0	11 904	19,6	11 100	11,5
Zinsabschlag	586	– 3,0	7 633	9,2	7 500	7,3
Körperschaftsteuer	6 256	– 0,6	22 898	40,2	23 150	41,7
Steuern vom Umsatz	13 284	8,3	146 688	5,0	146 200	4,6
Gewerbesteuerumlage	901	10,3	3 838	7,0	3 689	2,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	760	19,6	3 175	20,7	3 053	16,0
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>48 566</b>	<b>6,8</b>	<b>336 315</b>	<b>9,2</b>	<b>333 842</b>	<b>8,4</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	8 621	– 6,9	39 916	– 0,5	39 700	– 1,0
Tabaksteuer	2 098	16,6	14 387	0,8	14 200	– 0,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	435	11,4	2 160	0,9	2 186	1,6
Versicherungsteuer	678	7,9	8 775	0,3	8 750	0,0
Stromsteuer	564	– 19,6	6 273	– 2,9	6 350	– 1,7
Solidaritätszuschlag	1 893	4,5	11 277	9,3	11 303	9,6
übrige Bundessteuern	208	– 12,9	1 428	– 2,5	1 434	– 1,5
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>14 497</b>	<b>– 2,2</b>	<b>84 215</b>	<b>0,8</b>	<b>83 923</b>	<b>0,5</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	315	– 5,2	3 763	– 8,2	3 712	– 9,4
Grunderwerbsteuer	545	12,6	6 125	27,9	5 870	22,5
Kraftfahrzeugsteuer	662	– 13,7	8 937	3,0	8 800	1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	142	– 3,8	1 775	– 2,1	1 725	– 4,8
Biersteuer	59	– 0,4	779	0,3	782	0,6
sonstige Ländersteuern	15	9,1	349	– 18,5	353	– 17,6
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 738</b>	<b>– 3,6</b>	<b>21 729</b>	<b>5,6</b>	<b>21 242</b>	<b>3,2</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	327	– 2,5	3 880	14,9	3 850	14,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	311	X	3 676	12,8	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	1 214	18,3	14 586	– 3,2	14 750	– 2,2
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 852</b>	<b>23,5</b>	<b>22 142</b>	<b>2,0</b>	<b>22 200</b>	<b>2,3</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>33 455</b>	<b>2,1</b>	<b>203 952</b>	<b>7,2</b>	<b>202 425</b>	<b>6,4</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>25 612</b>	<b>5,7</b>	<b>195 056</b>	<b>8,1</b>	<b>193 424</b>	<b>7,2</b>
<b>EU</b>	<b>1 852</b>	<b>23,5</b>	<b>22 142</b>	<b>2,0</b>	<b>22 200</b>	<b>2,3</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>4 210</b>	<b>6,5</b>	<b>24 988</b>	<b>8,4</b>	<b>24 808</b>	<b>7,7</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>65 129</b>	<b>4,3</b>	<b>446 139</b>	<b>7,4</b>	<b>442 857</b>	<b>6,6</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2006.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Dezember gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende November bei 3,70 % lag, notierte Ende Dezember bei 3,94 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,64 % Ende November auf 3,73 % Ende Dezember. Die Europäische Zentralbank hat zuletzt am 7. Dezember 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Dezember liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte seitdem bei

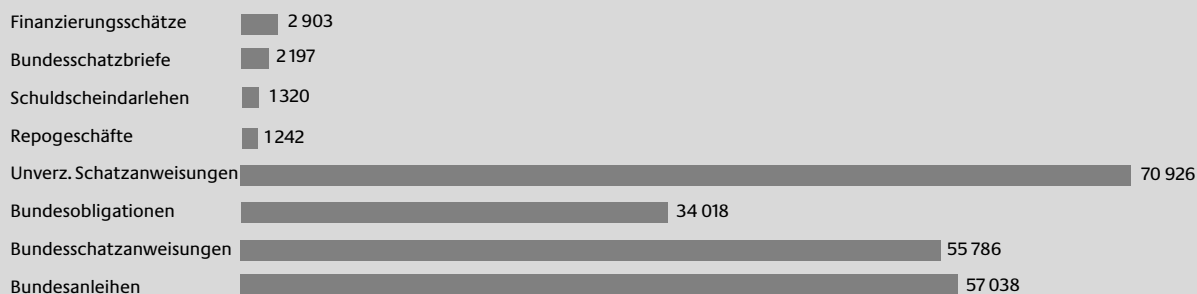
3,50 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,50 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,50 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Dezember wieder zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 6309 auf 6612 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3987 auf 4131 Punkte (Monatsendstände).

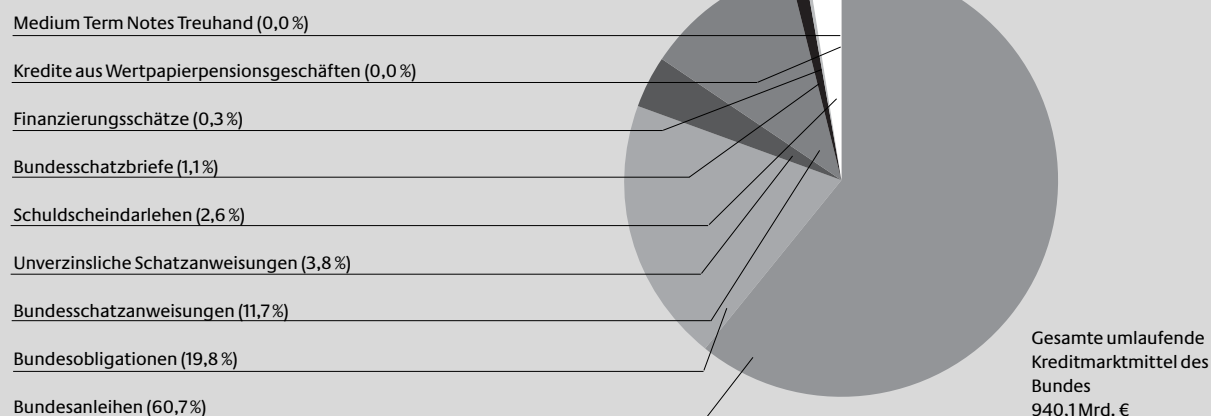
## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im November 2006

## Kreditaufnahme des Bundes bis Dezember 2006 in Mio. €



## Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Dezember 2006



auf 9,3 % (nach 8,5 % im Oktober). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum September bis November 2006 erhöhte sich auf 8,8 %, verglichen mit 8,4 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor sank im Euroraum leicht von 12,1 % im Oktober auf 11,9 % im November. Das Geldmengen- und Kreditwachstum bleibt infolge des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus hoch. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,0 % im Oktober auf 4,2 % im November.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Jahr 2006 bis einschließlich Dezember

225,4 Mrd. €. Davon wurden 223,9 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch eine inflationsindexierte Anleihe über 9,0 Mrd. €, Marktpflegeoperationen, Schuldscheindarlehen sowie Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Dezember 2006 um 5,0 % auf 940,1 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 1. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2007“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 58 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2007 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,6	–	–	15,6
Bundesobligationen	–	18,0	–	18,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,0	0,4
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,2	0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,2	0,3	2,9	3,4
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>22,3</b>	<b>24,4</b>	<b>24,0</b>	<b>70,7</b>

### Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Zinszahlungen	13,9	1,5	1,2	16,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2007 auf rund 70,7 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2007 auf rund 16,6 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2007

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135317 WKN 113 531	Aufstockung	3. Januar 2007	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137164 WKN 113 716	Aufstockung	17. Januar 2007	2 Jahre fällig 12. Dezember 2008 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2006 erster Zinstermin: 12. Dezember 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Neuemission	24. Januar 2007	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135317 WKN 113 531	Aufstockung	14. Februar 2007	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137172 WKN 113 717	Neuemission	14. März 2007	2 Jahre fällig 13. März 2009 Zinslaufbeginn: 13. März 2007 erster Zinstermin: 13. März 2008	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Neuemission	28. März 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 6 Mrd. €
<b>1. Quartal 2007 insgesamt</b>				<b>ca. 40 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114999 WKN 111 499	Neuemission	15. Januar 2007	6 Monate fällig 18. Juli 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115012 WKN 111 501	Neuemission	12. Februar 2007	6 Monate fällig 15. August 2007	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115020 WKN 111 502	Neuemission	12. März 2007	6 Monate fällig 12. September 2007	ca. 6 Mrd. €
<b>1. Quartal 2007 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Wirtschaftswachstum war 2006 so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr.
- Aufschwung machte sich auch mit deutlichem Beschäftigungsaufbau am Arbeitsmarkt bemerkbar.
- Impulse im 4. Quartal dürften sowohl von kräftiger Inlandsnachfrage als auch vom Außenhandel gekommen sein.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um real 2,5 % und damit so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr gestiegen. Dabei sind nun endlich die außenwirtschaftlichen Impulse auf die Binnennachfrage übergesprungen. So waren, anders als in den beiden vorangegangenen Jahren, die Wachstumsimpulse aus dem Inland mit 1,7 Prozentpunkten stärker als aus dem Ausland (+ 0,7 Prozentpunkte). Dies war vor allem auf die stark gestiegenen Bruttoanlageinvestitionen zurückzuführen. Dabei setzten die Ausrüstungsinvestitionen ihren aufwärts gerichteten Kurs mit dem höchsten Anstieg seit dem Jahre 2000 fort (+ 7,3 %). Auch die Bauinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet (+ 3,6 %), so dass das Baugewerbe im vergangenen Jahr seine langjährige Krise beendet haben könnte. Nachdem in den vorangegangenen Jahren die Erwerbstätigkeit und hier insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich zurückgegangen war, erholte sich der Arbeitsmarkt 2006 im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der spürbare Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung unterstützte die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und deren Konsumausgaben. Die positive Entwicklung der Binnenkonjunktur zeigte sich auch in einer günstigeren Einnahmen- und Ausgabensituation der öffentlichen Haushalte als noch im Jahr zuvor. So stiegen die Steuereinnahmen 2006 kräftig um 7,4 % gegenüber dem Vorjahr, was insbesondere auf die Zunahme der gewinnabhängigen Steuern

zurückzuführen ist (veranlagte Einkommensteuer + 79,9 %, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag: + 19,6 %, und Körperschaftsteuer: + 40,2 %). Auch die Zunahmen der Lohnsteuer (+ 3,1 %) und der Steuern vom Umsatz (+ 5,0 %) trugen zu einer besseren Kassenlage der öffentlichen Haushalte bei. Aber nicht nur auf der Einnahmenseite macht die Konsolidierung Fortschritte, sondern auch die Ausgabenlinie war im Jahr 2006 sehr restriktiv. Insgesamt hat sich die Staatsquote gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahres noch einmal um einen ganzen Prozentpunkt auf nun 45,8 % verringert. Das übermäßige staatliche Finanzierungsdefizit ist damit auf rund 2 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt abgebaut worden.

Die Bundesregierung wird am 31. Januar ihren Jahreswirtschaftsbericht mit einer aktualisierten gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung für das Jahr 2007 verabschieden und veröffentlichen. Die Konjunkturdaten am aktuellen Rand – insbesondere die äußerst optimistische Stimmung bei den Unternehmen und die das Inland betreffenden positiven Industriedaten – deuten darauf hin, dass zusammen mit der weiterhin robusten weltwirtschaftlichen Dynamik eine Fortsetzung des Aufschwungs zu erwarten ist, dessen Eigendynamik im Jahresverlauf stärker werden dürfte. Zunächst, d. h. im 1. Vierteljahr dieses Jahres dürfte sich jedoch die konjunkturelle Entwicklung vor dem Hintergrund der Umsatzsteuersatzanhebung vorübergehend etwas abflachen. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1.Q.06	2.Q.06	3.Q.06	1.Q.06	2.Q.06	3.Q.06
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 182	+ 2,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,3
jeweilige Preise	2 303	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,8
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 728	+ 3,1	+ 2,2	- 0,3	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,3	+ 3,2
Arbeitnehmerentgelte	1 144	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	584	+ 6,9	+ 4,9	- 2,2	+ 4,3	+ 10,9	+ 1,8	+ 6,3
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 484	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,3
Bruttolöhne und -gehälter	924	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	- 0,1	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,5
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 0,7	- 0,5	+ 1,0	- 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,0
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>	2005 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Okt 06	Nov 06	Zwei- monats- durch- schnitt	Okt 06	Nov 06	Zwei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>	74	- 5,7	- 2,4	+ 3,5	+ 0,6	+ 12,4	+ 13,4	+ 12,9
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 2,5	- 0,5	+ 5,4	+ 22,5	+ 19,2	+ 20,8
Waren-Importe	628	+ 9,1	- 0,4	- 3,8	- 0,6	+ 17,3	+ 13,9	+ 15,5
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>	103,7	+ 2,8	- 0,8	+ 1,8	- 0,2	+ 3,4	+ 6,1	+ 4,7
Industrie <sup>2</sup>	106,3	+ 3,7	- 0,6	+ 1,4	- 0,2	+ 3,9	+ 6,3	+ 5,1
Bauhauptgewerbe	76,1	- 5,6	- 1,4	+ 6,2	+ 1,3	+ 5,6	+ 13,4	+ 9,5
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>2</sup>	106,7	+ 3,3	- 0,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 6,1	+ 8,4	+ 7,3
Inland	97,8	+ 1,3	+ 0,0	+ 2,9	+ 1,5	+ 4,1	+ 7,5	+ 5,8
Ausland	121,0	+ 6,2	- 0,3	+ 1,8	+ 0,4	+ 8,8	+ 9,6	+ 9,2
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>2</sup>	108,7	+ 5,3	- 0,7	+ 1,5	- 1,4	+ 6,7	+ 6,1	+ 6,4
Inland	98,2	+ 2,0	- 2,0	+ 0,6	- 1,1	+ 7,3	+ 7,0	+ 7,1
Ausland	121,7	+ 8,8	+ 0,7	+ 2,3	- 1,6	+ 6,2	+ 5,2	+ 5,7
Bauhauptgewerbe	72,5	- 2,7	- 0,9	+ 1,8	- 1,7	- 0,3	+ 0,0	- 0,1
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	102,0	+ 0,8	+ 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,3
Großhandel (ohne Kfz.)	106,4	+ 2,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 1,0	+ 6,7	+ 3,6	+ 5,1
<b>Arbeitsmarkt</b>	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Okt 06	Nov 06	Dez 06	Okt 06	Nov 06	Dez 06
Erwerbstätige, Inland	39,08	+ 0,7	+ 35	+ 46	-	+ 380	+ 426	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 79	- 94	- 108	- 471	- 536	- 597
<b>Preisindizes</b>	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Okt 06	Nov 06	Dez 06	Okt 06	Nov 06	Dez 06
Importpreise	106,7	+ 5,2	- 0,3	- 0,4	- 0,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,2
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,6	+ 4,7	+ 4,4
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,4
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>								
	Jun 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06	Okt 06	Nov 06	Dez 06	Jan 07
Klima	+ 12,7	+ 10,3	+ 9,2	+ 9,1	+ 9,9	+ 12,8	+ 16,5	+ 14,9
Geschäftslage	+ 14,7	+ 13,2	+ 13,3	+ 18,4	+ 19,4	+ 23,4	+ 26,1	+ 21,2
Geschäftserwartungen	+ 10,7	+ 7,5	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,7	+ 7,4	+ 8,9

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.<sup>2</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

2007 etwas günstiger ausfallen wird als noch in der Herbstprojektion der Bundesregierung (+ 1,4 %) erwartet. Die meisten nationalen und internationalen Institutionen haben inzwischen ihre Wachstumserwartungen z.T. deutlich nach oben gesetzt.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das 4. Quartal 2006 – sowie überarbeitete Ergebnisse für die vorangegangenen Vierteljahre des Jahres 2006 – erst am 22. Februar 2007. Gleichwohl lassen sich anhand der Konjunkturdaten bereits Rückschlüsse auf die konjunkturelle Entwicklung im letzten Quartal des vergangenen Jahres ableiten.

Angesichts der anhaltenden weltwirtschaftlichen Dynamik hat sich die Ausweitung der Exporttätigkeit beschleunigt fortgesetzt, so dass insgesamt mit einem positiven Wachstumsimpuls des Außenbeitrages im 4. Quartal zu rechnen ist. Im Zweimonatsdurchschnitt (Oktober/November gegenüber August/September) stieg das Volumen der Warenexporte saisonbereinigt um 5,3 %. Dies ist auch Ausdruck der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sowie der gestiegenen Auslandsnachfrage nach qualitativ hochwertigen Produkten, insbesondere aus dem Fahrzeug- und Maschinenbau. Die Exportdynamik dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Zwar hat sich die Entwicklungstendenz der Auslandsaufträge zuletzt abgeflacht. Aber das Niveau der Auftragsbestände ist weiterhin sehr hoch. Auch die Prognosen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung liegen nur geringfügig unterhalb des für 2006 geschätzten Zuwachses. Schließlich sind auch die Unternehmen gemäß den ifo-Exporterwartungen weiterhin optimistisch gestimmt, wenngleich sie die Impulse als nicht mehr ganz so stark erwarten. Gleichwohl bleibt das Risiko einer unvorhergesehenen Euro-Aufwertung, die das Exportgeschäft belasten würde. Die Zunahme der Warenimporte hat sich zuletzt etwas abgeschwächt (Oktober/November preis- und saisonbereinigt + 1,0 % gegenüber der Vorperiode). Hierzu könnten rückläufige Energieimporte, insbesondere aufgrund der milden Witterung, beigetragen haben. Insgesamt profitieren die Importe derzeit spürbar vom binnenwirtschaftlichen Aufschwung.

So stiegen Produktion, Umsätze und Auftragseingänge in der Industrie im November deutlich und glichen damit die Rückgänge vom Oktober insgesamt mehr als aus. Dennoch gab es im Zweimonatsdurchschnitt bei der Industrieproduktion einen leichten Rückgang um saisonbereinigt 0,2 % gegenüber der Vorperiode. Dieser resultierte aus verminderter Produktion von Konsum- (– 1,3 %) und Vorleistungsgütern (– 0,4 %), während die Herstellung von Investitionsgütern zulegte (+ 0,6 %). Der Absatz der hergestellten Erzeugnisse im Inland nahm im Oktober/November stärker zu (saisonbereinigt + 1,5 % gegenüber der Vorperiode) als derjenige auf ausländischen Märkten (+ 0,4 %). Der Umsatzanstieg wurde sowohl im Inland als auch im Ausland von den Investitionsgüterherstellern getragen (+ 4,1 %, + 1,7 %). Demgegenüber nahm der Umsatz von Konsum- und Vorleistungsgütern im Inland nur schwach zu (+ 0,4 %, + 0,1 %) und ging im Ausland sogar zurück (– 0,8 %, – 0,9 %). Da sich die Umsätze im Zweimonatsdurchschnitt kräftiger als die Produktion entwickelten, dürfte es im 4. Quartal im industriellen Bereich zu einem Abbau der Lagerbestände gekommen sein.

Obwohl es im November überdurchschnittlich viele Großaufträge gab, ist auch der Auftragseingang in der Industrie im Oktober/November zurückgegangen (saisonbereinigt – 1,4 % gegenüber der Vorperiode). Dies ist sowohl auf weniger Order aus dem Inland (– 1,1 %) als auch aus dem Ausland (– 1,6 %) zurückzuführen. Verantwortlich dafür war eine starke Abnahme der Bestellungen von Investitionsgütern (– 3,7 % und – 4,1 %), die der relativ kräftige Anstieg der Auftragseingänge für Konsum- und Vorleistungsgüter nicht ausgleichen konnte (Inland: + 2,9 %, + 0,4 %, Ausland: + 2,8 %, + 1,5 %).

Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im Oktober/November merklich ausgeweitet (saisonbereinigt + 1,3 % gegenüber der Vorperiode). Allerdings verschlechterte sich die Auftragslage deutlich (– 1,7 %). Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass im Vorfeld der Umsatzsteuersatzerhöhung ab Januar 2007 die Bauproduktion angeregt wurde.

Insgesamt sind von der Produktion in der Industrie – und noch mehr von der Wirtschaftstätigkeit im Bauhauptgewerbe – offenbar erneut starke konjunkturelle Impulse ausgegangen, die

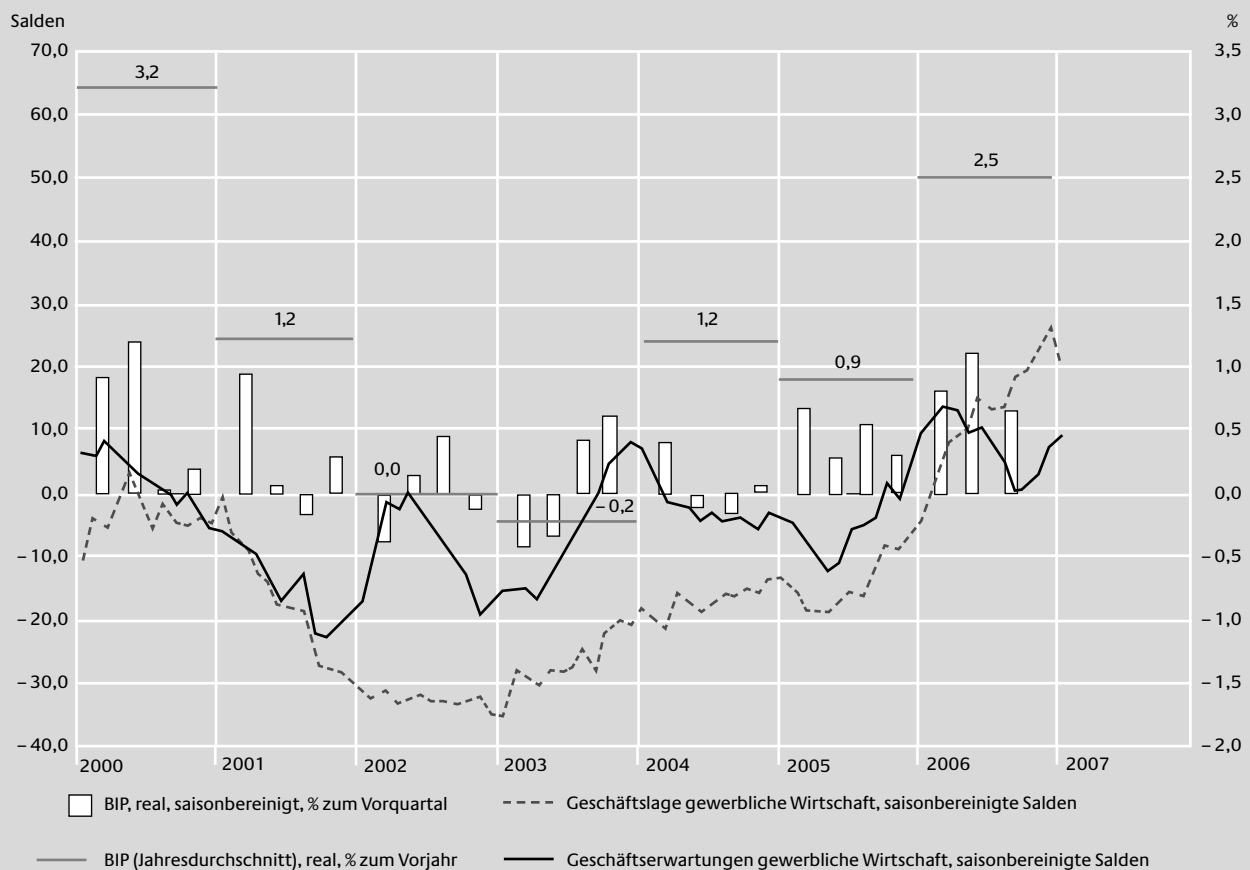


sich insgesamt fortsetzen dürften. Zwar hat sich die Entwicklungstendenz der Auftragseingänge abgeflacht. Die hohen Auftragsbestände lassen aber in der Industrie in den nächsten Monaten merkbare Produktionssteigerungen erwarten. Hierauf deutet auch die äußerst optimistische Stimmung in den Unternehmen hin. So ist der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe zuletzt auf den höchsten Wert seit Juni 2006 angestiegen, und auch der ifo-Geschäftsklimaindex befindet sich in beiden Branchen weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Der private Konsum wurde im vergangenen Jahr durch die Verbesserung der Beschäftigungssituation und der damit einhergegangenen Stärkung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte begünstigt. Die erwarteten Vorzieheffekte im Einzelhandel sind an den statistischen Ergebnissen nicht zu erkennen; sie scheinen – daran gemessen – bis November kaum eine Rolle gespielt zu haben. So verzeichnete der

Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) im Oktober/November deutliche Umsatzeinbußen (saisonbereinigt – 1,2 %). Da es inklusive Kfz-Handel und Tankstellen zu einer Stagnation kam, scheint es lediglich im Kfz-Handel kräftige Vorzieheffekte gegeben zu haben. Ausgehend von Pressemeldungen über die Zufriedenheit der Einzelhändler im Weihnachtsgeschäft und einem kräftigen Zugang an Neuzulassungen von privaten Pkw auch im Dezember, ist für den letzten Monat des vergangenen Jahres ein beschleunigter Anstieg der Einzelhandelsumsätze zu erwarten, so dass das Ergebnis des Vorquartals leicht übertroffen werden könnte. Darauf weist auch der GfK-Konsumklimaindex hin, der im Dezember seinen höchsten Stand seit November 2001 erreichte. Zwar hat sich das Vertrauen der Verbraucher zu Beginn dieses Jahres eingetrübt, was mit der Unsicherheit über die Belastungen der Umsatzsteuersatzerhöhung zusammenhängen dürfte und sich in einem markanten

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Rückgang der Anschaffungsneigung widerspiegelte. Aber ihre stärkere Zuversicht in die Wirtschaftskraft könnte signalisieren, dass durch mehr Beschäftigung und damit einhergehende Einkommensverbesserungen die Kaufkraft im Jahresverlauf wieder gestärkt wird und eine – durch die Umsatzsteuersatzanhebung bedingte – mögliche Abschwächung des privaten Konsums nur von kurzzeitiger Dauer ist.

Auch die bereits erreichte Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt den Belastungen der Umsatzsteuersatzerhöhung entgegen. So ist die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2006 erstmals seit fünf Jahren wieder zurückgegangen (– 374 000 auf 4,487 Mio. Personen), und die Arbeitslosenquote sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf nunmehr 10,8 %. Dabei beschleunigte sich die Verringerung der Arbeitslosenzahl in saisonbereinigter Rechnung zum Jahresende: Im Dezember gab es 108 000 weniger arbeitslose Personen als im Vormonat, nach einem Rückgang um monatsdurchschnittlich 69 000 Personen im Zeitraum September bis November. Zum Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr trugen vor allem die konjunkturelle Belebung und die damit einhergehende zunehmende Arbeitskräftenachfrage, insbesondere nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei. Aber auch eine leichte Abnahme des Arbeitskräfteangebots sowie der zunehmende Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, die intensivere Betreuung von Arbeitslosen und die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus spielten eine wichtige Rolle.

Dem Rückgang der Arbeitslosigkeit stand im vergangenen Jahr ein kräftiger Anstieg der Erwerbstätigkeit gegenüber. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlands-konzept) nahm um 258 000 gegenüber dem Vorjahr (+ 0,7 %) zu. Damit wurde etwa das Niveau des Jahres 2002 wieder erreicht. Die zunehmende Dynamik im Jahresverlauf ist einmal daran erkennbar, dass es im November im Vergleich zum Vorjahr 426 000 mehr erwerbstätige Personen (Oktober: + 380 000, September: + 359 000) gab. Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigkeit im November um 46 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Hierzu dürfte erneut die sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung deutlich beigetragen haben, die bereits im Oktober saisonbereinigt weiter um 55 000 Personen angestiegen war. Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (ca. + 392 000), wobei sich die Zuwächse im Wesentlichen auf die Branchen unternehmensnahe Dienstleistungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Gesundheits- und Sozialwesen erstreckten. Ausgehend von Umfrageergebnissen in den Unternehmen (ifo-Geschäftsklima und Einkaufsmanagerindex) sowie den weiterhin aufwärts gerichteten Auftragseingängen in der Industrie ist mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr zu rechnen.



Neben den Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt dürfte auch die moderate Preisentwicklung die Privaten Konsumausgaben gestützt haben. Dank der ausgeprägten Lohnzurückhaltung konnte die rohstoffpreisbedingte Importverteuerung von den Unternehmen gut verkraftet werden. Nicht zuletzt deshalb ist der Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2006 lediglich um 1,7 % gegenüber 2005 angestiegen. Die Teuerungsrate lag damit unter derjenigen des Vorjahres (2005: + 2,0 %) und unterhalb des Preisniveaustabilitätsziels der Europäischen Zentralbank. Für den Preisanstieg waren vor allem die Energiepreise (Haushaltsenergie und Kraftstoffe: + 8,5 %) verantwortlich; darunter verteuerte sich Gas am stärksten (+ 17,7 %), während für Mineralölprodukte 6,5 % mehr gezahlt werden musste. Ohne Energie wäre der Verbraucherpreisindex nur um 0,9 % angestiegen. Im Weiteren verteuerten sich Nahrungsmittel leicht überdurchschnittlich (+ 1,8 %), wogegen langlebige Gebrauchsgüter weiterhin Preisrückgänge verzeichneten (– 0,4 %). Die im Jahresverlauf rückläufigen Energiepreise führten dazu, dass sich auch der Preisniveauanstieg im Jahresverlauf abschwächte: Im Dezember stieg der Verbraucherpreisindex nur noch um 1,4 % gegenüber dem

Vorjahr, während er gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt sogar um 0,1 % sank.

Wesentlich höher blieb hingegen die Teuerung bei den Einfuhr- und den Erzeugerpreisen. Der Importpreisindex stieg im Jahresdurchschnitt 2006 um 5,2 % gegenüber 2005. Hierfür war hauptsächlich die starke Verteuerung der importierten Rohstoffe (+ 22,2 %) und Halbwaren (20,1 %) verantwortlich. Dahinter steckt zum einen der Preisanstieg wichtiger Primärenergieträger (Rohöl: + 19,5 %, Erdgas: + 34,4 %), der sich allerdings ab August wieder abflachte. Zum anderen führte die dynamische Weltwirtschaft, insbesondere die Nachfrageentwicklung in den südostasiatischen Staaten, dazu, dass sich wichtige Rohstoffe für die Metallerzeugung stark verteuerten (Nicht-Eisen-Metallerze: + 34,1 %, Eisen-

erze: + 12,2 %, Importsteinkohle: + 8,6 %). Die rückläufigen Preise spiegeln sich auch in der Dezember-Rate wider: Der Importpreisindex lag um 2,2 % höher als vor einem Jahr und um 0,3 % niedriger als im November. Der Erzeugerpreisindex nahm im Jahresdurchschnitt 2006 um 5,5 % zu; eine höhere Jahresteuerrate hatte es letztmalig 1982 mit + 5,9 % gegeben. Hauptpreistreiber war die Energie (+ 16 %). Ohne Energie wäre der Erzeugerpreisindex nur um 2,3 % angestiegen. Erhebliche Preisanstiege gab es auch bei nichtenergetischen Rohstoffen, vor allem Nicht-eisenmetalle verteuerten sich um 35,6 %. Auch hier schwächte sich die Teuerung zuletzt ab: Im Dezember war der Erzeugerpreisindex um 4,4 % höher als vor einem Jahr und blieb gegenüber dem Vormonat unverändert.

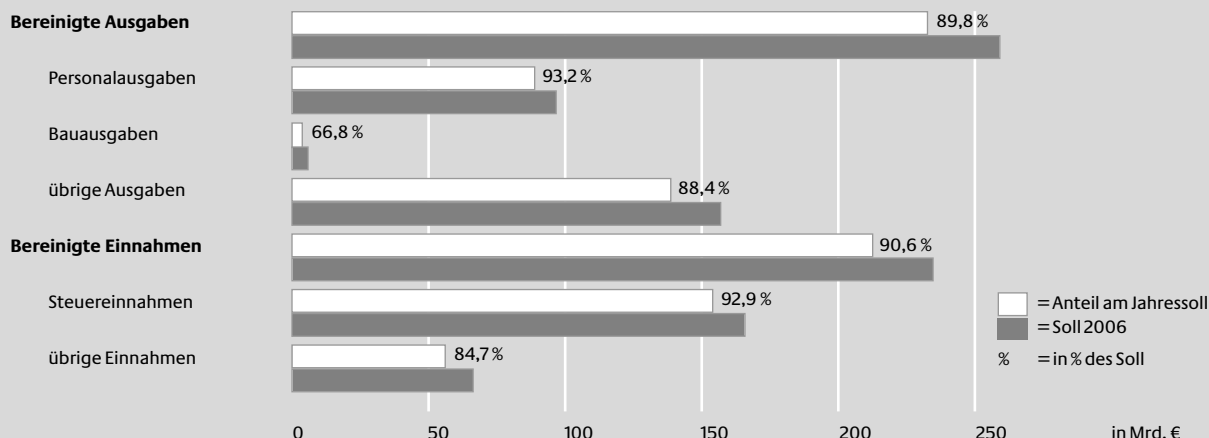
## Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich November 2006 vor.

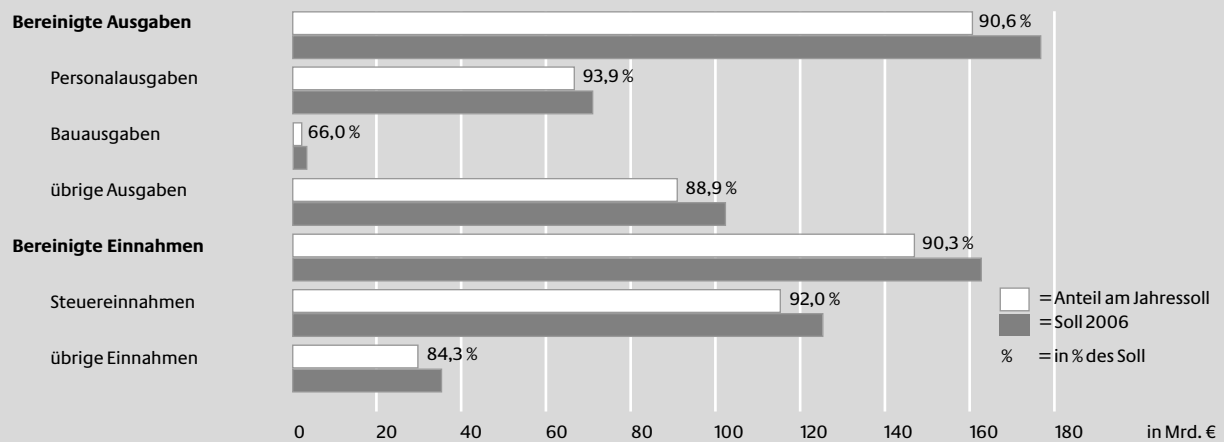
Bis einschließlich November 2006 sind die Ausgaben der Länder insgesamt um – 0,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken. Sie betrugen zum Stichtag 232,1 Mrd. €. Dem stehen um + 5,3 % auf insgesamt 213,4 Mrd. € gestiegene Einnahmen gegenüber. Wie in den Vormonaten ist der Einnahmezuwachs hauptsächlich auf die deutlichen Steuermehreinnahmen zurückzuführen. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt nahmen im Berichtszeitraum im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 9,8 % zu. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit stieg zwar im November 2006 gegenüber dem Vormonat um rund 3,8 Mrd. € auf 18,8 Mrd. €, jedoch lag es damit immer noch rund 12 Mrd. € unter dem Vergleichswert des Vorjahrs. Das in den aktuellen Haushaltsplanungen vorgesehene Gesamtdefizit zum Jahresende 2006 (– 22,9 Mrd. €) wurde Ende November 2006 noch um 4,1 Mrd. € unterschritten.

Die Flächenländer West verzeichneten einen moderaten Ausgabenzuwachs von + 0,5 % (Soll: + 0,0 %), während die Flächenländer Ost (– 1,0 %) und die Stadtstaaten (– 4,5 %) ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wie schon in den Vormonaten reduzierten. Dem standen bis November 2006 deutliche Zuwächse bei den Einnahmen von + 5,5 % bei den Flächenländern West, + 6,0 % bei den Flächenländern Ost und + 3,0 % bei den Stadtstaaten gegenüber. Getragen wird die Einnahmeentwicklung insbesondere von der Zunahme der Steuereinnahmen. Diese stiegen in den Stadtstaaten um + 14,8 %, in den Flächenländern Ost um + 11,0 % und in den Flächenländern West um 8,9 %. Der Finanzierungssaldo der Flächenländer West stieg zum Ende des Berichtszeitraums auf – 14,1 Mrd. €, der der Stadtstaaten auf – 3,5 Mrd. €. Aus dem knappen Überschuss der Flächenländer Ost Ende Oktober (0,2 Mrd. €) wurde Ende November 2006 ein Defizit in Höhe von 1,1 Mrd. €.

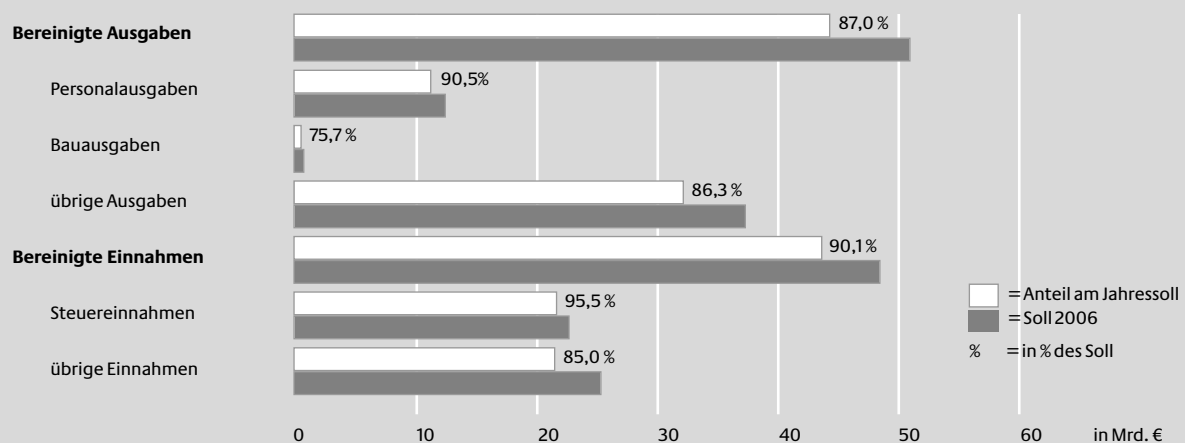
### Länder insgesamt



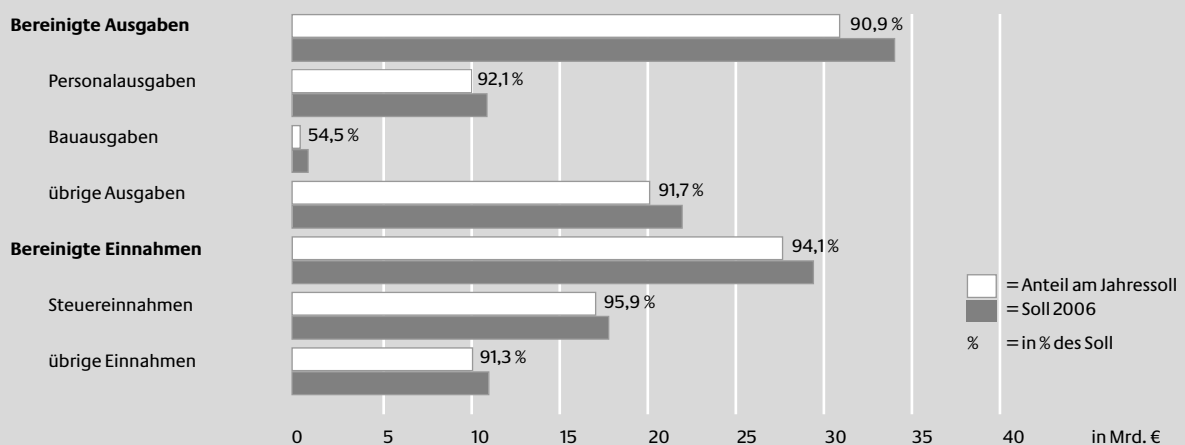
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 9./10. Februar 2007 – G 7-Finanzministertreffen in Essen
- 26./27. Februar 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 1./2. März 2007 – Informelles Treffen der Leiterinnen und Leiter der Zollverwaltungen der EU-Mitgliedstaaten in Berlin
- 8./9. März 2007 – Europäischer Rat in Brüssel
- 19./20. März 2007 – Konferenz „Steuerpolitik für eine nachhaltige Entwicklung“ in Brüssel
- 22./23. März 2007 – Konferenz „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“ in Berlin, Veranstalter: BMF und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
- 26./27. März 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 20./21. April 2007 – Informeller ECOFIN in Berlin

### Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2008

- 8. bis 11. Mai 2007 – Steuerschätzung
- bis 15. Juni 2007 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 2. Hälfte Juni 2007 – Finanzplanungsrat
- 22. Juni 2007 – Zuleitung an Kabinett
- 27. Juni 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	Februar	Januar 2007	22. Februar 2007
	März	Februar 2007	22. März 2007
	April	März 2007	20. April 2007
	Mai	April 2007	23. Mai 2007
	Juni	Mai 2007	21. Juni 2007
	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

## Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

**Klarsicht** – Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll  
– Aktualisierung Januar 2007 –

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Bürgerangelegenheiten  
11016 Berlin  
buergerreferat@bmf.bund.de  
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:  
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)  
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>







## Analysen und Berichte

ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 .....	35
Die deutsche G7/G8-Präsidentschaft – Geschichte, Perspektiven und Themen in 2007 .....	41
Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast in den Mitgliedstaaten der OECD .....	47
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006 .....	53
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland .....	69
Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ .....	75



## ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007

1	Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion .....	36
2	Finanz- und Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung .....	37
3	Fortschritte für einen integrierten Markt für Finanzdienstleistungen .....	38
4	Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen und Bekämpfung des Steuerbetrugs im Europäischen Binnenmarkt .....	39
4.1	Fortschritte für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage bei Körperschaftsteuern .....	39
4.2	Modernisierung und Vereinfachung sowie Betrugsbekämpfung bei Mehrwertsteuern .....	39
4.3	Vereinfachungen bei Verbrauchsteuern .....	39

- Globalisierung und demografischer Wandel erfordern im europäischen Kontext eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die konsequent auf Verbesserungen von Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen ausgerichtet ist.
- Deutschland hat sich mit den beiden nachfolgenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien darauf verständigt, insbesondere Fortschritte auf dem Weg zu einem integrierten Markt für Finanzdienstleistungen, eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen im Europäischen Binnenmarkt sowie der Qualität der öffentlichen Finanzen und der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung zu erreichen.

In seiner Verantwortung im Vorsitz des Rats (ECOFIN) im 1. Halbjahr 2007 wird Deutschland den Rahmen für eine reibungslose Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der erweiterten Europäischen Union sicherstellen. Zudem will der deutsche Vorsitz dazu beitragen, die wirtschaftliche Dynamik und die Vorteile des Europäischen Binnenmarktes im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen im Zuge der Globalisierung und des demografischen Wandels weiter zu stärken.

Hierzu wird Deutschland zusammen mit seinen Partnerländern Portugal und Slowenien, die im Vorsitz des ECOFIN im 2. Halbjahr 2007 und 1. Halbjahr 2008 folgen, die drei folgenden Kernanliegen für die Arbeiten im Rat der kommenden 18 Monate in den Mittelpunkt rücken:

1. Die Gewährleistung effektiver und effizienter Verfahren der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung.
2. Weitere Fortschritte zur Vollendung des Binnenmarkts, insbesondere bei Finanzdienstleistungen und Steuern.
3. Verbesserungen in der Qualität der öffentlichen Finanzen in der EU.

Im Einklang mit diesen Zielen sind im ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 in den nachfolgenden Kapiteln die näheren Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Kapitel 1), für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung (Kapitel 2), für Fortschritte für einen integrierten Markt für Finanzdienstleistungen (Kapitel 3) sowie für eine Verbesserung der steuerlichen

Rahmenbedingungen und die Bekämpfung des Steuerbetrugs im Europäischen Binnenmarkt (Kapitel 4) benannt.



## 1 Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

### Erweiterung der Eurozone

Zu Beginn 2007 wird Slowenien den Euro einführen. Der Rat wird die Umsetzung aller entsprechenden Vorkehrungen für die reibungslose Einführung der Gemeinschaftswährung begleiten.

Weitere Mitgliedstaaten könnten einen Antrag auf Teilnahme am Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) stellen, während andere Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für die Annahme des Euro erfüllen könnten. Die deutsche Präsidentschaft wird alle Mitgliedstaaten in ihren umfassenden Vorbereitungen zur Annahme des Euro eingehend unterstützen. Insbesondere wird sie sicherstellen, dass eine sorgfältige und rasche Prüfung etwaiger Anträge auf WKM-II-Mitgliedschaft sowie von Konvergenzberichten von Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) auf Grundlage der im EG-Vertrag festgelegten Kriterien erfolgt, einschließlich der Beurteilung stabiler makroökonomischer Entwicklungen und eines hohen Maßes an nachhaltiger Konvergenz.

### Für eine zielgerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik in der EU

Die vergrößerte EU braucht schlanke und zielgerichtete Verfahren für eine effiziente finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung, die zudem für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar sein sollten. Die deutsche Präsidentschaft wird in diesem Zusammenhang nachstehende Ansatzpunkte verfolgen:

- Die haushaltspolitischen Koordinierungsverfahren sollen effizient und effektiv angewendet werden. Die Überprüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme soll in einem vereinfachten Verfahren stattfinden, indem mehrere Programme im Paket erörtert und dabei Besonderheiten herausgestellt werden. Straffere Abläufe erhöhen die Vergleichbarkeit der Programme und gewährleisten eine fristgerechte Befassung des Rats.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist sowohl in den laufenden Defizitverfahren als auch im präventiven Bereich ökonomisch sinnvoll anzuwenden. Ein erhöhtes Augenmerk wird auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten gelegt. Der Rat wird sich hierbei auf den von der Kommission vorgelegten Nachhaltigkeitsbericht sowie den hierauf fußenden Ratschlussfolgerungen stützen.
- Eine effektive Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken im Einklang mit den zu aktualisierenden Grundzügen der Wirtschaftspolitik verbessert die Voraussetzungen für stabile wirtschaftliche Entwicklungen in allen Mitgliedstaaten und für ein hohes Maß an Kohärenz in der Wirtschafts- und Währungsunion. Länderspezifische Empfehlungen sind darauf auszurichten, die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten zu stärken. Der Erfolg von Strukturreformen hängt nicht zuletzt von einer günstigen Abfolge und einer Abstimmung mit der allgemeinen Ausrichtung der makroökonomischen Politiken ab.

## 2 Finanz- und Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die Globalisierung und der demografische Wandel erfordern umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Reformen auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Ziel ist es, das Wachstum, die Beschäftigung und den Wohlstand in Europa dauerhaft zu sichern. Damit wird auch die Grundlage gefestigt für das europäische Modell von Chancengleichheit durch Teilhabe aller an Bildung, Gesundheitsfürsorge und sozialer Absicherung.

In diesem Zusammenhang wird die deutsche Präsidentschaft bestimmte ECOFIN-Schwerpunkte für den Frühjahrsgipfel in einem **Kernpunktepapier** ausarbeiten:

- Über eine verbesserte **Qualität der öffentlichen Finanzen** durch eine zukunftsorientierte Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu Gunsten von produktivitäts- und innovationsfördernden Ausgaben können wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden. Dies gilt gleichermaßen für die Haushalte der Mitgliedstaaten wie auch für die europäische Ebene. Die für 2009 vorgesehene Überprüfung des EU-Haushalts soll sich an diesem Grundsatz orientieren. Die deutsche Präsidentschaft wird den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten intensivieren, um Ansatzpunkte für Verbesserungen zu diskutieren. Im Vordergrund steht hier vor allem die Frage nach einer effizienten Mittelverwendung.
- Die vertiefte **Integration der Finanzmärkte** wird die Investitionsbedingungen in der EU weiter verbessern und grenzüberschreitende Aktivitäten erleichtern. Nach der Umsetzung des Aktionsplans Finanzdienstleistungen sollen sich die nächsten Schritte auf Vereinfachungen und Straffungen des Gemeinschaftsrechts, die weitere Konvergenz im Finanzaufsichtshandeln sowie einen einheitlichen Zahlungsverkehrsraum in der EU konzentrieren.
- Das Thema **Bessere Rechtsetzung** spielt für die deutsche Präsidentschaft im Allgemeinen eine besondere Rolle. Durch die Überprüfung neuer Regeln vor deren Einführung sowie die Vereinfachung existierender Regeln sowohl auf

europäischer wie auch auf nationaler Ebene sollen die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessert werden. Dabei wird es insbesondere auch um Fragen der Messung administrativer Kosten gehen.

- Bei der **Unternehmensbesteuerung** sollen die Anstrengungen fortgesetzt werden, um Fortschritte in der Frage einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage zu erzielen. Dies dient der Transparenz und der Vereinfachung und erleichtert den Unternehmen das Wirtschaften im Binnenmarkt.
- Die deutsche Präsidentschaft wird sich zudem dafür einsetzen, dass die **Rahmenbedingungen für Innovation und Unternehmertum** weiter verbessert werden. Zu diesem Zweck sollen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen des Privatsektors mobilisiert sowie der Wissenstransfer zwischen Universitäten, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Industrie erleichtert werden.

### 3 Fortschritte für einen integrierten Markt für Finanzdienstleistungen

Zu den Prioritäten der deutschen Präsidentschaft gehört die nachhaltige Weiterentwicklung der EU-Strategie zur Schaffung eines integrierten europäischen Marktes für Finanzdienstleistungen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von wettbewerbsfähigen Finanzdienstleistungen im persönlichen Alltag profitieren können. Zu diesem Zweck wird die deutsche Präsidentschaft die laufenden Arbeiten in den Ratsarbeitsgruppen fortführen und insbesondere auch die Maßnahmen für einen EU-einheitlichen leistungsstarken Zahlungsverkehrsraum voranbringen.

Die deutsche Präsidentschaft verfolgt zudem die eingeschlagene Strategie der Besseren Rechtsetzung konsequent weiter und strebt dabei eine eingehende Bewertung der bisherigen Integrationssschritte an. Auf mittlere Sicht geht es darum, den regulatorischen Rahmen durch Straffungen und Vereinfachungen zu verbessern. Deutschland hält dabei insbesondere Ansätze für geeignet, die auf den gewachsenen Marktstrukturen aufbauen und sich zur Weiterentwicklung die Marktkräfte zunutze machen. Beispielhaft für diese Herangehensweise ist der Verhaltenskodex für Verrechnungs- und Abwicklungsdienstleistungen im Wertpapierbereich, der im 2. Halbjahr 2006 mit der Finanzindustrie abgestimmt worden ist.

Weiterhin gilt es, die Herausbildung europäischer Strukturen in der Finanzmarktaufsicht zu unterstützen. Die Vielzahl von Finanzmarktaufsichtsbehörden in der Europäischen Union und ihre unzureichende Vernetzung stellen ein Integrationshindernis dar. Die deutsche Präsidentschaft wird aus diesem Grund den begonnenen evolutionären Ansatz zur Herstellung europäischer Strukturen in der Finanzmarktaufsicht und zur Stärkung der Konvergenz im Aufsichtshandeln in Europa fortsetzen. Der für Anfang 2007 angekündigte zweite Zwischenbericht der Interinstitutionellen Überwachungsgruppe zum Lamfalussy-Prozess kann hierfür wertvolle Ansatzpunkte liefern. Während des deutschen Vorsitzes werden zudem die Arbeiten für eine verbesserte Aufsicht beim

Erwerb bedeutender Beteiligungen an Finanzinstituten fortgeführt.

Im Hinblick auf Finanzmarktstabilität wird sich die deutsche Präsidentschaft für mehr Transparenz bei Hedgefonds einsetzen und hierzu grundlegende Arbeiten auf europäischer Ebene voranbringen. Darüber hinaus wird sie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Solidität europäischer Versicherungsunternehmen sowie der Interessen der Versicherungsnehmer die Europäische Kommission in ihren Bemühungen unterstützen, bei der Erarbeitung eines Vorschlags für eine Rahmenrichtlinie Solvency II tragfähige Kompromisse zu erreichen.

## 4 Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen und Bekämpfung des Steuerbetrugs im Europäischen Binnenmarkt

### 4.1 Fortschritte für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage bei Körperschaftsteuern

Die deutsche Präsidentschaft will dazu beitragen, dass der Binnenmarkt bei offenem und fairem Wettbewerb noch reibungsloser funktionieren kann und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Aus diesem Blickwinkel sollen auch die Arbeiten im Bereich Steuern vorangebracht werden mit dem Ziel, Vereinfachungen und mehr Transparenz zu erreichen sowie die Verwaltungs- und Umsetzungskosten zu verringern, ohne dabei die Steuereinnahmen zu gefährden.

Aus diesem Grund gilt es insbesondere, Fortschritte für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer zu erzielen. Alle Mitgliedstaaten ermitteln gegenwärtig diese Bemessungsgrundlage nach unterschiedlichen Methoden. Eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage kann durch niedrigere Befolgungskosten für europäische Unternehmen und erleichterte grenzüberschreitende Tätigkeit die Vorteile des Binnenmarktes vergrößern und die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber Drittstaaten stärken. Die deutsche Präsidentschaft wird sich daher dafür einsetzen, dass die derzeit laufenden technischen Arbeiten der Arbeitsgruppen bei der Europäischen Kommission vorangebracht werden.

### 4.2 Modernisierung und Vereinfachung sowie Betrugsbekämpfung bei Mehrwertsteuern

Im Bereich der Mehrwertsteuerharmonisierung wird die deutsche Präsidentschaft die zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission vereinbarte Strategie zur Modernisierung, Vereinfachung und einheitlicheren Anwendung der 6. EG-Richtlinie sowie zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fortführen.

Die Betrugsbekämpfung ist ein wichtiges Ziel der Präsidentschaft. In diesem Zusammenhang wird Deutschland darauf achten, dass die vorgesehenen Erleichterungen und Vereinfachungen für die Wirtschaft nicht zu Lasten der Betrugsbekämpfung gehen. Es soll eine sinnvolle Balance zwischen den Interessen der Wirtschaft und einer zuverlässigen Steuererhebung im Interesse der steuerrechtlichen Unternehmer gewahrt bleiben. Zur Betrugsbekämpfung werden auch die Initiativen für eine Umsetzung des sogenannten Reverse-Charge-Modells auf EU-Ebene weiterverfolgt.



### 4.3 Vereinfachungen bei Verbrauchsteuern

Die deutsche Präsidentschaft strebt an, die Bestimmungen über den Verkehr verbrauchsteuerpflichtiger Waren im EU-Binnenmarkt zu vereinfachen und zu modernisieren und damit auch einen Beitrag zur Betrugsbekämpfung zu leisten. Dazu wird sie die Arbeiten zur vorgesehenen Novellierung der Verbrauchsteuer-Systemrichtlinie voranbringen. Während des deutschen Vorsitzes werden ferner die Beratungen zu einem angekündigten Richtlinienentwurf aufgenommen, der für eine weitere Harmonisierung der Energiesteuern die Einführung von Sonderregelungen bei gewerblich genutztem Dieselmotorkraftstoff zum Gegenstand hat.





## Die deutsche G7/G8-Präsidentschaft – Geschichte, Perspektiven und Themen in 2007

- Seit Januar 2007 hat Deutschland die G7/G8-Präsidentschaft für ein Jahr übernommen.
- Im Rahmen der G8-Präsidentschaft will Deutschland Fragen von elementarer Bedeutung für stabile Rahmenbedingungen der globalen Handels- und Finanzbeziehungen thematisieren.
- Schwerpunkt der Beratungen der G7/G8-Finanzminister sind 2007 Finanzmarktstabilität, zukunftssichere öffentliche Finanzen und Fiskalpolitik zur Förderung der Energieeffizienz sowie die Förderung von Anleihemärkten in Schwellenländern und eines guten Finanzmanagements in Afrika.

1975 rief der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing den ersten Wirtschaftsgipfel ins Leben. Sie trafen sich zu einem Kamingespräch auf Schloss Rambouillet mit Aldo Moro (Italien), Takeo Miki (Japan), Harold Wilson (Großbritannien) und Gerald Ford (USA). Mit der Aufnahme Kanadas in den Kreis der führenden Industrienationen der Welt im Jahre 1976 trafen sich die Staats- und Regierungschefs dann im G7-Kreis. Seit 1977 nimmt auch die EU-Kommission am Gipfel teil. Seit der Aufnahme Russlands im Jahr 1998 spricht man von der G8, zudem gibt es regelmäßig so genannte „Outreach“-Treffen: Treffen mit Regierungsvertretern wichtiger Entwicklungs- und Schwellenländer.

### G8-Themen

Die Gipfelthemen spiegeln die aktuellen Themen und wichtigsten politischen Fragen wider. Zu Beginn diskutierten die Staats- und Regierungschefs fast ausschließlich ökonomische Fragen (1971: Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse, 1973: erste Ölkrise). In den 80er Jahren erweiterte sich das Gipfelinteresse um außen- und sicherheitspolitische Themen. Auslöser hierfür waren u. a. der Einfall der Sowjetunion in Afghanistan und der Krieg zwischen Iran und Irak. Vor dem Hinter-

grund des Umweltgipfels in Rio (1992) und der nicht mehr tragfähigen Schulden in den afrikanischen Ländern sprachen die Staats- und Regierungschefs in den 90er Jahren auch immer öfter über umwelt- und entwicklungspolitische Themen. Heute diskutiert die Gruppe der Acht auch Lösungen für die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und befasst sich mit der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.

### G8-Organisation

Aus den jährlichen Treffen in kleiner Runde ist inzwischen eine permanente Kooperation auf der Ebene von Ministern und hohen Regierungsbeamten geworden. Sie bereiten die jährlichen Gipfel vor, stimmen nationale Positionen ab und sorgen bereits im Vorfeld der Gipfel für eine teilweise Klärung unterschiedlicher Positionen. Zu diesem Zweck entsendet jedes Land so genannte Sherpas und Sous-Sherpas. Der derzeitige Sherpa ist Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Deutsche Sherpas waren u. a. der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Horst Köhler, das Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, sowie der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer.

## Themen der G7/G8-Finanzminister

Die G7-Staats- und Regierungschefs haben insbesondere seit 1982 Fragen der Wechselkurs-, Geld-, Zins- und Haushaltspolitik immer stärker ihren Finanzministern und Notenbankgouverneuren anvertraut, die sich seit 1986 regelmäßig in einem institutionalisierten Rahmen treffen und das Ziel verfolgen, ihre Politiken miteinander abzustimmen.<sup>1</sup>

Die Überwachung der makroökonomischen Entwicklung („surveillance“) gehört zum Kern der Aufgaben der G7. Im Laufe ihrer Zusammenarbeit haben die G7 neben der Weltwirtschaft eine Vielzahl anderer Themen mit internationalem Bezug aufgegriffen. Hierzu zählen die Prävention sowie die Bewältigung von Währungskrisen in Schwellenländern, der Schuldenerlass für arme, hoch verschuldete Länder, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, der Geldwäsche und der Korruption und – ganz aktuell – die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die G7 ist bestrebt, ihre Vorstellungen in der Geschäftspolitik des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der anderen internationalen Finanzinstitutionen umzusetzen. Hierfür werben die G7-Staaten um Unterstützung bei den anderen Mitgliedsländern.

## Organisation des G7/G8-Finanzministerprozesses

Die G7/G8 ist ein informelles Forum. Das Sekretariat rotiert jährlich in folgender Reihenfolge: Frankreich, USA, Großbritannien, Deutschland, Japan, Italien, Kanada. Informationsaustausch, Meinungsbildung und gemeinsame Aktionen kennzeichnen den Abstimmungsprozess. Vereinbarungen werden einstimmig getroffen.

Z.B. war der Vorschlag für einen multilateralen Schuldenerlass eine gemeinsame Initiative der G7 auf dem Finanzministertreffen am 10./11. Juni 2005 in London. Der Schuldenerlass wurde inzwischen von den Direktorien von IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank beschlossen. Die Einigung sieht vor, bis zu 37

Ländern im Zeitraum bis 2045 Schulden in Höhe von bis zu 56 Mrd. US-Dollar zu erlassen. Deutschland begrüßt diesen Beschluss. Wichtig ist jetzt, dass die Entwicklungsländer die Gelder, die durch die ersparten Zins- und Tilgungszahlungen frei werden, für die Armutsbekämpfung und die Entwicklung ihres Landes einsetzen.

Der informelle Charakter der G7/G8 ermöglicht eine flexible Koordinierung zwischen Nationalstaaten bei konkretem Handlungsbedarf, so z.B. im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Die Notwendigkeit zur Kooperation und zur Reaktion auf unerwartete Ereignisse zeigt die Bedeutung informeller Foren für die „Global Governance“, insbesondere im Krisenfall. G7/G8 kombinieren ein hohes Maß an Handlungskompetenz mit offenen, schnellen und vergleichsweise schlanken Verfahren.

## Kritik am G7/G8-Prozess

Wie jede seit längerem bestehende Institution unterlag auch die G7/G8 Veränderungen, die zu Rufen nach Reformen führen. Einige Kritiker beklagen die zunehmende Institutionalisierung der G8 und ihrer Gipfel und fordern eine Neubelebung der Atmosphäre der Ursprungsgipfel. Andere kritisieren den angeblich zu großen Einfluss der G7/G8 angesichts ihres sinkenden Anteils an der Weltwirtschaftsleistung und fordern die Aufnahme großer Schwellenländer.

Betrachtet man die heutige Stellung der G7/G8, kann man jedoch konstatieren, dass die G7/G8 ein entscheidendes Forum für den multilateralen Erfahrungs- und Meinungsaustausch geworden sind, dessen Initiativen es ermöglichen, globale Probleme frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu suchen.

## Die deutsche G8-Präsidentschaft 2007<sup>2</sup>

„Wachstum und Verantwortung“ ist das Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft im Jahr 2007. Die Ausgestaltung der globalisierten

<sup>1</sup> Seit 1998 nehmen an der Diskussion ausgewählter Tagesordnungspunkte bzw. Themen wie z.B. Energie und Finanzkriminalitätsbekämpfung auch der russische Finanzminister und Notenbankgouverneur teil.

<sup>2</sup> Das Treffen der Staats- und Regierungschefs findet in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007 statt.

Weltwirtschaft und die Entwicklung Afrikas stehen 2007 im Mittelpunkt der deutschen Agenda. Betont wird die besondere Verantwortung der G8 für verlässliche und tragfähige Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und für die benachteiligten Teile der Weltbevölkerung.

Mit seiner wirtschaftspolitischen Agenda Investitionen, Innovationen und Nachhaltigkeit möchte Deutschland neue Impulse für den Abbau der globalen Ungleichgewichte (Leistungsbilanzdefizit in den USA, hohe Überschüsse in Asien und ölexportierenden Staaten) geben, einen fruchtbaren Austausch über Maßnahmen zur Verbesserung der systemischen Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte ermöglichen, den Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie verstärken, die weltweiten Investitionsbedingungen und Investitionsfreiheit verbessern, dabei aber nicht die soziale Dimension der Globalisierung übersehen. Nicht zuletzt möchte Deutschland die Notwendigkeit des nachhaltigen Umgangs mit unseren endlichen Ressourcen, insbesondere im Zusammenhang mit den Themen Energieeffizienz und Klimaschutz, thematisieren.



Neben dem weltwirtschaftlichen Schwerpunkt stehen die drängenden Probleme Afrikas – gute Regierungsführung, nachhaltige Investitionen, Frieden und Sicherheit – im Mittelpunkt. Für die Entwicklung Afrikas sind Wirtschaftswachstum und die Verantwortung der G8 von zentraler Bedeutung. Es geht um die wirtschaft-

liche Entwicklung des Kontinents, die Bekämpfung der Armut und insbesondere um den Kampf gegen HIV/Aids. Der Stärkung der afrikanischen Gesundheitssysteme kommt dabei eine besondere Rolle zu.

## Themen der G7/G8-Finanzminister 2007

Während der deutschen G8-Präsidentschaft wird eine Reihe von G8-Fachministertreffen stattfinden, die auch der Vorbereitung der Gipfelthemen dienen. Bei den Finanzministern übernimmt – gleichzeitig mit der G8-Präsidentschaft – Deutschland den Vorsitz.<sup>3</sup> Während seines Vorsitzes des Finanzministerprozesses will Deutschland sich vor allem auf finanzpolitische Kernthemen konzentrieren und insbesondere sechs Themen voranbringen. Diese umfassen die Festigung der makroökonomischen Stabilität, die Transparenz der Hedge Fonds im Hinblick auf die internationale Finanzmarktstabilität sowie die Qualität und Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen. Weitere Themen der deutschen Präsidentschaft sind der Aufbau von Kapitalmärkten in Schwellenländern, Wachstumsförderung und Armutsbekämpfung durch Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Finanzsektors von Entwicklungsländern sowie Finanzpolitik zur Unterstützung von mehr Energieeffizienz und einer Energiestrategie, die zunehmend auf erneuerbare Energie setzt. Die Anpassung der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank an veränderte globale Rahmenbedingungen wird ebenfalls ein Thema sein.

Die Bundesregierung möchte in diesem Jahr einen Beitrag zur Lösung wichtiger internationaler Probleme leisten und wird hart dafür arbeiten. Damit wir vorankommen, müssen aber Industrie- und Schwellenländer ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden.

<sup>3</sup> Das erste Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G7-Länder unter Vorsitz des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück im Jahr 2007 findet am 9./10. Februar 2007 in Essen statt, gefolgt von einem Treffen der G8-Finanzminister am 18./19. März 2007 in Potsdam.

## Die G7/G8-Finanzministerthemen im Einzelnen

### **Verbesserung der Stabilität der globalen Finanzmärkte**

Angesichts des hohen Anlagevolumens stellt sich die Frage nach möglichen systemischen Risiken, die von Hedge Fonds für die internationale Finanzmarktstabilität ausgehen könnten. Die G 7 sind sich der wachsenden Bedeutung von Hedge Fonds für die Finanzmarktstabilität bewusst und sehen sowohl die Chancen als auch die Risiken von Hedge Fonds. Um potenziellen systemischen Risiken besser begegnen zu können, sollte die Transparenz in diesem Sektor erhöht werden.

### **Fiskalpolitik für die Zukunft**

Die Haushalte der großen Industrieländer sind aufgrund der Bevölkerungsalterung ohne zusätzliche Anstrengungen langfristig nicht finanzierbar. Die Sicherung der langfristigen Stabilität der Finanzpolitik ist eine Herausforderung für alle G 7-Länder und Voraussetzung für eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft und des internationalen Finanzsystems. Die Finanzminister der G 7-Staaten suchen nach Wegen, um langfristig stabile Staatsfinanzen sicherzustellen. Notwendig sind eine dauerhafte Defizitreduzierung, Ausgabenkontrolle und eine Verbesserung der Produktivitäts- und Beschäftigungswirkungen (Qualität) der öffentlichen Finanzen.

### **Förderung von Anleihemärkten in Schwellenländern**

Je höher der Anteil der Fremdwährungsverschuldung, desto anfälliger haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die betreffenden Länder für Währungs- und Finanzkrisen erwiesen. Die weitere Entwicklung und Verbesserung inländischer Anleihemärkte in Schwellenländern kann einen wichtigen Beitrag leisten, die systemische Finanzmarktstabilität zu erhöhen, die Krisenanfälligkeit von Schwellenländern zu verringern und so zum stabilen Wachstum der Weltwirtschaft beitragen. Zu diesem Thema beabsichtigt die deutsche Präsidentschaft, eine Expertenkonferenz abzuhalten.

### **Fiskalpolitik zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien**

Angesichts hoher und volatiler Ölpreise, wachsender Abhängigkeit von wenigen Förderländern und der Bedeutung für den Klimaschutz ist es für die G 7-Länder notwendig, Energie effizienter und erneuerbare Energien stärker zu nutzen. Sie sind bemüht, ihre Energieeffizienz zu steigern und erneuerbare Energien zu entwickeln, um Belastungen durch steigende Ölpreise zu reduzieren, die Abhängigkeiten von wenigen Förderländern zu verringern und Umwelt und Klima zu schützen. An Gleneagles anknüpfend wollen die G 7-Länder während der deutschen Präsidentschaft ihre finanzpolitischen Instrumente zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien diskutieren.

### **Gute Regierungsführung im Bereich der Finanzpolitik in Afrika**

Durch Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Finanzsektors kann das Wachstum in Entwicklungsländern gefördert und Armut bekämpft werden. Auch um steigende Rohstoffeinnahmen und höhere Leistungen staatlicher Entwicklungshilfe einschließlich Schuldenerlasse sinnvoll einzusetzen, ist Good Governance im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements unabdingbar. Die G 7 wollen an bestehenden Initiativen zur Transparenzförderung (z. B. Extractive Industries

Transparency Initiative, EITI) anknüpfen und die Arbeiten von Weltbank und OECD in diesem Bereich unterstützen. Geber, International Financial Institutions (IFIs) und Partnerländer müssen an einem Strang ziehen, damit die vorhandenen Initiativen zum Nutzen der Armen in den Entwicklungsländern vorangebracht werden können.

### **IWF-Reform**

Während der deutschen Präsidentschaft wird weiter daran gearbeitet, die Akzeptanz des IWF durch eine bessere Repräsentanz von Entwicklungsländern und wirtschaftlich bedeutender Schwellenländer zu verbessern. Bei der IWF/Weltbank-Jahrestagung in Singapur 2006 haben die Gouverneure beschlossen, die Quotenformel bis zur IWF/Weltbank-Frühjahrstagung 2008 zu überarbeiten und die Quoten bis zur Jahrestagung 2008 für einen größeren Kreis unterrepräsentierter Länder anzupassen sowie die Basisstimmen zu erhöhen. Ziel ist eine einfachere Quotenformel, die neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch Offenheitsvariablen als wichtige Komponente enthält.



# Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast in den Mitgliedstaaten der OECD

1	Einführung .....	47
2	Wichtige Ergebnisse in Kürze .....	48
3	Entwicklungen im Zeitablauf .....	50
4	Ausblick .....	52

- Im OECD-Raum gibt es hinsichtlich des Niveaus und der Struktur der staatlichen Einnahmen nach wie vor erhebliche Unterschiede.
- Die Steuerquote lag in Deutschland im Jahr 2005 unverändert auf einem niedrigen Niveau, die Abgabenquote bewegte sich im mittleren Drittel.
- Entgegen dem aktuellen OECD-Trend, der auf eine Zunahme weist, ist die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote in Deutschland im Jahr 2004 deutlich gesunken und im Jahr 2005 konstant geblieben.
- Das Aufkommen der Steuern auf Einkommen und Gewinne ist in Deutschland – trotz Tarifsenkung – in Relation zum BIP 2005 erstmals wieder gestiegen.

## 1 Einführung

Zu der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, wie sie die OECD seit langem im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik organisiert, gehört die Bereitstellung international vergleichbarer Statistiken. Über die koordinierende Rolle der OECD in der internationalen Steuerpolitik, ihre Arbeitsweise und die grundsätzliche Bedeutung verlässlicher Materialien für eine fundierte Politikberatung ist an dieser Stelle schon ein ausführlicher Beitrag erschienen.<sup>1</sup> Nicht nur zur Vorbereitung eigener Analysen, sondern auch zur Information der Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten und der breiten Öffentlichkeit werden dort vielfältige Daten zusammengetragen und nach zuvor abgestimmten Verfahren ausgewertet. Verzerrungen durch unterschiedliche Abgrenzungen und Definitionen werden so ausgeschaltet, mit den auf natio-

naler Ebene üblicherweise verwendeten Kennziffern sind die Ergebnisse allerdings nicht immer unmittelbar vergleichbar.

Die Zeitreihen der OECD zu Niveau und Struktur des Steueraufkommens in den Mitgliedstaaten reichen weit in die Vergangenheit zurück, sie werden jährlich in Form der „Revenue Statistics“ publiziert und auf einen aktuellen Stand gebracht. An der diesbezüglichen Studie waren zuletzt 30 Staaten beteiligt. Sie liefern den Experten der OECD im „Center for Tax Policy and Administration“ nach einheitlichen Vorgaben aufbereitete Daten zu. Die jüngste Ausgabe dieser Veröffentlichung enthält endgültige Resultate für das Jahr 2004, vorläufige Angaben für das Jahr 2005 und ein Sonderkapitel über Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei der Besteuerung von Sozialleistungen.<sup>2</sup>

Die Ergebnisse nutzt das Bundesministerium der Finanzen unter anderem in der Reihe „Die

<sup>1</sup> Vgl. BMF-Monatsbericht September 2004, S. 45 ff.

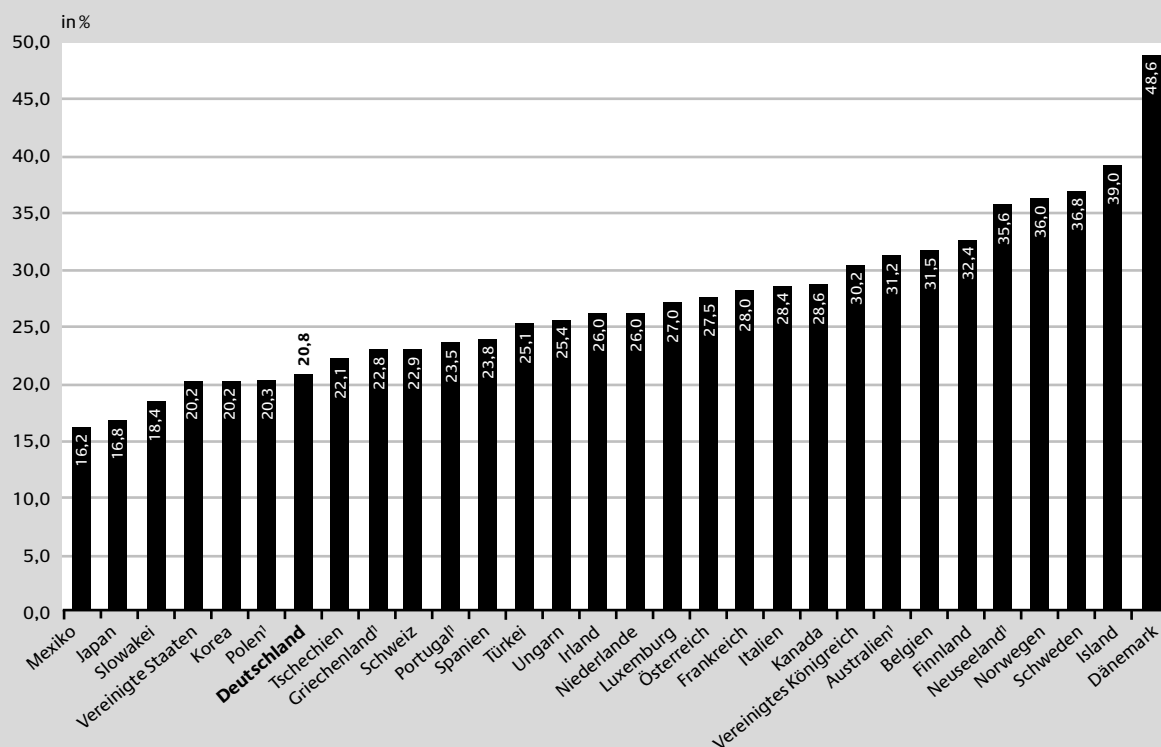
<sup>2</sup> OECD (Hrsg.): Revenue Statistics 1965–2005, Paris 2006.

wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“ für eine umfassende Untersuchung der Steuersysteme in ausgewählten Industrieländern.<sup>3</sup> Der folgende Beitrag weitet den Blick auf sämtliche Mitgliedstaaten der OECD aus, konzentriert die Beobachtung im Übrigen stärker auf die Entwicklung der staatlichen Einnahmen im Zeitablauf.

## 2 Wichtige Ergebnisse in Kürze

Insgesamt ergibt sich bei einer Analyse der Indikatoren für alle 30 Mitgliedstaaten der OECD und bei einer Auswertung für die deutsche Position im internationalen Vergleich ein gemischtes Bild. Der aktuelle Stand lässt sich für die Steuerquote (Steuern in Prozent des BIP) und für die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben in Prozent des BIP) in den Abbildungen 1a und 1b jeweils getrennt ablesen (siehe S. 48 u. 49). Bei einem Vergleich, der verfügbare Ergebnisse für das Jahr 2005 einbezieht, ist die Belastung mit Steuern gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Deutschland eher gering, bei der Abgabenquote rangiert es im mittleren Drittel. An den länderspezifischen Platzierungen hat sich am aktuellen Rand (2003 bis 2005) nur wenig geändert.

Abbildung 1a: Steuerquote in den Mitgliedstaaten der OECD 2005



<sup>1</sup> 2004.

Quelle: OECD Revenue Statistics 2006.

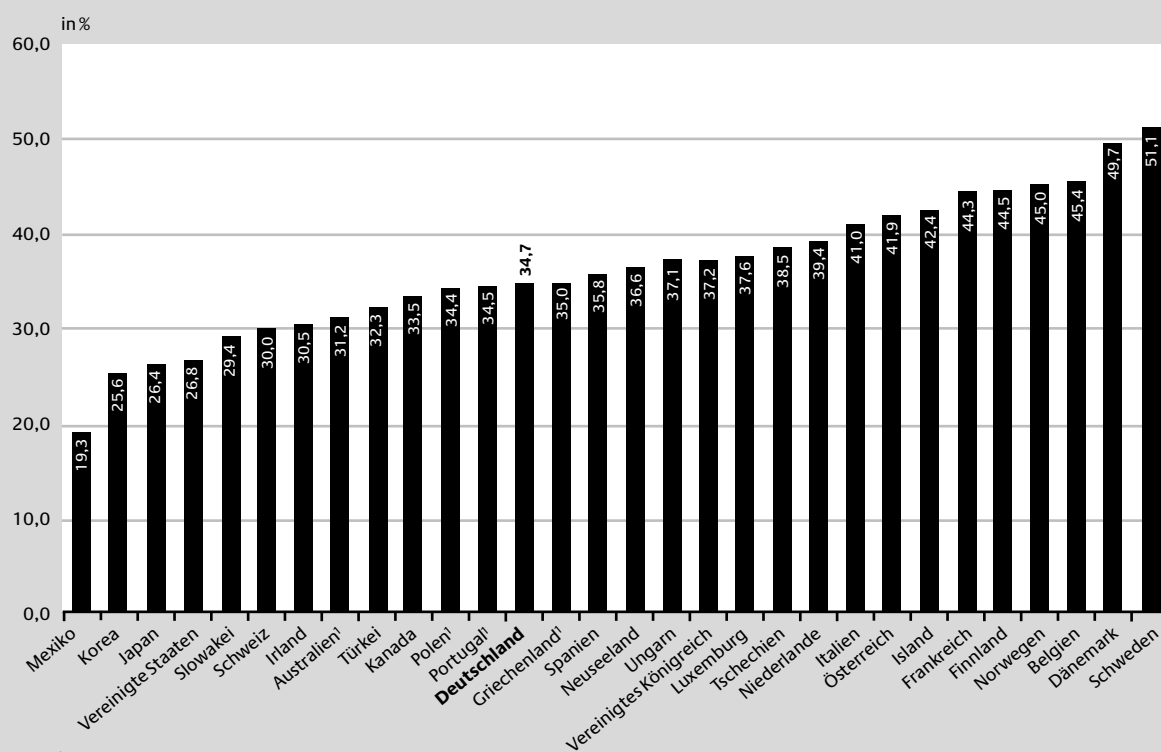
<sup>3</sup> Siehe Beitrag „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006“, S. 53 ff.



Wegen grundsätzlicher Unterschiede in der Entwicklung und Verfasstheit der sozialen Sicherungssysteme sind größere Verschiebungen kurzfristig aber in aller Regel auch nicht zu erwarten (vgl. Erläuterungen im Beitrag „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“). Zu rechnen ist mit ihnen allerdings im Falle von strukturellen Reformen und immer dann, wenn sich die Bewegungsrichtung der Konjunktur und/oder ihre Stärke zwischen einzelnen Ländern unterscheiden. Hinter dem OECD-weit für das Jahr 2004 ermittelten Durchschnitt (35,9 %) blieb das Ergebnis für Deutschland bei der Abgabenquote mit 34,7 % um etwa einen Prozent-

punkt zurück. Bei den Steuern auf Einkommen und Gewinne war der Abstand – nicht zuletzt als Folge der hier erfolgten Tarifsenkung – mit vollen drei Prozentpunkten noch wesentlich größer. In der Publikation der OECD werden die Ergebnisse der Berechnungen für jedes Land einschließlich näherer Auswertungen zur Struktur der staatlichen Einnahmen ausführlich dokumentiert. Eine vergleichende Darstellung für die Mitgliedstaaten der EU und für weitere ausgewählte Industrieländer ist zugleich Bestandteil der Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung in diesem Monatsbericht (siehe S. 103 u. 104).

Abbildung 1b: Abgabenquote in den Mitgliedstaaten der OECD 2005



<sup>1</sup> 2004.

Quelle: OECD Revenue Statistics 2006.

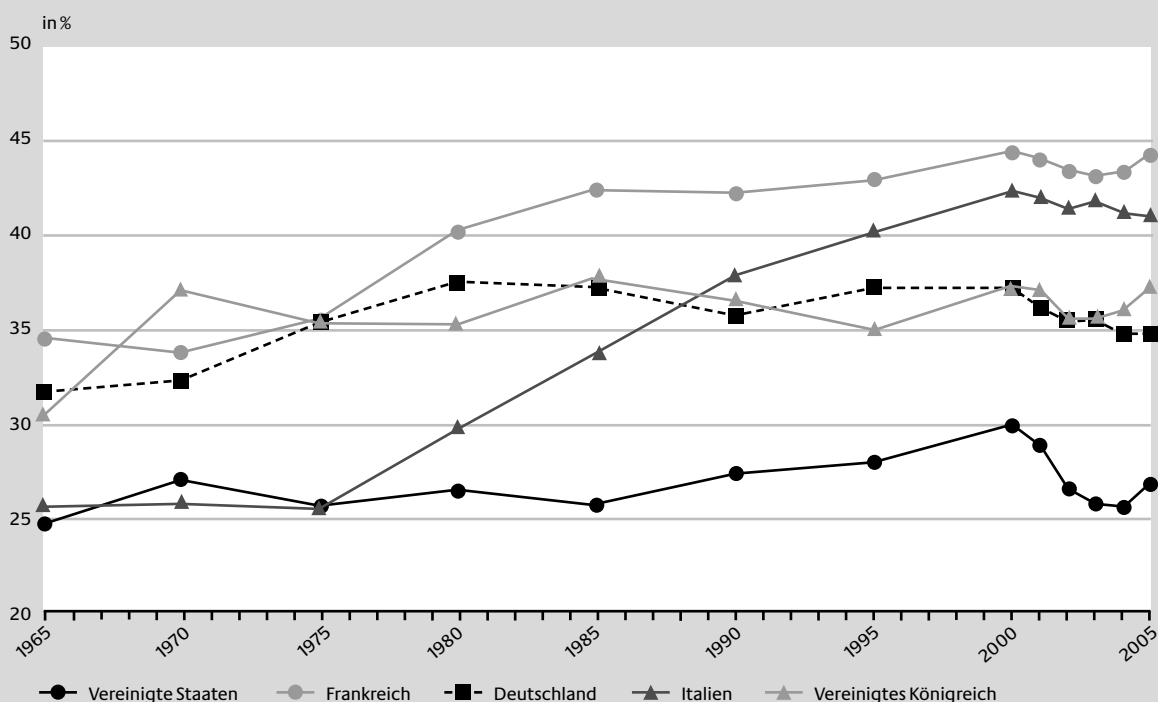
### 3 Entwicklungen im Zeitablauf

Die grundsätzlichen Einschätzungen über die relative Position Deutschlands im internationalen Vergleich bestätigen sich auch dann, wenn man längerfristige Entwicklungen nur für die – gemessen an ihrer Wirtschaftskraft – größeren europäischen Länder und die USA in den Blick nimmt. Bei der Abgabenquote (Abbildung 2a) hat Deutschland seinen Platz im Mittelfeld dieser Länder im Laufe der letzten Jahrzehnte kaum je verlassen, bei der Steuerquote (Abbildung 2b, S. 51) bewegte es sich zuletzt mit einem Wert von 20,8 % auf deren unteren Rand zu (USA: 20,2 %). Das liegt vor allem an der von den Tarifsenkungen beeinflussten Entwicklung bei den Steuern auf Einkommen und Gewinne (Abbildung 2c, S. 51). Im letzten Jahr, für das vergleichbare Daten zur Verfügung stehen, wird in die-

sem Fall aber auch in Deutschland ein gewisser Anstieg erkennbar, von 9,5 % im Jahr 2004 auf 9,8 % im Jahr 2005. Das Niveau des Jahres 2000 (11,2 %) ist damit allerdings noch nicht wieder erreicht.

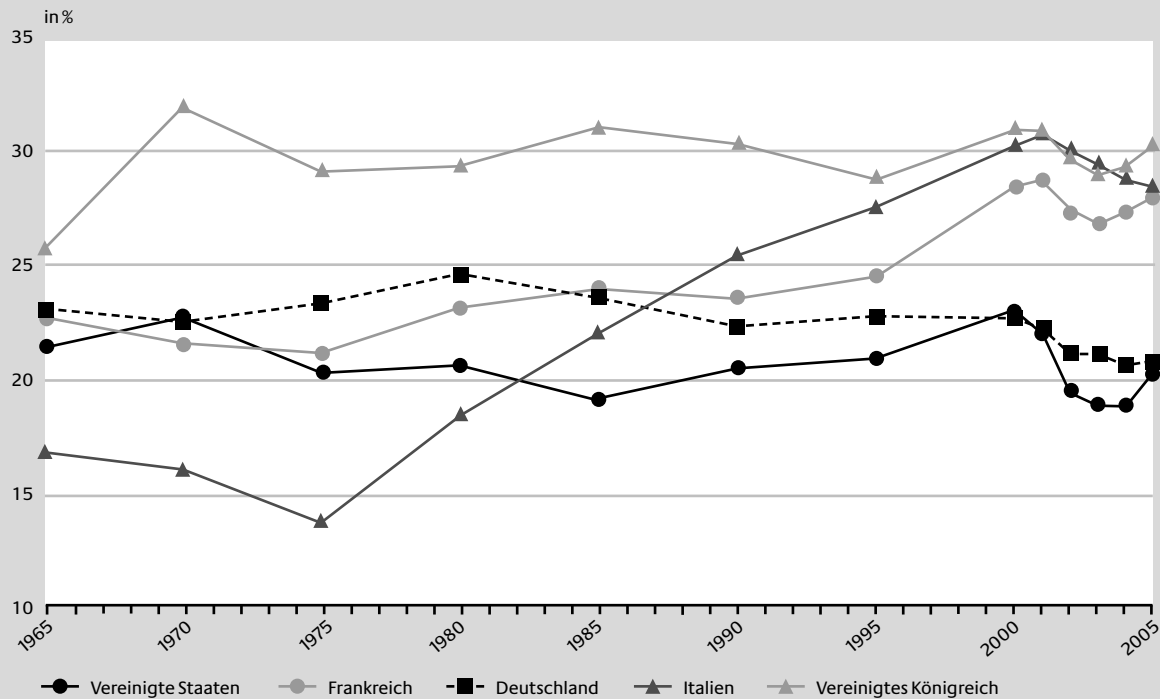
Die in einer ganzen Reihe von Mitgliedstaaten schon im Jahr 2004 beobachtete Zunahme auch der Abgabenquote hat im Jahr 2005 (vgl. Abbildung 3, S. 52) einen größeren Kreis von Ländern erfasst. Von den Experten der OECD wurde dies bei Vorstellung des Berichts vor allem auf die vielfach bessere konjunkturelle Entwicklung, nicht auf Veränderungen in den Steuer- und Abgabensätzen zurückgeführt. Das gilt auch für größere Länder mit einem sehr deutlichen Anstieg der Einnahmenquote wie etwa die USA (+ 1,3 Prozentpunkte) oder Großbritannien (+ 1,2 Prozentpunkte). Entgegen dem aktuellen OECD-Trend hat sich die Abgabenquote in Deutschland 2005 nicht erhöht. Sie ist mit 34,7 % konstant geblieben.

Abbildung 2a: Steuern und Sozialabgaben in Prozent des BIP 1965 bis 2005<sup>1</sup>



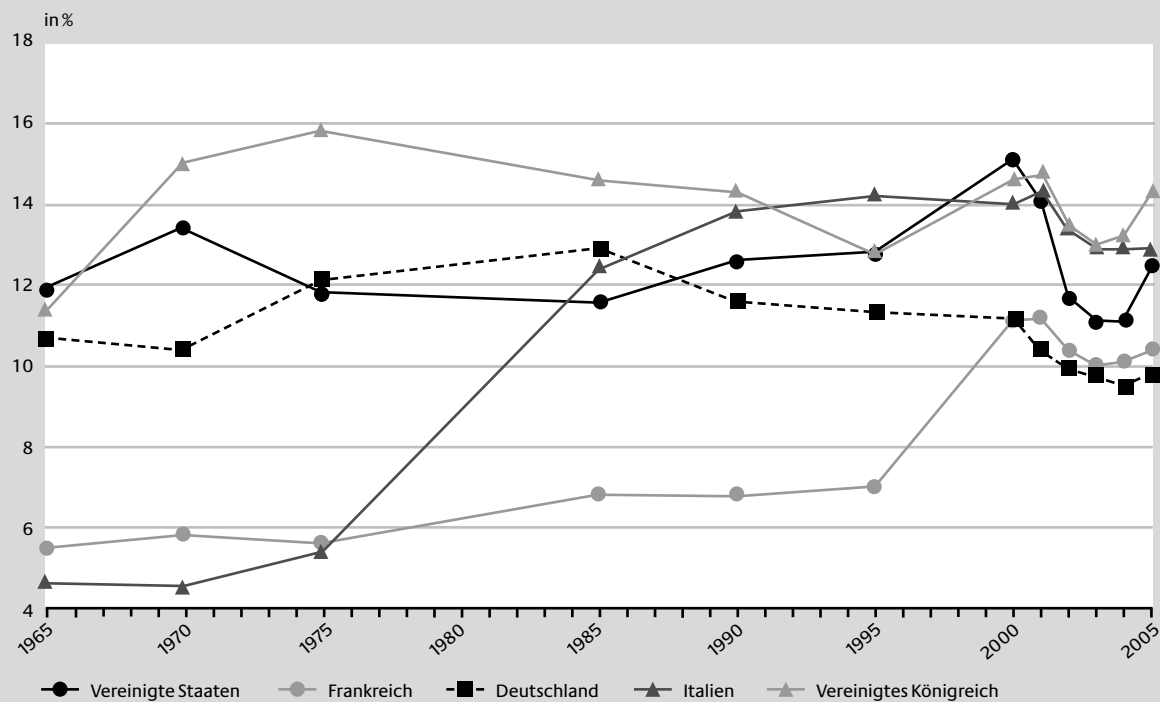
<sup>1</sup> 2005 vorläufige Werte.  
Quelle: OECD Revenue Statistics 2006.

Abbildung 2b: Steuern insgesamt (ohne Sozialabgaben) in Prozent des BIP  
1965 bis 2005<sup>1</sup>



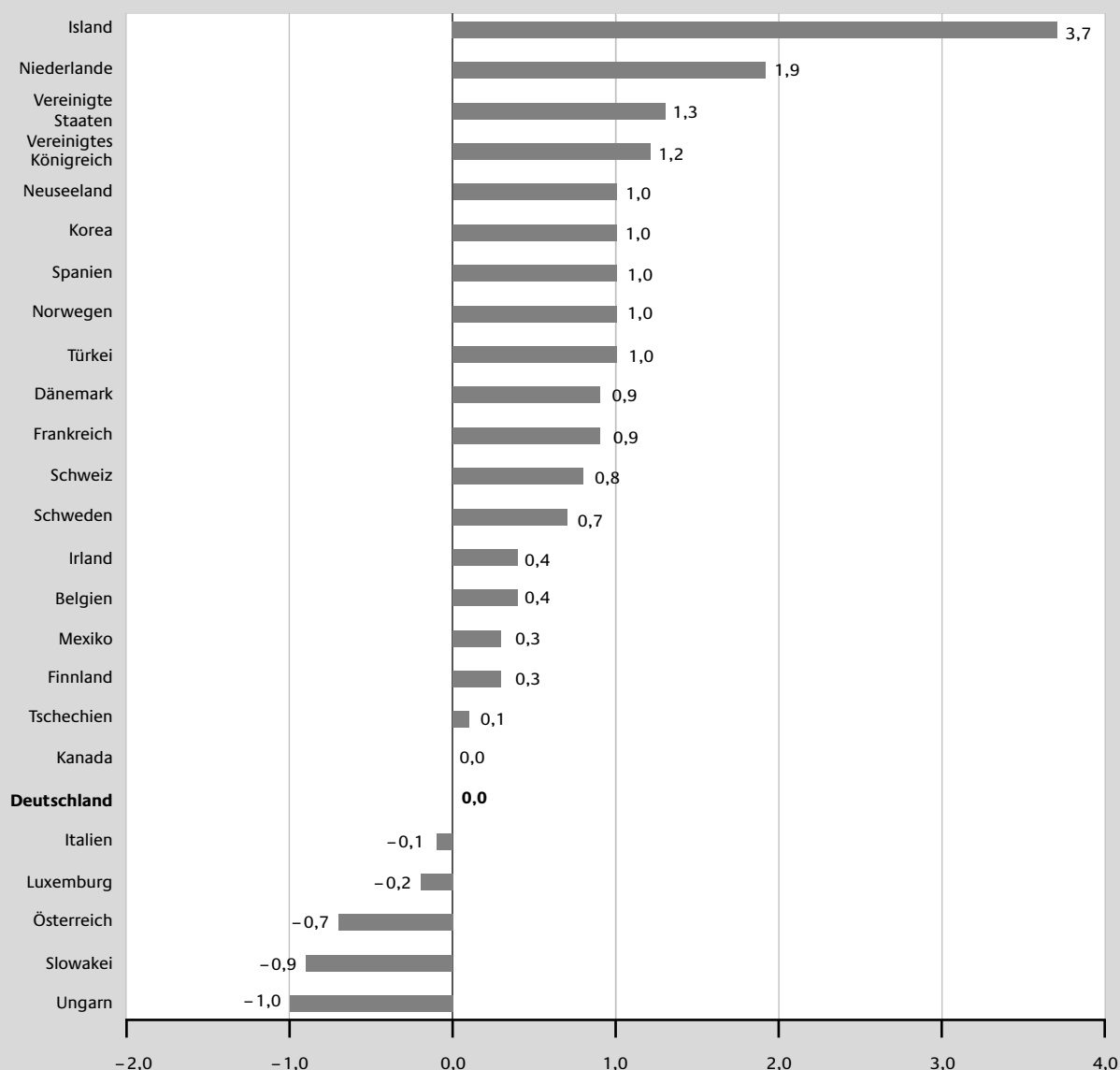
<sup>1</sup> 2005 vorläufige Werte.  
Quelle: OECD Revenue Statistics 2006.

Abbildung 2c: Steuern auf Einkommen und Gewinne in Prozent des BIP  
1965 bis 2005<sup>1</sup>



<sup>1</sup> 2005 vorläufige Werte.  
Quelle: OECD Revenue Statistics 2006.

Abbildung 3: Abgabenquote: Veränderung 2005/2004 in Prozentpunkten



## 4 Ausblick

Ergebnisse zur Fortsetzung der Analyse mit international vergleichbaren Daten bis in das Jahr 2006 werden in Form einer neuen Ausgabe der „Revenue Statistics“ erst im kommenden Herbst vorliegen. Dann werden die stärkere wirt-

schaftliche Dynamik in Deutschland und die überproportional steigenden Einnahmen sich voraussichtlich auch in den Zahlen der OECD niederschlagen und bewirken, dass Deutschland auch bei den errechneten Steuerquoten auf eine parallel zu den meisten anderen Staaten sich vollziehende Entwicklung einschwenkt.

# Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006

1	Einleitung .....	53
2	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen .....	55
3	Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften .....	56
4	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen .....	63
5	Fazit .....	68

- Deutschland hat im internationalen Vergleich eine geringe gesamtwirtschaftliche Steuerbelastung.
- Die nominale Belastung der Gewinne von Kapitalgesellschaften ist im internationalen Vergleich derzeit sehr hoch, rückt aber durch die Unternehmensteuerreform 2008 ins Mittelfeld.
- Die Steuerbelastung verheirateter Arbeitnehmer ist im internationalen Vergleich sehr gering, unter Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge im Mittelfeld.
- Der Normalsatz der Umsatzsteuer liegt trotz der Erhöhung auf 19 % noch unterhalb des Durchschnitts der EU-25.

## 1 Einleitung

Internationale Steuerbelastungsvergleiche werden von vielen Seiten nachgefragt und auch publiziert. Vielfach wird dabei nicht berücksichtigt, dass die dort erzielten Ergebnisse unter ganz bestimmten Prämissen zustande gekommen und vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind.

In dem folgenden Beitrag werden nur drei Aspekte der internationalen Besteuerung genauer betrachtet. Diese Eingrenzung geschieht auch, um zu verhindern, dass durch eine zu breit gefächerte, aber zu wenig ins Detail gehende Darstellung falsche Schlussfolgerungen provoziert werden. Die erarbeiteten Vergleiche erstrecken sich grundsätzlich auf alle EU-Staaten und einige andere ausgewählte Industriestaaten (insbesondere die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen). Leser, die an weiter gehenden Informationen interessiert sind, werden auf die Publikation „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“ verwiesen. Die auf der aktuellen OECD-Publikation „Taxing wages 2004–

2005“ beruhende Darstellung der Abgabenbelastung von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich wurde schon im Mai 2006 veröffentlicht. Sobald im Jahr 2007 die aktualisierte Version der Broschüre veröffentlicht ist, wird zeitnah im Monatsbericht darüber informiert.

Dieser Beitrag beschreibt den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2006. In jenem Jahr wurden in Deutschland umfangreiche steuerpolitische Entscheidungen getroffen, die erst in den darauffolgenden Jahren in Kraft treten. Dem Stichtagsprinzip folgend, dürften diese bereits beschlossenen oder angekündigten Maßnahmen nicht aufgeführt werden. Um eine umfassende Information zu gewährleisten und auch mögliche Dispositionen zu erleichtern, werden drei wichtige Aspekte trotzdem schon vorab angeführt und auch in den Grafiken berücksichtigt.

Zum 1. Januar 2007 wurde der Regelsteuersatz der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % erhöht. Die damit verbundenen Mehreinnahmen dienen der Verringerung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung (Senkung von 6,5 % auf 4,2 % wird zu einem Prozentpunkt davon finanziert)

und zur einnahmenseitigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

In den vergangenen Jahren wurde der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 53 % auf 42 % gemindert. Gleichzeitig wurde die Einkommenshöhe, ab der der Spitzensteuersatz greift, von rd. 61377 € auf 52152 € vermindert und der Grundfreibetrag von rd. 6681 € auf 7664 € erhöht. Im Gesamtbild wurde damit der Einkommensbereich, welcher der direkten Tarifprogression unterliegt, merklich verkürzt. Damit besonders Leistungsfähige einen höheren Beitrag zur Staatsfinanzierung leisten, wurde in diesem Jahr eine neue, zweite Proportionalzone eingeführt. Diese beginnt bei ledigen Steuerpflichtigen bei einem zu versteuernden Einkommen über 250 000 €, bei verheirateten Steuerpflichtigen über 500 000 €. Dieses Einsetzen des von 42 % auf 45 % erhöhten Spitzensteuersatzes erst bei sehr hohen Einkommen ist auch international nicht unüblich. In den USA und der Schweiz beginnt der maximale Grenzsteuersatz der Einkommensteuer erst bei Einkünften über 250 000 €. Zu beachten ist, dass im Jahr 2007 diese zweite Proportionalzone nicht für Gewinneinkünfte gilt (dies sind Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Gewerbebetrieb sowie Land- und Forstwirtschaft). Für diese unternehmerischen Einkünfte wurde für 2007 eine Sonderregelung eingeführt, da die Besteuerung der Gewinneinkünfte mit der Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2008 neu geregelt werden soll.

Mit der Unternehmensteuerreform 2008 soll eine merkliche Senkung der nominalen Steuerbelastung, eine Erhöhung der Transparenz und eine Entflechtung der Finanzströme der Gebietskörperschaften erreicht werden. Zu diesem Zweck soll der Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 15 % gesenkt werden. Die Steuermesszahl der Gewerbesteuer wird von max. 5 % auf 3,5 % gemindert, so dass sich bei einem Hebesatz von 400 % eine nominale Belastung durch die Gewerbesteuer in Höhe von 14 % ergibt. Die Steuerbelastung beträgt bei Kapitalgesellschaften inklusive Solidaritätszuschlag von 5,5 % zukünftig 29,83 %. Damit wird die Belastung der Kapitalgesellschaften um fast neun Prozentpunkte gesenkt. Personenunternehmen machen in Deutschland etwa 83 % der Unternehmen aus und unterliegen der Einkommensteuer. Um die

Investitionstätigkeit der Personenunternehmen zu stärken, wird eine Thesaurierungsbegünstigung eingeführt, wie es sie etwa auch in Dänemark und Österreich gibt. Die thesaurierten Gewinne werden der Höhe nach wie bei Kapitalgesellschaften mit rd. 29,8 % belastet.

Für das Jahr 2009 ist die Einführung einer einheitlichen Abgeltungsteuer auf Zinsen, Dividenden und private Veräußerungsgewinne in Höhe von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag vorgesehen. Durch die Abgeltungsteuer wird der Standort Deutschland für Anleger attraktiver. Steuerzahler, die derzeit ausschließlich wegen erhaltener Kapitaleinkommen veranlagt werden müssen, können auf eine Veranlagung allein wegen der Kapitaleinkünfte verzichten. Mit der Einführung der Abgeltungsteuer wird auch das Halbeinkünfteverfahren für natürliche Personen entfallen. Da sich auf die Gesamtbelastung von Dividenden sowohl die Änderungen der Unternehmensbesteuerung als auch die der Kapitaleinkünfte auswirken, verändert sich die in den folgenden Jahren mögliche maximale Belastung mehrmals. In der nachfolgenden Tabelle 1 (siehe S. 55) wird diese Belastungsentwicklung dargestellt.

Tabelle 1: Gesamtbelastung ausgeschütteter Gewinne von Kapitalgesellschaften<sup>1</sup>

	2006 Einkommensteuer- spitzensatz: 42 %	2007 Einkommensteuer- spitzensatz: 45 %	2008 2007 + Körperschaftsteuer: 15 %; Gewerbesteuer: 14 %	2009 2008 + Abgeltungsteuer von 25 %
Gewinn	100,00	100,00	100,00	100,00
Gewerbesteuer	16,67	16,67	14,00	14,00
Körperschaftsteuer + Solidarititätszuschlag	21,98	21,98	15,83	15,83
<b>Unternehmensebene</b>	<b>38,65</b>	<b>38,65</b>	<b>29,83</b>	<b>29,83</b>
Dividende	61,35	61,35	70,18	70,18
<b>Einkommensteuer + Solidarititätszuschlag (Dividende)</b>	<b>13,59</b>	<b>14,56</b>	<b>16,66</b>	<b>18,51</b>
<b>Belastung</b>				
Unternehmensebene	38,65	38,65	29,83	29,83
Anteilseignerebene	13,59	14,56	16,66	18,51
<b>Gesamtbelastung</b>	<b>52,24</b>	<b>53,21</b>	<b>46,48</b>	<b>48,33</b>

<sup>1</sup> Eigene Berechnungen. Unterstellt wird auf Anteilseignerebene für 2006 bis 2008 der maximale Grenzsteuersatz der Einkommensteuer.

## 2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

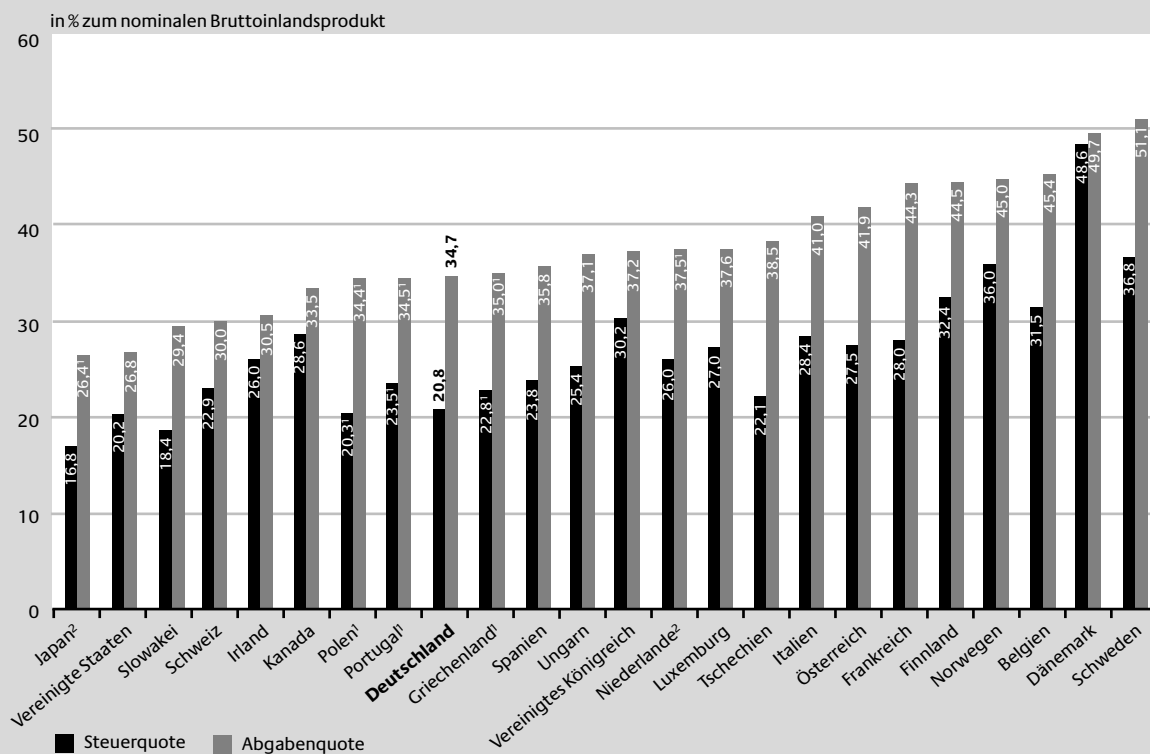
Um die Belastung von Volkswirtschaften mit (den jeweiligen gezahlten) Steuern zu ermitteln, werden so genannte Steuerquoten, d. h. die Relation von gezahlten Steuern zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, errechnet. Da die in den Vergleich einbezogenen Länder ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigenständige Beiträge (die nicht in der Steuerquote enthalten sind) oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend hohe Steuern finanzieren, ist der Aussagegehalt der Steuerquote begrenzt. Erst wenn die steuerähnlichen Abgaben für das staatliche Sozialversicherungssystem berücksichtigt werden, ist die Belastung der Volkswirtschaft mit Steuern und Sozialabgaben anhand der so genannten Abgabenquote international vergleichbar. Die Abbildung 1 (siehe S. 56) enthält beide Quoten in einer anschaulichen Darstellung.

Die diesen Vergleichen zu Grunde liegenden Daten beruhen auf Daten der „Revenue Statistics“ der OECD<sup>1</sup>, deren Ergebnisse in einem weite-

ren Beitrag dieser Ausgabe behandelt werden. Es zeigt sich, dass insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Frankreich, Belgien und Österreich die Abgabenquoten vergleichsweise hoch sind, während Nordamerika (USA, Kanada), aber auch Japan, Irland und die Schweiz vergleichsweise niedrige Abgabenquoten aufweisen. Es zeigt sich weiter, dass in einem solchen internationalen Vergleich die deutsche Steuerquote niedrig ist, während bei Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge Deutschland eine mittlere Position einnimmt. Es sei hier darauf hingewiesen, dass hohe Abgabenquoten meist gut ausgebaute Sozial- und Altersversicherungssysteme finanzieren, für die ansonsten private Mittel aufgewandt werden müssten. So ist etwa in den USA das staatliche System der sozialen Sicherung im Vergleich zu Kontinentaleuropa nur rudimentär ausgeprägt. Demzufolge müssen die privaten Haushalte in der Lage sein, eigenständig Vorsorge zu betreiben. Um dies zu ermöglichen, belässt der Staat den Bürgern einen größeren Anteil am Sozialprodukt, entsprechend gering sind daher die Steuer- und auch die Abgabenquote.

<sup>1</sup> OECD: Revenue Statistics 1965–2005, Paris 2006.

Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquoten 2005



<sup>1</sup> Stand 2004.

<sup>2</sup> Abgabenquote: Stand 2004.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 – 2005, Paris 2006.

### 3 Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Um die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich darzustellen, gibt es unterschiedliche Ansätze. Grundsätzlich können vorhandene empirische Daten aufbereitet werden, um Schlüsse über die Steuerbelastung der Unternehmen zu ziehen, wobei die volkswirtschaftliche Steuerquote kein geeigneter Ansatz ist, da diese nicht die Steuerbelastung nach einzelnen Bereichen differenziert (hier: Belastung der Unternehmensgewinne). Aussagekräftig wären hingegen die Jahresabschlüsse der Unternehmen. Allerdings stehen Jahresabschlüsse von Einzelunternehmen aufgrund des Steuergeheimnisses kaum zur Verfügung oder sind bei verbundenen Unternehmen wenig informativ. Auch die vorhandenen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nur beschränkt aussagefähig, da dieses Rechenwerk für

ganz andere Ziele konzipiert wurde. Zudem handelt es sich bei den empirischen Werten um Vergangenheitsdaten, die keinen Schluss auf die zukünftige Verhaltensweise von Unternehmen ermöglichen. Am häufigsten werden daher die nominalen und die effektiven Steuersätze für Unternehmen als Belastungsindikatoren herangezogen. Die **nominale Steuerbelastung** lässt sich sehr leicht feststellen, ihr kann eine Art Signalfunktion zugesprochen werden. Der nominale Steuersatz ist auch für Verlustverrechnungen relevant, er lässt aber die Steuerbemessungsgrundlage unbeachtet. Da sich die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz ergibt, sind die nominalen Steuersätze nur ein erster Indikator.

Aussagekräftiger sind deshalb die so genannten **effektiven Durchschnittssteuersätze**, bei denen etwa auch die Abschreibungsregelungen berücksichtigt werden. Allerdings weist der Vergleich von effektiven Steuersätzen auch Probleme auf, die bei der Interpretation der Daten zu be-



rücksichtigen sind. So lassen sich im Rahmen des vorgegebenen mikroökonomischen Modellrahmens nicht alle relevanten Aspekte der steuerlichen Gewinnermittlung erfassen. Insbesondere finden **Verlustausgleichsvorschriften keine Anwendung**, da rentable Investitionen ohne Periodenverluste unterstellt werden. Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind aber innerhalb der EU ganz unterschiedlich ausgestaltet. So sind beispielsweise die überperiodischen Verlustausgleichsregeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten, aber auch in Österreich im Vergleich zu Deutschland als restriktiver zu bezeichnen. Den in Deutschland bekannten Verlustrücktrag kennen diese Länder nicht. Der Verlustvortrag ist in den neuen EU-Staaten nicht wie in Deutschland zeitlich unbegrenzt, sondern zumeist auf fünf bis sieben Jahre befristet. Letzteres hat zur Folge, dass in den neuen EU-Staaten die Verlustvorträge in außergewöhnlich langen rezessiven Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verloren gehen können. Diese unterschiedlichen Regelungen wirken sich aber nicht auf die effektiven Durchschnittssteuersätze aus, obwohl leicht einsichtig ist, dass eine Besteuerungsrelevanz gegeben ist. Zwar führt etwa ein aktueller Verlust von 0,5 Mio. € weder in Deutschland, den neuen EU-Mitgliedstaaten noch in Österreich zu einer Besteuerung, allerdings ergibt sich nur für Unternehmen in Deutschland aufgrund des Verlustrücktrags eine Erstattung der in der Vorperiode gezahlten Körperschaftsteuer und damit eine in der Rezession nicht zu unterschätzende Liquiditätszufuhr.

Auch werden meist nur die ertragsabhängigen und den Faktor Kapital direkt belastenden Steuern bei der Ermittlung der effektiven Durchschnittssteuersätze berücksichtigt. Andere von Unternehmen zu entrichtende Steuern, etwa **Lohnsummensteuern**, können den Faktor Kapital in Analogie zur Mehrwertsteuer aber indirekt belasten, nämlich bei fehlender Überwälzung auf die Preise. Diese Steuern bleiben jedoch außen vor. Das Aufkommen dieser Steuer ist oft prozentual höher als etwa die in der Darstellung berücksichtigte deutsche oder luxemburgische Gewerbesteuer. So betrug 2004 der Anteil der Steuern auf die Lohnsumme nach Angaben der OECD<sup>2</sup> am gesamten Steueraufkommen in Öster-

reich 6,1 % und in Schweden 4,7 %, der der Gewerbesteuer in Deutschland hingegen nur 3,7 %. Trotzdem werden diese Steuern in die Berechnung der effektiven Durchschnittssteuersätze nicht einbezogen, da ansonsten in den Modellen berücksichtigt werden müsste, in welchem Umfang der Faktor Arbeit bei der Produktion eingesetzt wird (so genannter Arbeitskoeffizient).

**In dieser Publikation wird ausschließlich die nominale Steuerbelastung im internationalen Vergleich dargestellt. Ihre Aussagefähigkeit ist allerdings – wie oben dargestellt – begrenzt. Effektive Steuerbelastungsvergleiche, die zumindest wesentliche Aspekte in dieser Hinsicht berücksichtigen, sind dagegen nur mit erheblichem Aufwand zu erstellen. Meist ist dies nur für den einzelnen Fall, d.h. nur anhand von Modellberechnungen möglich, so dass die Ergebnisse von den gewählten Prämissen abhängen und dementsprechend angreifbar sind.**

Die **Tabelle 2 „Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2006“** (siehe S. 58) gibt Informationen zur derzeitigen Höhe der staatlichen Körperschaftsteuertarife sowie zu Art und Umfang der Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner. Diese Entlastung dient dazu, Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern; fast alle betrachteten Staaten haben inzwischen entsprechende Systeme eingeführt. Nur noch Irland und die Schweiz entlasten ausgeschüttete Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners nicht („klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung“), haben als Ausgleich aber vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Fünf Länder besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, so dass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (Griechenland, Estland, Lettland, Slowakei und Zypern). Zum gleichen Ergebnis kommt aber auch Malta, wo die Körperschaftsteuer auf die ausgeschütteten Gewinne dem Einkommensteuersatz auf die Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird (Vollanrechnungsverfahren). Zu beachten ist noch, dass nur Estland einen

<sup>2</sup> OECD: Revenue Statistics 1965–2005, Paris 2006.

Tabelle 2: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2006

Staaten	Körperschaftsteuer-Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
Klassische Systeme mit Tarifiermäßigung			
Belgien	33 %	Auf Einkommen über 322 500 €; ansonsten Eingangsteil- mengentarif 24,25 %, 31 % und 34,5 %; 33 % normaler Steuer- satz, ohne „Krisenzuschlag“ 3 % des Steuerbetrags	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder Option für Steuerveranlagung
Dänemark	28 %	–	Kapitalertragsteuer 28 % auf Dividenden; bei Ausschüttungen bis 44 300 DKK definitiv ohne Optionsmöglichkeit; bei höheren Dividenden- einkünften 43 %, unter Anrechnung der KapEST
Deutschland	25 %	Ohne Solidaritätszuschlag von 5,5 % des Steuerbetrags	50 % der Dividende steuerfrei
Finnland	26 %	–	Börsennotierte Kapitalgesellschaften: 30 % steu- erfrei und 70 % mit 28 % anrechenbare Kapital- ertragsteuer; nicht börsennotierte Kapital- gesellschaften: 9 % des Gesellschaftsvermögen des Anteilseigners, max. 90 000 € steuerfrei; darüber 70 % mit 28 % anrechenbare Kapital- ertragsteuer
Frankreich	33,3 %	Ohne Zuschlag 1,5 % des Steuerbetrags (= 33,83 %) und Sozialzuschlag 3,3 % der normalen Körperschaftsteuer für größere Unternehmen mit jährlich mehr als 7,63 Mio. € Umsatz (Steuersatz insgesamt 34,43 % für größere Unter- nehmen)	40 % der Dividende steuerfrei
Italien	33 %	Ohne 4,25 % lokale Steuer, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!)	Definitive Kapitalertragsteuer 12,5 % (bei qualifi- zierten Beteiligungen unterliegen 40 % der Dividende der progressiven Einkommensteuer)
Litauen	15 %	13 % für Kleinunternehmen, ohne 4 % Sozialzuschlag	Definitive Kapitalertragsteuer 15 %
Luxemburg	22 %	Ohne Zuschlag 4 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds; Ermäßigter Satz 20 % mit Grenzberichtigung bis 15 000 € Ein- kommen	50 % der Dividende steuerfrei
Niederlande	29,6 %	25,5 % auf Gewinnteile bis 22 689 €	Einkommensteuersatz 25 % auf Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (ab 5 %); ansonsten Pauschalbesteuerung beim Anteilseigner
Norwegen	28 %	–	Maximal 28 % der Dividende steuerfrei
Österreich	25 %	–	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder halber Durchschnittssteuersatz für Dividenden
Polen	19 %	–	Definitive Kapitalertragsteuer 19 %
Portugal	25 %	Ohne Gemeindezuschlag von bis zu 10 % der Steuer; ermä- ßigter Steuersatz von 20 % für bestimmte Gesellschaften mit einem jährlichen Gesamtumsatz unter 149 639,37 € und unter weiteren Voraussetzungen	50 % der Dividende steuerfrei
Schweden	28 %	–	Pauschaleinkommensteuersatz 30 % auf Dividen- den; keine Option für Steuerveranlagung möglich
Slowenien	25 %	–	35 % der Bruttodividende (Dividende + Körper- schaftsteuer) sind steuerfrei, 65 % der Brutto- dividende werden mit 25 % besteuert
Tschechien	24 %	50 % der Kapitalertragsteuer auf die Ausschüttungen sind auf die eigene Körperschaftsteuer anrechenbar	15 % definitive Kapitalertragsteuer

gespaltenen Satz auf Unternehmensebene aufweist. Thesaurierte Gewinne unterliegen einer Nullbelastung, ausgeschüttete Gewinne werden mit 23 % besteuert.

Der in den letzten beiden Jahrzehnten international zu beobachtende Trend zur Senkung der (nominalen) Körperschaftsteuersätze hält weiter an. So haben im Jahr 2006 folgende Staaten ihre Körperschaftsteuertarife herabgesetzt:

## noch Tabelle 2: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2006

Staaten	Körperschaftsteuer-Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
Klassische Systeme mit Tarifiermäßigung			
Ungarn	16 %	Ohne 4 % Solidaritätszuschlag ab 1. September 2006	30 % der Dividenden werden mit 25 % und 70 % der Dividenden mit 35 % besteuert
USA	35 %	Corporation Income Tax des Bundes 35 % mit ermäßigten Eingangssätzen, die ab Einkommen von 100 000 \$ auslaufen	Einkommensteuersatz 15 % auf Dividenden von inländischen Kapitalgesellschaften oder ver- gleichbaren anderen Körperschaften
Klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung			
Irland	12,5 %	Für gewerbliches Einkommen; für nichtgewerbliches Einkommen 25 %; 20 % für Veräußerungsgewinne; 10 % für Herstellerbetriebe (auslaufend bis 2010);	Besteuerung beim Anteilseigner
Schweiz	8,5 %	–	Besteuerung beim Anteilseigner
Vollanrechnungssysteme			
Malta	35 %	–	Vollanrechnung; mit Einbeziehung der Steuer- gutschrift in das Einkommen
Teilanrechnungssysteme			
Japan	30 %	–	Anrechnung von 5 % bis 10 % der Ausschüttung; ohne Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Kanada	22,12 %	–	Anrechnung mit 18,966 % der Bruttodividende auf die Einkommensteuer des Bundes und 6,5 % auf die Einkommensteuer der Provinz (Ontario); Erfassung der um 45 % erhöhten Bardividende im Einkommen des Anteilseigners
Spanien	35 %	Für Betriebe mit einem Jahresumsatz unter 8 Mio. € ermä- bigt sich der Satz auf 30 % auf die ersten 90 151,81 € des Gewinns. Mehrere Sondersätze	Anrechnung mit 40 % der Ausschüttung; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Vereinigtes Königreich	30 %	0 % auf Einkommen bis 10 000 £; Grenzberichtigung von 10 000 £ bis 50 000 £ Einkommen, darüber 19 % auf Ein- kommen bis 300 000 £; Grenzberichtigung von 300 001 £ bis 1 500 000 £ Einkommen, darüber 30 %	Anrechnung mit 1/3 der Dividende, Einkommen- steuersatz 10 % (niedrige Einkommen) oder 32,5 % (höhere Einkommen) auf Dividenden einschl. Steueranrechnungsbetrag
Steuerbefreiungssysteme			
Estland	0 %	23 % Gewinnausschüttungsteuer; 0 % bei Thesaurierung	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Griechenland	29 %	24 % für Personengesellschaften, die in Griechenland kör- perschaftsteuerpflichtig sind, und für Gesellschaften, die Investitionen von mehr als 30 Mio. € tätigen (beschränkt auf 10 Jahre); 32 % für Aktiengesellschaften (Anonymos Etairia), Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kreditinstitute	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Lettland	15 %	–	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Slowakei	19 %	für Dividenden ab 1. Januar 2004	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Zypern	10 %	25 % für öffentliche Körperschaften	Keine Besteuerung beim Anteilseigner; jedoch Verteidigungsabgabe von 15 %

– Belgien den normalen Steuersatz von 34 % auf 33 %,  
 – Estland den Ausschüttungsteuersatz von 24 % auf 23 %, der Thesaurierungsteuersatz beträgt weiterhin 0 %,

– Griechenland von 32 % auf 29 %,  
 – Niederlande von 31,5 % auf 29,6 %, für Gewinnanteile bis 22 689 € von 27 % auf 25,5 %,  
 – Tschechien von 26 % auf 24 %.

Für die nächsten Jahre sind weitere Tarifsenkungen angekündigt oder schon gesetzlich vorgesehen bzw. in einigen Ländern schon in diesem Jahr in Kraft getreten, so in

- Deutschland von 25 % (2006) auf 15 % (2008),
- Estland von 23 % (2006) auf 22 % (2007), 21 % (2008) und 20 % (2009),
- den Niederlanden von 29,6 % (2006) auf 25,5 % (2007),
- Spanien von 35 % (2006) auf 32,5 % (2007) und 30 % (2008).

Die **Tabelle 2** (siehe S. 58) enthält die gesamtstaatlichen Körperschaftsteuern, ohne Berücksichtigung von Zuschlägen und von Steuern der nachgeordneten Gebietskörperschaften/staatlichen Ebenen (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.). In mehreren Ländern erheben aber neben dem Zentralstaat diese nachgeordneten Gebietskörperschaften/staatlichen Ebenen noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z. B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Zentralstaates und/oder der Gebietskörperschaften, die noch nicht in dieser Tabelle berücksichtigt sind. So hat Ungarn zum 1. September 2006 einen Solidaritätszuschlag von vier Prozentpunkten auf die Körperschaftsteuer eingeführt, die tatsächliche nominale Belastung liegt somit bei 20 %. Die Tarife aller dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern zusammen, die vom Gewinn als Bemessungsgrundlage ausgehen, sind in der **Tabelle 3** „Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2006“ (siehe S. 61) zusammengestellt. Zu beachten ist dabei, dass häufig die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften abzugsfähig sind (etwa in Deutschland, Ungarn, der Schweiz und den USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der unterschiedlichen Steuern. So mindert in Deutschland die gezahlte Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage von Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag. Bei einem nominalen

Gewerbsteuersatz von 16,67 % (dieser ergibt sich bei Kapitalgesellschaften, wenn der bundesdurchschnittliche Hebesatz von 400 % unterstellt wird) beträgt daher die nominale Körperschaftsteuer effektiv nicht 25 %, sondern nur 20,83 %. Die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer ist nämlich der um die Gewerbesteuer geminderte Gewinn. Dadurch ergibt sich einschließlich des 5,5-prozentigen Solidaritätszuschlags auf die Körperschaftsteuerschuld von 20,83 % unter Berücksichtigung von 16,67 % Gewerbesteuer eine nominale Belastung auf Unternehmensebene i. H. v. 38,65 %. Auch diese zusätzlich zur Körperschaftsteuer erhobenen Steuern und Zuschläge sind bei der Ermittlung der Gesamtbelastung sowohl bei Thesaurierung als auch bei Ausschüttung an den Anteilseigner zu berücksichtigen.

Um Aussagen über die Gesamtbelastung der an die Anteilseigner ausgeschütteten Gewinne treffen zu können, reicht es deshalb nicht aus, die Steuersätze für die Unternehmensgewinne zu betrachten. Für die Gesamtbelastung ist neben der Körperschaftsteuer und möglichen Zuschlägen sowie anderen auf Unternehmensebene zu entrichtenden Steuern auch noch die Besteuerung des Anteilseigners zu berücksichtigen. Diese ist, wie die **Tabelle 2** (siehe S. 58) gezeigt hat, sehr vielfältig. Teilweise werden ausgeschüttete Gewinne gar nicht mehr beim Anteilseigner besteuert, in einigen Ländern nur noch zu einem gewissen Teil und in anderen Ländern vollständig. Deshalb kommt sowohl den Steuersätzen als auch dem Umfang der Besteuerung der Dividenden großes Gewicht zu. In der Abbildung 2 (siehe S. 62) ist für den Fall der Ausschüttung die sich beim Anteilseigner einstellende maximale Belastung dargestellt. Zu beachten ist, dass in Ländern mit einer Veranlagungsoption die Steuerbelastung geringer als abgebildet sein kann. Erhält etwa ein Aktionär in Deutschland, der sonst keine weiteren Einkünfte hat, Dividendenerträge in Höhe von 7000 €, so ergibt sich allein aufgrund der Wirkung des steuerlichen Grundfreibetrags keine Steuerbelastung auf Anteilseignerebene. Hingegen ergibt sich in Ländern mit einer definitiven Abgeltungsteuer – etwa Schweden – immer einer Belastung auf Anteilseignerebene, unabhängig von der Einkommenshöhe.

**Tabelle 3: Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2006**  
 (nominal, in %)<sup>1</sup>  
 (Körperschaftsteuern, Gewerbebeertragsteuern und vergleichbare andere  
 Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)

Staaten	Zentralstaat	Gebietskörperschaften	Zusammen
<b>EU-Staaten</b>			
Belgien <sup>2</sup>	33,99	–	33,99
Dänemark	28	–	28
Deutschland	26,38 <sup>3</sup>	16,67 <sup>4</sup>	38,65
Deutschland 2008	15,83 <sup>3</sup>	14	29,83
Estland	0 <sup>5</sup>	–	0
Finnland	26	–	26
Frankreich <sup>2</sup>	34,43	–	34,43
Griechenland	29 <sup>6</sup>	–	29 <sup>6</sup>
Irland	12,5	–	12,5
Italien	33	4,25 <sup>7</sup>	37,25
Lettland	15	–	15
Litauen <sup>2</sup>	19 <sup>8</sup>	–	19
Luxemburg <sup>2</sup>	22,88	6,75	29,63
Malta	35	–	35
Niederlande <sup>2</sup>	29,6	–	29,6
Österreich	25	–	25
Polen	19	–	19
Portugal (Lissabon) <sup>2</sup>	25	2,5 <sup>9</sup>	27,5
Schweden	28	–	28
Slowakei	19	–	19
Slowenien	25	–	25
Spanien <sup>2</sup>	35	–	35
Tschechien	24	–	24
Ungarn <sup>2</sup>	20 <sup>11</sup>	2 <sup>4</sup>	20,52
Vereinigtes Königreich <sup>2</sup>	30	–	30
Zypern <sup>2</sup>	10	–	10
<b>Andere Staaten</b>			
Japan <sup>2</sup>	30	13,5 <sup>10</sup>	40,87
Kanada (Ontario)	22,12	14/12 <sup>12</sup>	36,12/34,12
Norwegen	28	–	28
Schweiz (Zürich)	8,5 <sup>13</sup>	18,6 <sup>13</sup>	21,3
USA (New York) <sup>2</sup>	35	7,5 <sup>14</sup>	39,88

### noch Tabelle 3: Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2006 (nominal, in %)<sup>1</sup> (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)

<sup>1</sup> Zur Aussagefähigkeit nominaler Tarifvergleiche siehe Ausführungen im Text Seite 56f.

<sup>2</sup> Diese Staaten wenden ermäßigte Tarifeingangssätze oder weitere andere Sondersätze an.

<sup>3</sup> Inklusive 5,5 % Solidaritätszuschlag.

<sup>4</sup> Gewerbesteuer (hier pauschaler Ansatz); anrechenbar auf die Körperschaftsteuer.

<sup>5</sup> Im Thesaurierungsfall; ansonsten Gewinnausschüttungsteuer 23 % (bzw. 29,87 % der Nettodividende).

<sup>6</sup> 22 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind, und für Gesellschaften, die Investitionen von mehr als 30 Mio. € tätigen (beschränkt auf 10 Jahre); 32 % für Aktiengesellschaften (Anonymos Etairia), Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kreditinstitute.

<sup>7</sup> Standardsatz; Bemessungsgrundlage ist – anders als bei Staatssteuer – die „Wertschöpfung“, nicht der „Gewinn“.

<sup>8</sup> Einschließlich 4 % Sozialsteuern.

<sup>9</sup> Gemeindezuschlag (hier: Lissabon 10 %) auf die Steuer des Zentralstaats.

<sup>10</sup> Einschließlich – bei Steuer des Zentralstaats – abzugsfähiger Gewerbesteuer (Corporation Enterprise Tax, hier 9,6 %) und Zuschläge der Präfekturen und Gemeinden auf die Steuer des Zentralstaats (hier Durchschnittswert).

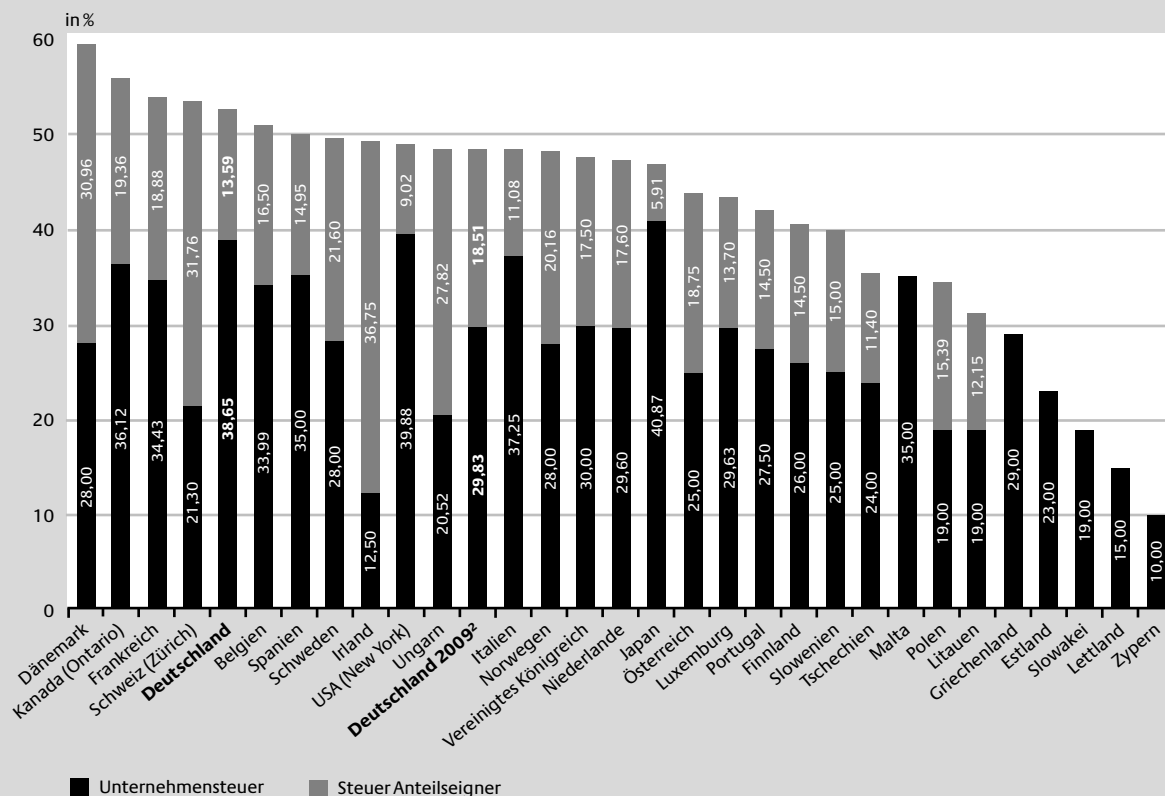
<sup>11</sup> Inklusive 4 % Solidaritätszuschlag ab 1. September 2006.

<sup>12</sup> Ermäßigter Steuersatz z. B. auf Herstellerbetriebe oder Unternehmen in Sonderwirtschaftszonen.

<sup>13</sup> Absetzbar bei der Steuerberechnung des Zentralstaats.

<sup>14</sup> New York City General Corporation Tax i.H.v. 8,85 % der Stadt New York (von Bemessungsgrundlage der Bundessteuer absetzbar) blieb – wegen der beabsichtigten Vergleichbarkeit der durchschnittlichen Belastungen – hier unberücksichtigt.

### Abbildung 2: Maximalsteuerbelastung auf Unternehmens- und Anteilseignerebene bei Vollausschüttung 2006 (nominal)<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Zur Aussagefähigkeit nominaler Tarifvergleiche siehe Ausführungen im Text Seite 56f.

<sup>2</sup> 2009 tritt die Abgeltungsteuer in Kraft.

Quelle: International Bureau of Fiscal documentation.

## 4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Die beiden nächsten Tabellen enthalten Informationen zu den nationalen Einkommensteuertarifen für Erwerbseinkommen eines Alleinstehenden. In der **Tabelle 4** „Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2006“ (siehe S. 64) sind die tariflichen Eingangssätze, sonstige Zuschläge und die persönlichen Entlastungen durch auf die Person bezogene Steuerabsetzbeträge, Grundfreibeträge und Nullzonen im Tarif dargestellt. Steuerabsetzbeträge werden von der Steuerschuld abgezogen, so dass im Gegensatz zu Grundfreibeträgen und Nullzonen die Steuerprogression für die Entlastungswirkung keine Rolle spielt. Bei Grundfreibeträgen und Nullzonen ist hingegen die effektive Steuerentlastung abhängig vom Grenzsteuersatz und damit vom Steuertarif. Beide Verfahren führen zur gleichen Belastung, der Unterschied besteht nur darin, dass einmal der Entlastungsbetrag in den Tarif eingebaut ist (z. B. in Deutschland) und einmal der Entlastungsbetrag außerhalb des Tarifs gewährt wird (z. B. Belgien).

Aufgrund von Änderungen des Einkommensteuertarifs ist der Eingangssteuersatz in Tschechien gesunken, gleichzeitig wurde der bisherige Grundfreibetrag, dessen Wirkung vom Grenzsteuersatz abhängt, durch einen vom individuellen Grenzsteuersatz unabhängigen Steuerabsetzbetrag ersetzt. In Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Lettland, Schweden und der Slowakei, Slowenien, im Vereinigten Königreich, in Kanada, der Schweiz und den USA wurde der Grundfreibetrag erhöht.

Beachtet werden muss bei der Interpretation der Daten, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z. B. in den skandinavischen Staaten und den Niederlanden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit. Auch ist die Ehegattenbesteuerung in den Ländern ganz unterschiedlich geregelt. In einigen Ländern wird die Einzelveranlagung vorgenommen (etwa Österreich), in anderen die Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa Deutschland) oder ohne (etwa USA) durchgeführt werden kann. Grundsätzlich

stellen sich Ehepaare, bei denen die Partner stark voneinander abweichende Einkommenshöhen aufweisen, mit dem Splittingverfahren am besten.

Die **Tabelle 5** „Einkommensteuerspitzenatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2006“ (siehe S. 66) enthält die höchstmöglichen Steuersätze im Rahmen der Besteuerung des Erwerbseinkommens alleinstehender natürlicher Personen und die Einkommenshöhe, ab der sie gelten.

Auch hier haben viele Staaten Tarifsenkungen vorgenommen (bspw. Estland, Finnland, Frankreich, Litauen und Ungarn). Andere Länder lassen den Spitzensteuersatz später beginnen. Für die USA (Staat New York und Stadt New York) ergibt sich einerseits eine Senkung des maximalen Steuersatzes, andererseits setzt auf Ebene des Bundesstaates und der Stadt New York die Belastung nun sehr viel früher ein. Reine Steuersatzerhöhungen gibt es nur in Portugal.

In den meisten Staaten sind die hier dargestellten Einkommensteuertarife im Sinne der progressiven Teilmengenstaffelung aufgebaut, bei der der Steuersatz auf die einzelne Teilmenge des gesamten zu versteuernden Einkommens mit wachsendem Einkommen steigt (vielfach auch „Stufentarife“ oder „Scheibentarife“ genannt). Außerdem gibt es neben diesen hier dargestellten Sätzen oft noch weitere Steuertarife, so z. B. Quellensteuern mit Abgeltungscharakter auf Kapitaleinkünfte. Schweden, Norwegen und Finnland haben daraus ein besonderes Konzept entwickelt. Diese Staaten teilen den Gewinn des Einzelunternehmers und des Gesellschafters einer Personengesellschaft oder eine personenbezogene Kapitalgesellschaft auf: Der Teil des Gewinns, der der Verzinsung des eingesetzten Kapitals entspricht (Zinsanteil), gilt als Kapitaleinkommen und wird mit einem niedrigen proportionalen Tarif besteuert, der andere Teil gilt als Arbeitseinkommen, das einem höheren progressiven Tarif unterliegt (duale Einkommensteuer). Die allgemeinen Einkommensteuertarife (also insbesondere die Tarife auf Arbeitseinkünfte) bestehen ansonsten vielfach aus wenigen, im Extremfall aus nur zwei Stufen (z. B. in Irland und Schweden). Mehrere EU-Staaten haben Einkommensteuertarife in Form nur eines einzigen Proportionalatzes (sog. Flat Tax), so Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei.

**Tabelle 4: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2006<sup>1</sup>**

Staaten	Eingangssatz Staat² + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu  in €³	Persönliche Entlastungen	
				Steuerabsetzbetrag  in €³	Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif in €³
EU-Staaten					
Belgien	Staat 25 % Gemeinde Brüssel 7,0 %⁴ Zuschlag auf Staatssteuer insgesamt 1,75 % 26,75 %		7 290	–	5 940
Dänemark	Staat 5,48 % Gemeinden⁴ 33,3 % insgesamt 38,78 %		35 589 (265 500 DKK) –	283 (2 110 DKK) –	– –
Deutschland	15 %		7 664	–	7 663
Estland	23 %		–	–	1 534 (24 000 EEK)
Finnland	Staat 9,0 %⁵ Gemeinden 18,4 %⁴,⁵ insgesamt 27,4 %		17 000	– –	12 199⁶ –
Frankreich	Staat 5,50 % Zuschlag Sozialsteuern insgesamt 8,0 % 13,5 %		11 198	– –	5 614
Griechenland	15 %		13 000	–	9 500⁷
Irland	20 %		32 000	1 630	–
Italien ⁸	Staat 23 % Regionen 1,15 %⁹ insgesamt 24,15 %		26 000	– –	– –
Lettland	25 %		–	–	552 (384 LVL)
Litauen	27 %¹⁰		–	–	1 008 (3 480 LTL)
Luxemburg	Staat 8 % Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds insgesamt 0,2 % 8,2 %		11 400	–	9 750
Malta	15 %		9 550 (4 100 MTL)	–	7 221 (3 100 MTL)
Niederlande	34,15 %¹¹		17 046	1 990	–
Österreich	38,33 %		25 000	–	10 000
Polen	19 %		10 701 (42 764 PLN)	141 (564,11 PLN)	–
Portugal	10,5 %		4 451	231,54	–
Schweden	Staat 20 %¹² Gemeinden 31,6 %⁴		49 973 (460 600 SEK)	– –	33 200 (306 000 SEK¹³) 1 269 (11 700 SEK¹³)
Slowakei	19 %		–	–	2 366 (90 816 SKK)
Slowenien	16 %		5 539 (1 327 300 SIT)	–	2 522 (604 330 SIT)
Spanien	15 %		4 161,60	–	3 400
Tschechien	12 %		4 260 (121 200 CZK)	253 (7 200 CZK)	–



## noch Tabelle 4: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2006<sup>1</sup>

Staaten	Eingangssatz Staat <sup>2</sup> + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu  in € <sup>3</sup>	Persönliche Entlastungen		
				Steuerabsetzbetrag  in € <sup>3</sup>	Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif in € <sup>3</sup>	
EU-Staaten						
Ungarn	18	%	5 586 (1 550 000 HUF)	389 (108 000 HUF <sup>14</sup> )	–	
Vereinigtes Königreich	10	%	3 126 (2 150 GBP)	–	7 320 (5 035 GBP)	
Zypern	20	%	26 087 (15 000 CYP)	–	17 391 (10 000 CYP)	
Andere Staaten						
Japan	Staat	10	%	22 495 (3,3 Mio ¥)	– <sup>15</sup>	2 590 (380 000 ¥)
	Präfekturen	2	%	47 716 (7 Mio ¥)	– <sup>15</sup>	2 249 (330 000 ¥)
	Gemeinden	3	%	13 633 (2 Mio ¥)	– <sup>15</sup>	2 249 (330 000 ¥)
Kanada	Bund	15,25	%	25 434 (36 378 can\$)	–	6 180 (8 839 can\$)
	Provinz Ontario	6,05	%	24 301 (34 758 can\$)	–	5 857 (8 377 can\$)
Schweiz	Bund	0,77	%	18 997 (29 800 sfr)	–	10 773 (16 900 sfr)
	Kanton Zürich und Gemeinde Zürich	4,44	%	6 693 (10 500 sfr)	–	3 952 (6 200 sfr)
USA	Bund	10	%	5 913 (7 550 \$)		2 602 (3 300 \$ <sup>16,17</sup> )
	Staat New York	4	%	6 307 (8 000 \$)	–	18
	Stadt New York	2,907	%	9 461 (12 000 \$)	–	18

<sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Erwerbseinkommen des Jahres 2005 bzw. 2006.

<sup>2</sup> Tarifsysteme: bei nachgeordneten Gebietskörperschaften z.T. Proportionalsätze, z.T. Zuschläge zur Steuerschuld, ansonsten progressive Teilmententartarife; Ausnahme: Deutschland (Formeltarif).

<sup>3</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2006.

<sup>4</sup> Durchschnittssatz.

<sup>5</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 28 %.

<sup>6</sup> Verschiedene persönliche Freibeträge und Grundfreibeträge laufen für höhere Einkommen aus.

<sup>7</sup> Freibetrag von 11 000 € für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit.

<sup>8</sup> Ohne lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 %, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!).

<sup>9</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindegzuschlag bis zu 0,5 % möglich, hier nicht berücksichtigt, da selten.

<sup>10</sup> Steuersatz für Arbeitseinkünfte; 15 % auf Kapitaleinkünfte.

<sup>11</sup> Davon entfallen 31,7 % auf die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung; hier nur Tarif auf Arbeitseinkommen und den Nutzungswert selbst genutzten Wohnraums.

<sup>12</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 30 %.

<sup>13</sup> Freibetrag von 206 000 SEK (= 33 200 €) nur bei staatlicher Steuer; Freibetrag von 11 700 SEK (= 1 269 €) bei gemeindlicher Steuer, erhöht sich für niedrigere Einkommen.

<sup>14</sup> Höchstbetrag bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, läuft für hohe Einkünfte schrittweise aus.

<sup>15</sup> Steuerabsetzbetrag: 10 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 125 000 ¥ (= 852 €); 7,5 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 20 000 ¥ (= 136 €).

<sup>16</sup> Zuzüglich „standard deduction“ (allgemeiner Pauschbetrag für Werbungskosten/Sonderausgaben) von 5 150 \$ (= 4 060 €).

<sup>17</sup> Maximum; läuft mit steigendem Einkommen aus.

<sup>18</sup> Aber: „standard deduction“ 7 500 \$ (= 5 913 €).

**Tabelle 5: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2006<sup>1</sup>**

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Spitzensteuersatz beginnt oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von in € <sup>2</sup>
EU-Staaten			
Belgien	Staat	50 %	31 700
	Gemeinde und Verbände (Brüssel) 7,0 % Zuschlag auf Staatssteuer (Durchschnitt)	3,5 %	
	insgesamt	53,5 %	
Dänemark	Plafond (höchstens)	59 %	3
Deutschland		42 %	52 151
	5,5 % Solidaritätszuschlag	2,31 %	
	insgesamt	44,31 %	
Estland		23 %	Flat Tax
Finnland	Staat	32,5 %	58 200
	Gemeinden (Durchschnitt)	18,4 %	
	insgesamt	50,9 %	
Frankreich	Staat	40 %	66 679
	Zuschlag Sozialsteuern	8,00 %	
	insgesamt	48 %	
Griechenland		40 %	23 000
Irland		42 %	32 000
Italien	Staat <sup>4</sup>	39 %	33 500 100 000
	Solidaritätszuschlag	4 %	
	Regionen <sup>5</sup>	1,15 %	
	insgesamt	44,15 %	
Lettland		25 %	Flat Tax
Litauen		27 %	Flat Tax
Luxemburg	Staat	38 %	34 500
	Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds	0,95 %	
	insgesamt	38,95 %	
Malta		35 %	23 294 (10 000 MTL)
Niederlande		52 %	52 228
Österreich		50 %	51 000
Polen		40 %	21 402 (85 528 PLN)
Portugal		42 %	60 000
Schweden	Staat	25 %	49 973 (460 600 SEK <sup>6</sup> ) 49 973 (460 600 SEK)
	Gemeinden (Durchschnitt)	31,6 %	
	insgesamt	56,6 %	

## noch Tabelle 5: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2006<sup>1</sup>

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Spitzensteuersatz beginnt oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von in € <sup>2</sup>	
<b>EU-Staaten</b>				
Slowakei	19	%	Flat Tax	
Slowenien	50	%	44 010 (10 546 930 SIT)	
Spanien	45	%	46 818	
Tschechien	32	%	11 642 (331 200 CZK)	
Ungarn	36	%	5 586 (1 550 000 HUF)	
Vereinigtes Königreich	40	%	48 414 (33 300 £)	
Zypern	30	%	34 783 (20 000 CYP)	
<b>Andere Staaten</b>				
Japan	Staat	37	%	122 699 (18 Mio ¥) 47 716 (7 Mio ¥) 47 716 (7 Mio ¥) –
	Präfekturen	3	%	
	Gemeinden	10	%	
	insgesamt <sup>7</sup>	50	%	
Kanada (nach Provin- zen und Territorien unterschiedlich)	Bund	29	%	82 699 (118 285 can \$) 48 603 (69 517 can \$) 82 699 (118 285 can \$)
	Provinz Ontario	17,4	%	
	insgesamt	46,4	%	
Schweiz (nach Kantonen und Gemein- den unterschiedlich)	Bund	11,5	%	537 770 (843 600 sfr) 149 742 (234 900 sfr) 537 770 (843 600 sfr)
	Kanton Zürich und Gemeinde Zürich	28,86	%	
	insgesamt	40,36	%	
USA (nach Einzel- staaten, Gemeinden und Bezirken unter- schiedlich)	Bund	35	%	265 334 (336 550 \$) 15 768 (20 000 \$) 39 420 (50 000 \$) 265 334 (336 550 \$)
	Staat New York	6,85	% <sup>8</sup>	
	Stadt New York	3,648	% <sup>8</sup>	
	insgesamt	41,82	%	

<sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Erwerbseinkommen des Jahres 2005 bzw. 2006.

<sup>2</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2006.

<sup>3</sup> Wenn die Summe aus dem nationalen und den lokalen Steuersätzen insgesamt 59 % übersteigt, wird der nationale Steuersatz um den übersteigenden Prozentsatz gekürzt; Grenzbelastung beginnt abhängig von der Zusammensetzung der Einkünfte bei unterschiedlichen Beträgen.

<sup>4</sup> Zuzüglich lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 % der Wertschöpfung (nicht Gewinn!).

<sup>5</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindezuschlag bis zu 0,5 % möglich; hier nicht berücksichtigt, da selten.

<sup>6</sup> Gilt nur für Staatssteuer; der Gemeindesteuersatz ist gleich bleibend.

<sup>7</sup> Steuerabsetzbeträge: 10 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 125 000 ¥ (852 €); 7,5 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 20 000 ¥ (136 €); ohne Kopfsteuer der Gemeinden.

<sup>8</sup> Abzugsfähig bei Bundessteuer.

## 5 Fazit

Internationale Vergleiche steuerlicher Regelungen sind entweder schwierig oder begrenzt aussagefähig. Das sollte bei der Betrachtung der Tabellen und Abbildungen berücksichtigt werden. Der Text kann die Problematik nur anreißen, soll aber Fehlschlüsse verhindern, die einzelne Abbildungen möglicherweise nahelegen. Belastbare Aussagen sind ohne tiefere Analysen nicht zu treffen.

Für die Einordnung der Position Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb können die Tabellen trotzdem Hinweise liefern, auch wenn der Einzelfall ganz anders aussehen kann. So ist der deutsche Einkommensteuertarif im internationalen Vergleich durchaus attraktiv; dies gilt auch noch nach Einführung der zweiten Proportionalzone und der damit verbundenen Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 %. Die Steuerbelastung ist in Deutschland kein generelles Problem, anders die hohe Belastung mit Sozialabgaben. Als Produktionsstandort kann Deutschland seine Position verbessern, wenn die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessert werden. Dies wird ab 2008 mit In-Kraft-Treten der Unternehmensteuerreform der Fall sein. Die nominale Belastung der in Deutschland versteuerten Gewinne wird dann im oberen Mittelfeld der EU-25

liegen. Der nach Standorten suchende Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht isoliert die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die „Leistungsseite“ des Standortes (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer usw.) berücksichtigen. Hier kann ein Staat nur dann ein attraktives Angebot unterbreiten, wenn er die Mittel zur Finanzierung hat. Allerdings können auch bei gleichem volkswirtschaftlichem Leistungs- und Abgabenniveau Standortunterschiede allein durch die Steuerstruktur – etwa Anteil direkter und indirekter Steuern – entstehen. So ist zwar in einigen der osteuropäischen EU-Staaten die Steuer- und Abgabenquote höher als in Deutschland, jedoch die Steuerbelastung der Unternehmen geringer, weil sich der Staat im großen Umfang über indirekte Steuern finanziert. Diese Überprüfung von Steuerbelastung, Steuerstruktur und Staatsleistung muss von allen Staaten regelmäßig stattfinden, ggf. sind Änderungen vorzunehmen. Der internationale Steuerwettbewerb hilft, die Einnahmenseite des Staates und daraus folgend auch die Ausgabenseite zu optimieren. Deutschland will durch die geplante Unternehmensteuerreform Fortschritte in diesen Bereichen erzielen.

AUTOR: DR. MICHAEL BROER, REFERENT IM REFERAT  
„GRUNDSATZ- UND STRUKTURFRAGEN DER STEUERPOLITIK“ IM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

## Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der IWF hat im Dezember 2006 seine jährlichen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF beurteilt darin die aktuelle Wirtschafts- und Finanzentwicklung positiv, mahnt allerdings weitere Reformen in den Sozialversicherungen sowie auf den Finanz- und Gütermärkten an.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Vereinbarungen zur Führung dieser Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF getroffen.

Der IWF bietet allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen an, die nach einem bewährten Verfahren ablaufen. Üblicherweise besucht zunächst ein Team des IWF-Stabes das jeweilige Land, um Informationen über die Wirtschafts- und Finanzlage einzuholen und insbesondere mit der Regierung die politische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, der im Exekutivdirektorium des IWF erörtert wird. Im Anschluss übermittelt der IWF dem jeweiligen Mitgliedstaat eine Zusammenfassung der Beratungen. Der IWF veröffentlicht zu diesem Zeitpunkt eine Presseerklärung, die so genannte „Public Information Notice“ (PIN), die die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst. Die PIN zur Artikel-IV-Konsultation 2006 mit Deutschland ist in deutscher Übersetzung diesem Artikel beigelegt.

Das IWF-Direktorium hat die letzte Artikel-IV-Konsultation mit Deutschland am 8. Dezember 2006 abgeschlossen. Der Tenor der letztjährigen Diskussionen war insgesamt ausgesprochen positiv. Die deutliche Verbesserung der Wirtschaftslage und der starke Abbau des Haushaltsdefizits, aber auch die anhaltenden Reformbemühungen der Bundesregierung wurden anerkannt. Dauerhaft sei ein robustes Wirtschaftswachstum aller-

dings nur aufrechtzuerhalten, wenn es gelinge, auch das deutsche Potenzialwachstum anzuheben. Hierfür seien weitere, gut abgestimmte und sich gegenseitig ergänzende Maßnahmen zur Deregulierung des Arbeitsmarkts und der Produkt- und Dienstleistungsmärkte sowie zur Restrukturierung des Finanzsektors notwendig.

Die bisher von Exporten getragene konjunkturelle Entwicklung strahle nun auch auf die inländische Nachfrage aus. Für das Jahr 2006 schätzte der IWF den realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 2,5 %; ein Wert, der durch die ersten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das abgelaufene Jahr bestätigt wird. Für das laufende Jahr 2007 prognostiziert der IWF ein Wirtschaftswachstum von 1,5 %. Getragen werde der Anstieg vor allem von zusätzlichen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schätzt der IWF für 2007 die Defizitquote der öffentlichen Hand auf 1,5 % des BIP.

Auf Zustimmung stößt im IWF auch die Verschiebung der Abgabenbelastung von direkten Abgaben wie Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung hin zur indirekten Besteuerung, die vor allem die Arbeitskosten entlaste.

Die Reformen der Bundesregierung im Bereich der sozialen Sicherungssysteme hätten – wie Berechnungen des IWF-Stabes zeigen – einen erheblichen Beitrag zur Herstellung langfristiger Tragfähigkeit geleistet. Angesichts der demografischen Entwicklung hält der IWF jedoch weitere Konsolidierungsanstrengungen für notwendig. Die Direktoren des IWF ermutigen

die Bundesregierung vor diesem Hintergrund, bereits für 2010 einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben.

Die Finanzmärkte in Deutschland haben sich aus Sicht des IWF positiv entwickelt, auch wenn die Rentabilität der deutschen Banken noch hinter den europäischen Wettbewerbern zurückbleibe. Begrüßt werden die geplanten Reformen des Finanzmarkts in den Bereichen REITs und

Private Equity. Der IWF ermuntert die deutsche Regierung, die Strukturreformen auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten entschlossen weiterzuführen. Die geplante Unternehmenssteuerreform werde Deutschlands Standortattraktivität verbessern.

Dokumente des IWF zu den Artikel-IV-Konsultationen sind unter <http://www.imf.org> abrufbar.

## IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2006 mit Deutschland ab<sup>1</sup>

Am 6. Dezember 2006 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

### Hintergrund

Die Konjunktur erholt sich, wobei die lebhafte Auslandsnachfrage zunehmend auf die Binnennachfrage übergreift. Mit den hohen Unternehmensgewinnen beschleunigt sich die Investitionstätigkeit und die lang anhaltende Schrumpfung im Bau hat die Talsohle erreicht. Zum ersten Mal seit 2001 nimmt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder zu, allerdings entwickelt sich der Konsum insgesamt noch verhalten, denn die Lohneinkommen steigen nur langsam.

Für das BIP-Wachstum wird eine Beschleunigung von 0,9 % (2005) auf 2,5 % (2006) geschätzt, unter anderem begünstigt durch die Fußballweltmeisterschaft, temporäre Steueranreize und aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung vorgezogene Gebrauchsgüterkäufe. Im Jahr 2007 wird ein Rückgang des Wachstums auf 1,5 % erwartet, aber diese Abschwächung ist voraussichtlich vorübergehender Natur. Die Risiken, denen diese Prognose unterliegt, bestehen in volatilen Ölpreisen, der weltweiten geldpolitischen Straffung und der Möglichkeit eines plötzlichen Abbaus der globalen Ungleichgewichte. Es besteht aber auch die Chance, dass sich das Wachstum stärker beschleunigt, wenn der Beschäftigungsaufbau verstärkt zunimmt und dadurch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, hat sich die Arbeitsproduktivität fortlaufend verbessert, während sie in der geschützteren Binnenwirtschaft im internationalen Vergleich zurückblieb. Die freien Berufe, das Handwerk und die Netzwerkindustrien sollten weiter dereguliert und reformiert werden.

Der Finanzsektor hat sich erholt. Die reichlich vorhandene Liquidität und der konjunkturelle Aufschwung haben die Gewinne von Banken und Versicherungsgesellschaften deutlich steigen lassen, wenngleich die Bankenrentabilität nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt liegt. Die Kapitalmarktaktivität hat zugenommen, insbesondere durch vermehrte Fusionen und Übernahmen. Es bestehen erhebliche Spielräume für ein weiteres Wachstum der Kapitalmärkte und des Immobiliensektors, der seit geraumer Zeit stagniert.

Beim Abbau des Budgetdefizits macht Deutschland beachtliche Fortschritte. 2006 wird das Defizit – ein Jahr früher als im Rahmen des Defizitverfahrens vorgesehen – unter den Maastricht-

<sup>1</sup> Deutsche Übersetzung durch das Bundesministerium der Finanzen.

Schwellenwert von 3 % des BIP sinken. Die Reformen des Gesundheitswesens und der Unternehmensbesteuerung stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Die langfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen haben sich aufgeheitert, jedoch muss die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung weiter verbessert werden.

### **Beurteilung durch das Exekutivdirektorium**

Die Exekutivdirektoren begrüßten die rasche Erholung der deutschen Konjunktur, die durch weitreichende Umstrukturierungen der Wirtschaft und entschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Haushaltskonsolidierung unterstützt wurde. Auch die Stärkung der Investitionstätigkeit und erste Anzeichen einer Belebung des Konsums, die auf ein Überspringen der Impulse von den Exporten auf die Binnennachfrage hindeuten, wurden von den Direktoren begrüßt.

Die Direktoren ermutigten die politischen Entscheidungsträger, den Wirtschaftsaufschwung für tiefer gehende Strukturreformen zur Steigerung des deutschen Wachstumspotenzials zu nutzen. Die außenwirtschaftliche Wettbewerbsposition ist stark, allerdings muss die Binnenwirtschaft durch sich gegenseitig verstärkende Maßnahmen gefestigt werden, die die Auslastung des Faktors Arbeit verbessern, die Produktivität steigern, die Haushaltskonsolidierung fortsetzen und so die Tragfähigkeit des Sozialstaats stärken.

Die Direktoren begrüßten den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach langem Rückgang. Zugleich betonten sie, dass eine wesentliche und nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit eine Kürzung des Reservationslohnes voraussetzt, um die Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitskräfte zu fördern. Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsquote tragen ebenfalls zu einer Senkung der strukturell bedingten Sozialausgaben bei.

Die Direktoren unterstützten die Absicht der Regierung, die Umsetzung der Hartz-IV-Arbeitsmarktreformen zu verbessern. Sie regten strengere Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld bei Arbeitsunwilligen sowie den Abbau ineffizienter aktiver Arbeitsmarktprogramme an. Die meisten Direktoren forderten nachdrücklich auf, keine Mindestlöhne einzuführen, da diese die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern könnten, und warnten auch vor neuen Lohnkostenzuschüssen. Sie ermutigten außerdem zur Lockerung des gesetzlichen Kündigungsschutzes.

Die Direktoren regten eine weitere Deregulierung der Dienstleistungsmärkte einschließlich freier Berufe und Handwerk an. Außerdem hielten sie es für erforderlich, den Wettbewerb in den netzgebundenen Branchen weiter zu stärken, um deren Effizienz zu steigern und den Nutzen der Verbraucher zu erhöhen. Die Direktoren unterstützten die Initiativen der Regierung für Bürokratieabbau und Kostenreduzierung.

Die Direktoren unterstrichen die Bedeutung eines leistungsfähigen Finanzsektors, um eine effiziente Kapitalallokation in den renditeträchtigsten Bereichen sicherzustellen. Zwar sind die Gewinne im Finanzsektor gestiegen, gleichzeitig stellten die Direktoren jedoch fest, dass die Entwicklung gegenüber den meisten vergleichbaren EU-Staaten immer noch verhalten ist. Sie begrüßten die geänderten Eigentumsverhältnisse mehrerer öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute, betonten jedoch in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, privatem Kapital zur Erleichterung von Umstrukturierungen eine größere Rolle einzuräumen.

Die Direktoren betrachteten die laufende Überprüfung der Aufgaben der Aufsichtsbehörde Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als eine gute Gelegenheit zur Stärkung ihrer operativen Unabhängigkeit. Der Wechsel zu einer risikoorientierten Aufsicht wurde befürwortet.

Die Direktoren merkten an, dass die anhaltende Integration der Kapitalmärkte – welche bei Unternehmensentscheidungen eine zunehmende Rolle spielen – für die Förderung von Wachstum

und Beschäftigung in Deutschland von entscheidender Bedeutung sein wird. Sie begrüßten die Absicht der Regierung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Private Equity zu konkretisieren und Real Estate Investment Trusts (REITs) einzuführen, die aus ihrer Sicht sowohl Gewerbe- als auch Wohnimmobilien umfassen sollten.

Die Direktoren begrüßten die konsequenten ausgabeseitigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, deren Fortführung für weitere Fortschritte unerlässlich bleibt. Gleichzeitig betrachteten sie die Mehrwertsteuererhöhung 2007 in Kombination mit der Senkung der Sozialbeiträge als eine zentrale strukturelle Maßnahme, die zur Beschäftigungsförderung und Unterstützung der Konsolidierungsanstrengungen beitragen wird. Angesichts der bevorstehenden Belastungen aus der Bevölkerungsalterung regten die Direktoren an, das strukturelle Defizit im Jahr 2007 um etwa  $\frac{3}{4}\%$  des BIP zu senken und es bis 2010 vollständig abzubauen.

Die Direktoren waren der Ansicht, dass Deutschland beim Abbau der Tragfähigkeitslücke wesentliche Fortschritte erzielt hat, gaben jedoch zu bedenken, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auch bei einer Beseitigung des strukturellen Defizits bis 2010 nicht sichergestellt sei. Daher ermutigten sie dazu, einen weitreichenden Ansatz zu verfolgen, der sowohl Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung als auch wachstumsfördernde Reformen umfasst.

Die Direktoren begrüßten die Reformbemühungen bei der Unternehmensbesteuerung und im Gesundheitswesen. Sie forderten dazu auf, die Reformen im Einklang mit ihren erklärten Zielen – Effizienzsteigerung und Senkung des Kostendrucks, ohne neue Haushaltsrisiken einzugehen – umzusetzen. Bei der Unternehmensbesteuerung wäre eine weitestgehend durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanzierte Senkung des Körperschaftsteuersatzes angebracht. Hinsichtlich des Gesundheitswesens drängten die Direktoren dazu, die Reformvorschläge zu verschärfen, um den Kostenanstieg einzudämmen, und forderten weitere Anstrengungen zur Entkopplung der Finanzierung der Gesundheitskosten von den Lohnnebenkosten.

Die Direktoren stellten fest, dass Deutschland den Binnenwettbewerb im Euroraum belebt hat und die neuen EU-Mitglieder von der Nähe zu Deutschland profitieren. Sie merkten an, dass weitere erfolgreiche Reformen in Deutschland, wie oben erläutert, positive Auswirkungen auf die Region und die Welt hätten.



## Deutschland: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>
<b>Gesamtwirtschaftliche Aktivität und Preise</b>	Veränderung in % ggü. Vorjahr, falls nicht anders angegeben						
BIP, preisbereinigt	1,2	0,0	- 0,2	1,2	0,9	2,5	1,5
- Außenbeitrag, real <sup>2</sup>	1,7	2,0	- 0,9	1,2	0,4	0,8	0,4
- Inlandsnachfrage, real	- 0,5	- 2,0	0,6	0,0	0,5	1,8	1,2
- Konsumausgaben der privaten Haushalte, real	1,9	- 0,8	- 0,1	0,1	0,1	1,1	0,3
- Bruttoanlageinvestitionen, real	- 3,7	- 6,1	- 0,8	- 0,4	0,8	5,7	4,0
- Bauinvestitionen, real	- 4,6	- 5,8	- 1,6	- 3,8	- 3,6	3,1	2,8
Gesamtwirtschaftliche Bruttoersparnis in Relation zum BIP	20,0	20,4	19,7	21,1	21,4	21,9	22,3
Gesamtwirtschaftliche Bruttoinvestitionen in % des BIP	20,0	18,3	17,8	17,4	17,3	17,7	18,0
Erwerbspersonen (Mio.) <sup>3</sup>	42,2	42,3	42,4	42,8	42,7	42,4	42,4
Erwerbstätige (Mio.) <sup>3</sup>	39,3	39,1	38,7	38,9	38,8	39,0	39,2
Standardisierte Arbeitslosenquote (%)	6,9	7,7	8,8	9,2	9,1	8,1	7,8
Lohnstückkosten (Gesamtwirtschaft)	0,5	1,3	- 1,7	- 4,0	- 3,3	- 2,9	- 1,5
BIP-Deflator	1,2	1,4	1,1	0,9	0,7	0,5	1,2
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,0	1,4	1,0	1,7	2,0	1,7	2,3
<b>Öffentliche Finanzen</b>	in Relation zum BIP						
Finanzierungssaldo <sup>4</sup>	- 2,8	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 2,1	- 1,5
Struktureller Finanzierungssaldo	- 2,7	- 3,2	- 3,4	- 3,4	- 2,8	- 2,3	- 1,7
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte	57,9	59,6	62,8	64,8	66,4	67,2	66,9
<b>Geld- und Kreditvolumen</b>	Veränderung in % ggü. Vorjahr						
Kredite an private Haushalte und private Unternehmen <sup>5</sup>	3,2	0,9	0,0	- 0,2	2,1	4,2	.
M3 <sup>5</sup>	6,1	.	3,5	2,2	5,2	3,9	.
<b>Zinssätze</b>	in %						
Dreimonatiger Geldmarktsatz <sup>6</sup>	4,3	3,3	2,3	2,1	2,1	3,3	.
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen <sup>6</sup>	4,8	4,8	4,1	4,1	3,6	3,8	.
<b>Zahlungsbilanz</b>	in Mrd. €, falls nicht anders angegeben						
Exporte <sup>7</sup>	731,1	756,2	769,6	842,5	909,0	1019,5	1075,0
Importe <sup>7</sup>	692,9	667,3	685,1	732,9	796,5	893,5	944,5
Handelsbilanz (% des BIP)	4,2	5,8	5,5	6,4	6,3	6,4	6,1
Leistungsbilanzsaldo	0,4	43,4	40,3	81,9	92,2	98,6	102,7
Leistungsbilanz (% des BIP)	0,0	2,0	1,9	3,7	4,1	4,3	4,3
<b>Wechselkurs</b>	Durchschnitt im Zeitraum						
Deutsche Mark je US-Dollar	2,18	X	X	X	X	X	X
Euro je US-Dollar <sup>6</sup>	1,12	1,06	0,88	0,80	0,80	0,79	.
Nominaler effektiver Wechselkurs (1990 = 100) <sup>8</sup>	101,5	104,7	112,6	115,8	114,7	115,6	.
Realer effektiver Wechselkurs (1990 = 100) <sup>9</sup>	101,5	101,7	105,4	104,4	102,8	102,0	.

<sup>1</sup> IWF-Stabsprognosen, falls nicht anders angegeben.<sup>2</sup> Beitrag zum BIP-Wachstum.<sup>3</sup> Nationale Definition nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gemäß dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).<sup>4</sup> Nach VGR gemäß dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).<sup>5</sup> Daten für 2006 beziehen sich auf August 2006. M3 bezieht sich auf Deutschlands Beitrag im Eurogebiet.<sup>6</sup> Die Daten für 2006 beziehen sich auf September 2006.<sup>7</sup> Einschließlich zusätzlicher Handelsposten.<sup>8</sup> Die Daten für 2006 beziehen sich auf September 2006.<sup>9</sup> Basierend auf den relativen normierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe. Die Daten für 2006 beziehen sich auf Juli 2006.

Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF, International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook; IWF-Stabsprognosen.



# Projekt „Strukturentwicklung Zoll“

1	Einleitung .....	75
2	Projektauftrag und Ziele .....	76
3	Mensch im Mittelpunkt .....	76
4	Auswirkungen für die Dienststellen der Zollverwaltung .....	77
5	Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Zollverwaltung .....	79
6	Ausblick .....	80

- Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, insbesondere im Zuge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Union, haben die Aufgabenschwerpunkte in der Zollverwaltung verändert.
- Das Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ trägt dieser Entwicklung in besonderem Maße Rechnung. Die Rolle der Zollverwaltung als moderne Einnahme- und Dienstleistungsverwaltung des Bundes wird gestärkt.

## 1 Einleitung

Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen – insbesondere im Rahmen der Binnenmarktentwicklung ab dem Jahr 1993 und des Beitritts neuer Mitgliedstaaten – haben zu einer Veränderung der Aufgabenschwerpunkte in der Zollverwaltung geführt. Aus der ehemals eher grenzbezogenen Zollverwaltung ist eine moderne Wirtschaftsverwaltung des Bundes mit einem umfassenden Aufgabenspektrum geworden. Die dynamische Aufgabenentwicklung geht einher mit einer ständigen Verknappung der einsetzbaren Ressourcen. Daraus folgt die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Anpassung und Fortentwicklung von Prozessen und Strukturen.

Die Strukturänderungen in der deutschen Zollverwaltung wurden im Jahr 2000 begonnen und werden mit dem Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ seit April 2005 fortgeführt.

Am 6. November 2006 hat der Bundesfinanzminister das Grobkonzept für die künftige Struktur der Zollverwaltung bekannt gegeben. Das Konzept sieht eine Stärkung der Rolle der

Zollverwaltung als Einnahmeverwaltung des Bundes für Steuern und zur Sicherung der Sozialsysteme (z. B. durch die Bekämpfung der Schwarzarbeit) vor. Die Bürgernähe wird erhöht; der Dienstleistungsgedanke erhält mehr Gewicht.

## 2 Projektauftrag und Ziele

Das Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ hat den Auftrag, die bisherigen Organisationskonzepte der Zollverwaltung auf der Ebene der Mittelbehörden und der örtlichen Behörden fortzuschreiben, die Führungsstrukturen der örtlichen Behörden zu überprüfen, Folgewirkungen auf die übrigen Bereiche der Zollverwaltung zu ermitteln und einheitliche Standards für das Organisations- und Personalmanagement einzuführen. Dabei ist es insbesondere das Ziel, die Arbeitsergebnisse zu verbessern, die zur Verfügung stehenden Ressourcen wirtschaftlicher einzusetzen sowie die Verwaltungsabläufe zu beschleunigen. Die Zöllnerinnen und Zöllner sollen mehr Eigenverantwortung bekommen, ihre Sachkompetenz soll gestärkt werden.

## 3 Mensch im Mittelpunkt

Die Beschäftigten der Zollverwaltung stellen für die Realisierung der Projektziele die wesentliche Erfolgsgröße dar. Sie stehen daher im Mittelpunkt der Neustrukturierung. Im Kern werden die Zöllnerinnen und Zöllner noch intensiver als bisher ihre gesetzlich normierten Fachaufgaben wahrnehmen. Dazu werden optimierte Rahmenbedingungen mit einer besseren Unterstützung durch Informationstechnologie, eine intensiviertere Aus- und Fortbildung, ein Mehr an Eigenverantwortung und zügigere Verwaltungsabläufe beitragen. Ein modernes Führungs- und Steuerungssystem komplettiert den neuen Ansatz.



## 4 Auswirkungen für die Dienststellen der Zollverwaltung

Der dreistufige Verwaltungsaufbau wird beibehalten. Die Aufgaben der Zollverwaltung werden nach strategischen und operativen Gesichtspunkten getrennt und ebenengerecht zugewiesen. Im Rahmen dessen wird das Bundesministerium der Finanzen (Abteilung III – Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung) strategisch, die Ortsebene grundsätzlich operativ tätig. Die Mittelebene nimmt primär eine Brücken- und Unterstützungsfunktion wahr.

### Hauptzollämter

Die Stellung der Hauptzollämter wird gestärkt, indem die operativen Aufgaben auf der örtlichen Ebene konzentriert werden und sie die Verantwortung für die Abläufe und die Ergebnisse erhalten. Fachliche Standards und eine stärkere Berücksichtigung der Ergebnisse von Risikoanalysen unterstützen dabei die Aufgabenwahrnehmung.

Die bislang bei den Oberfinanzdirektionen bearbeiteten Aufgaben im Bereich Ahndung im Außenwirtschafts- und Marktordnungsrecht sowie bei der Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs und im Bereich der Personalverwaltung werden auf die Hauptzollämter übertragen. Ein neuer Zuschnitt der Sachgebiete mit der Zusammenführung der Kontrolleinheiten sowie die Konzentration der Ahndung in je einem Sachgebiet sorgen für einen flexibleren Personaleinsatz und eine einheitliche Vorgehensweise bei Kontrollen sowie eine klar festgelegte Zuständigkeit des Hauptzollamts für das Aufgabengebiet Ahndung. Die Stabsfunktionen Controlling, Innenrevision und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen die Leitung des Hauptzollamts bei der Steuerung und Leitung der Dienststelle.

### Zollämter

Die 187 Binnenzollämter werden anhand einheitlicher Parameter (Personalbedarf, Kosten, Einnahmen, Bezirksgröße – Wegezeiten für die

Wirtschaftsbeteiligten –, Strukturen der örtlichen Wirtschaft) organisatorisch untersucht. Ziel ist es, wirtschaftliche Betriebsgrößen zu erhalten. Dabei wird berücksichtigt, dass die Präsenz des Zolls in der Fläche durch die Einrichtung mobiler Abfertigungseinheiten und der Abfertigung an einem von der Zollverwaltung zu bestimmenden Ort erhalten bleibt.

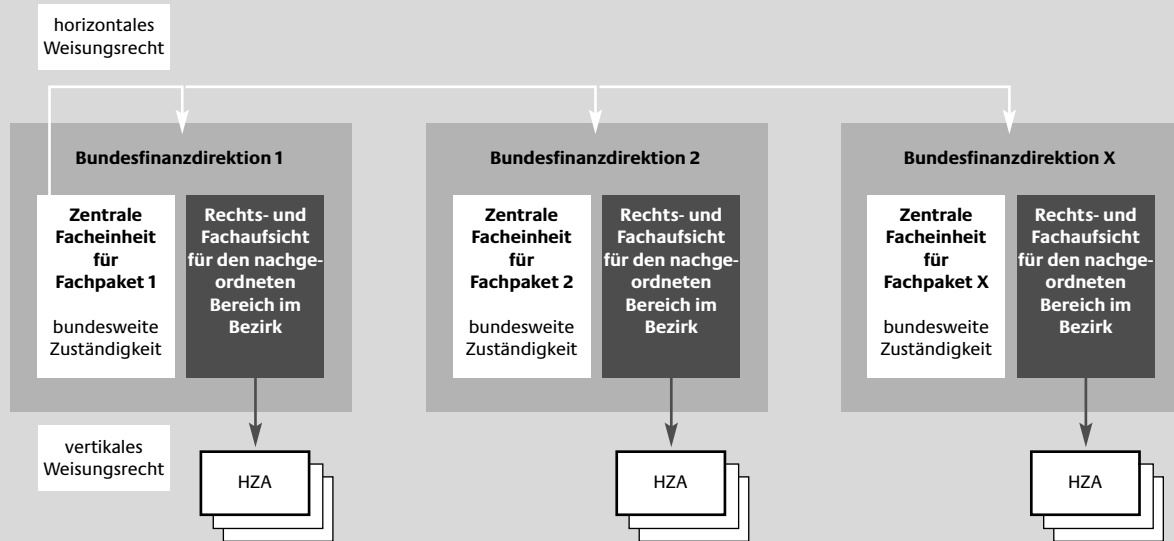
### Bundesfinanzdirektionen

Es werden fünf Bundesfinanzdirektionen als neue Mittelbehörden mit zugeordneten Bezirken in Hamburg, Potsdam, Köln, Neustadt an der Weinstraße und Nürnberg errichtet. Die Aufgaben der neuen Bundesfinanzdirektionen umfassen eine bundesweite Zuständigkeit für sog. „Fachpakete“ (zusammengehörige Rechtsgebiete und Fachprozesse) sowie eine regionale Zuständigkeit für die Rechts- und Fachaufsicht mit zielgerichteter Ressourcensteuerung für ihren nachgeordneten Bereich.

Für das zugewiesene Fachpaket (z.B. Verbrauchsteuerrecht oder Allgemeines Zollrecht) wird bei jeder Bundesfinanzdirektion eine Abteilung „Zentrale Facheinheit“ eingerichtet. Diese hat insoweit eine horizontale (fachliche) Weisungsbefugnis gegenüber den übrigen Bundesfinanzdirektionen und dem Zollkriminalamt.

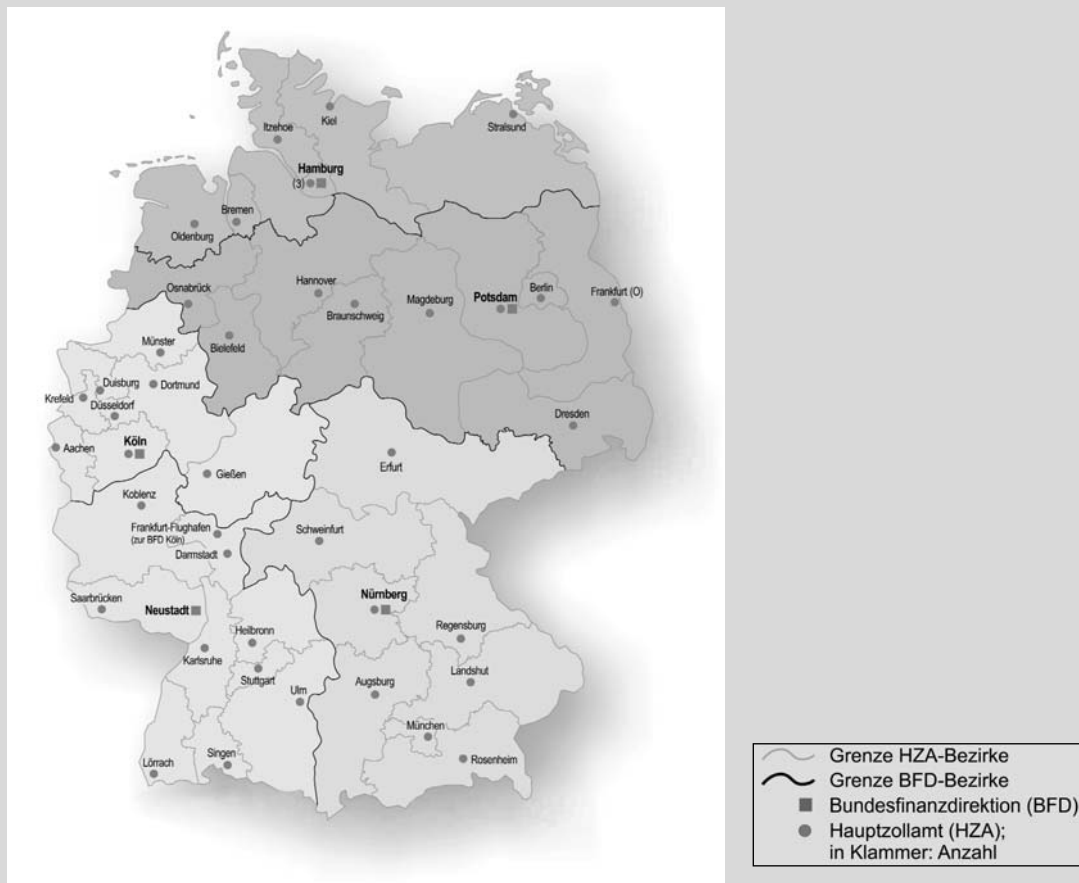
Die Abteilung „Rechts- und Fachaufsicht“ steuert und koordiniert die nachgeordneten Behörden im Bezirk. Sie muss die Vorgaben der Zentralen Facheinheiten regional bewerten und die Umsetzung im Rahmen der zielgerichteten Ressourcensteuerung unterstützen. In neuen Rechtsfragen und Rechtsfragen aufgrund unklarer Entscheidungslage oder lückenhafter Standards bittet sie die jeweils zuständige Bundesfinanzdirektion (Abteilung Zentrale Facheinheit) um Klärung. Die Leitung der Bundesfinanzdirektion wird durch die Stabsfunktionen Controlling, Innenrevision und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Derzeitige Vororte, Zentralstellen und Koordinierende Stellen gehen – soweit sie einem Fachpaket zugeordnet werden können – mit ihren Fachaufgaben in den jeweiligen Abteilungen Zentrale Facheinheit der einzelnen Bundesfinanzdirektionen auf.

Abbildung 1: Weisungsrechte der Bundesfinanzdirektionen



Quelle: Projekt „Strukturentwicklung Zoll“.

Abbildung 2: Bezirke und Standorte der Hauptzollämter und der künftigen Bundesfinanzdirektionen



Quelle: Projekt „Strukturentwicklung Zoll“.

## Zollfahndungsdienst

Der Zollfahndungsdienst wird künftig steuerliche Aspekte bei seiner Aufgabenerfüllung stärker berücksichtigen. Dafür wird der Zollfahndungsdienst künftig über gemeinsame Ziele mit der übrigen Zollverwaltung gesteuert und ein von einer Stelle im Bezirk koordinierter Ressourceneinsatz eingerichtet.

Die operativen Aufgabenanteile aus den Aufgabenbereichen Organisation, Personal und Haushalt werden vom Zollkriminalamt auf die Zollfahndungsämter verlagert. Die verbleibenden Aufgaben aus diesen Bereichen gehen auf die Bundesfinanzdirektionen über; die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt in enger Abstimmung mit dem Zollkriminalamt.

Des Weiteren wird auch im Zollkriminalamt eine Zentrale Facheinheit eingerichtet, der das Fachpaket „Strafverfolgung“ zugewiesen wird. Insoweit erhält das Zollkriminalamt eine unmittelbare, ausschließlich horizontal wahrzunehmende Weisungsbefugnis gegenüber den Bundesfinanzdirektionen, soweit Aufgaben der Hauptzollämter betroffen sind.

## 5 Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Zollverwaltung

### Aus- und Fortbildung

Die Aus- und Fortbildungseinrichtungen (einschließlich der wissenschaftlich-technischen Bereiche der Zolltechnischen Prüfungs- und Lehranstalten) werden – mit Ausnahme der Bildungseinrichtung des Zollkriminalamts – unter dem Dach des Bildungs- und Wissenschaftszentrums der Bundesfinanzverwaltung zusammengeführt. Auf diese Weise wird eine Verbesserung der Koordination und Steuerung des Aus- und Fortbildungsbereichs erreicht.

Die Aus- und Fortbildung orientiert sich durch einen Methodenwandel von der Lehr- zur Lernerorientierung neu, indem eine wesentlich aktivere Rolle der Adressaten gefordert und gefördert sowie ihre Eigenverantwortung für den Lernerfolg gestärkt wird. Die Fortbildung erhält durch zusätzliche Anreize, die auch bei der Personalentwicklung berücksichtigt werden, einen höheren Stellenwert.

### Führung und Steuerung

Es wird eine gemeinsame Führungskultur als Grundlage der Personalführung entwickelt. Die Führungskräfte der Zollverwaltung werden systematisch und permanent in den neuen Führungsgrundsätzen fortgebildet. Als Leitlinien für die Führungsgrundsätze gelten: Führen durch Vorbild, Führen durch Ziele, Führen durch Kooperation, Führen durch offene Kommunikation und transparente Information, Führen mit Veränderungsbereitschaft, Führen durch Fordern und Fördern, Führen durch Delegation sowie Führen unter Berücksichtigung des Gender Mainstreaming.

Um eine Flächenverwaltung wie die Zollverwaltung mit den neu ausgerichteten dezentralen Aufgabenbereichen zielgerichtet steuern zu können, ist ein durchgängiges, umfassendes Steuerungssystem erforderlich. Dafür ist das bestehende Steuerungssystem fortzuentwickeln. Elemente des Steuerungskonzeptes sind ein Leitbild für die Zollverwaltung, das bis Mitte

2007 zu entwickeln ist, Steuerungsgrundsätze, die auf Basis des Leitbildes definiert werden, sowie das transparente Steuern durch Ziele auf allen Ebenen der Zollverwaltung.

### **Personalentwicklung und -verwaltung**

Die bislang vorhandenen Elemente der Personalentwicklung wie zum Beispiel Fortbildung, Mitarbeitergespräche und Beurteilungen werden in einem Personalentwicklungskonzept für die Zollverwaltung fortentwickelt und verknüpft. Ziel ist es unter anderem, die sachgerechte Personalauswahl zu verbessern, die Motivation der Beschäftigten zu steigern, das Verantwortungs- und Leistungsbewusstsein zu stärken sowie Aufstiegsmöglichkeiten und Karrierechancen aufzuzeigen.

Mit standardisierten Anforderungsprofilen, Personalentwicklungsgesprächen und einer Verwendungsplanung wird ein Rahmen für die Personalentwicklung festgelegt. Für Führungskräfte werden als zusätzliche Personalentwicklungsmaßnahmen ein Führungskräftefeedback und Coaching eingeführt.

Zur flexibleren Planung und Steuerung des Personaleinsatzes und zur Stärkung der Eigenverantwortung erledigen künftig die jeweiligen Beschäftigungsbehörden (Hauptzollämter, Zollfahndungsämter) die operativen Personalverwaltungsaufgaben.

### **Informationstechnologie**

Die IT-Landschaft der Zollverwaltung ist adressatenorientiert auszubauen und die vorhandenen IT-Fachverfahren sind fortzuentwickeln. Ein Element ist der Ausbau des Intranet-Portals der Zollverwaltung zu einer Informations- und Wissensdatenbank, die es ermöglichen soll, standortunabhängig und aufgabenbezogen auf alle für die Aufgabenerfüllung notwendigen Informationen zuzugreifen.

## **6 Ausblick**

Auf der Grundlage des Grobkonzeptes wird bis Ende 2007 ein Feinkonzept erstellt. Hierin werden unter anderem auch die personalwirtschaftlichen Auswirkungen der Neustruktur festgelegt. Parallel dazu werden die jeweiligen rechtlichen Regelungen entsprechend angepasst. Die Umsetzung soll sozialverträglich erfolgen. Das Grobkonzept finden Sie im Intranet der Bundesfinanzverwaltung sowie unter [www.zoll.de](http://www.zoll.de) und [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	111



## Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>84</b>
1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen .....	84
2 Gewährleistungen .....	85
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 .....	85
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010 .....	86
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006 .....	88
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 .....	92
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006 .....	94
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	96
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	97
10 Entwicklung der Staatsquote .....	98
11 Schulden der öffentlichen Haushalte .....	99
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	100
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	101
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	102
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	103
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	104
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	105
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006 .....	106
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>107</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006 .....	107
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006 .....	107
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2006 .....	108
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2006 .....	109
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>111</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	111
2 Preisentwicklung .....	111
3 Außenwirtschaft .....	112
4 Einkommensverteilung .....	112
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	113
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	114
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	115
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern .....	116
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	117
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	118

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 30. November 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Dezember 2006 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	570 550	0	0	570 550
Bundesobligationen	181 949	4 000	0	185 949
Bundesschatzbriefe	10 247	117	167	10 197
Bundesschatzanweisungen	117 000	7 000	14 000	110 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 623	5 893	5 913	35 603
Finanzierungsschätze	3 004	184	143	3 045
Schuldscheindarlehen	24 941	139	504	24 576
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>943 518</b>			<b>940 124</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. November 2006 Mio. €	Stand: 31. Dezember 2006 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	177 804	178 372
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	304 830	296 943
langfristig (mehr als 4 Jahre)	460 884	464 810
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>943 518</b>	<b>940 124</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	100,2	106,5
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	28,6	30,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,8	60,6

## 3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
<b>1. Ausgaben</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,5</b>	<b>274,3</b>	<b>274,9</b>	<b>276,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,5	3,4	1,4	0,2	0,7
<b>2. Einnahmen</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>250,7</b>	<b>252,6</b>	<b>253,7</b>	<b>256,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	1,9	12,3	0,8	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	220,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	7,2	13,7	– 1,1	3,6	2,3
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>– 31,4</b>	<b>– 28,2</b>	<b>– 19,8</b>	<b>– 21,7</b>	<b>– 21,2</b>	<b>– 20,7</b>
in % der Ausgaben	12,1	10,8	7,3	7,9	7,7	7,5
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (–)<sup>1</sup></b>	<b>229,4</b>	<b>.</b>	<b>235,8</b>	<b>242,5</b>	<b>242,0</b>	<b>239,6</b>
<b>5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>0,2</b>	<b>.</b>				
<b>6. Tilgungen (+)<sup>2</sup></b>	<b>193,0</b>	<b>.</b>	<b>216,3</b>	<b>221,1</b>	<b>221,0</b>	<b>219,1</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>– 31,2</b>	<b>– 27,9</b>	<b>– 19,6</b>	<b>– 21,5</b>	<b>– 21,0</b>	<b>– 20,5</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	24,0	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	– 2,2	3,2	– 2,2	0,8	– 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

<sup>2</sup> Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2007.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 372</b>	<b>26 110</b>	<b>26 204</b>	<b>26 127</b>	<b>26 179</b>	<b>26 168</b>
Aktivitätsbezüge	19 891	19 730	19 761	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 206	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 380	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 008	4 124	4 207	4 278	4 359
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>17 712</b>	<b>18 349</b>	<b>18 715</b>	<b>18 783</b>	<b>19 030</b>	<b>19 383</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 517	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 654	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 543	8 027	7 917	7 880
<b>Zinsausgaben</b>	<b>37 371</b>	<b>37 469</b>	<b>39 278</b>	<b>41 498</b>	<b>42 488</b>	<b>44 778</b>
an andere Bereiche	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	39 233	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	3	4	2	2	2
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>154 274</b>	<b>156 016</b>	<b>162 467</b>	<b>163 834</b>	<b>162 802</b>	<b>163 005</b>
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 770	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 538	9 141	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	38	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 361	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	142 079	147 697	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	14 275	18 002	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	32 256	27 847	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	91 707	97 633	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	881	825	817	817
an Ausland	3 140	3 024	3 328	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>235 728</b>	<b>237 944</b>	<b>246 664</b>	<b>250 242</b>	<b>250 499</b>	<b>253 335</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 246</b>	<b>7 112</b>	<b>6 860</b>	<b>6 730</b>	<b>6 750</b>	<b>6 649</b>
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 326	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	1 029	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>12 977</b>	<b>13 302</b>	<b>14 051</b>	<b>13 721</b>	<b>13 332</b>	<b>13 027</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	13 674	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 755	6 051	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 700	5 979	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	66	65	77	82
Sondervermögen	–	–	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 161	7 624	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 999	5 333	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 162	2 291	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	376	355	333	320
an andere Bereiche	360	387	376	355	333	320
Unternehmen – Inland	–0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	172	161	155	148	145
Ausland	201	215	215	200	185	175

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>3 899</b>	<b>2 687</b>	<b>3 422</b>	<b>3 329</b>	<b>3 856</b>	<b>3 952</b>
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 778	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 777	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	1 666	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	1 058	1 111	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	644	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	578	616	759	874	747
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>24 121</b>	<b>23 102</b>	<b>24 333</b>	<b>23 779</b>	<b>23 938</b>	<b>23 628</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	23 957	23 425	23 604	23 308
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 496</b>	<b>278</b>	<b>463</b>	<b>– 164</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>259 849</b>	<b>261 046</b>	<b>270 500</b>	<b>274 300</b>	<b>274 900</b>	<b>276 800</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 732</b>	<b>43 378</b>	<b>23 565</b>	<b>13 984</b>	–	<b>5 830</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 620	7 359	3 735	1 116	–	2 508
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 987	2 746	446	127	–	2 173
03 Verteidigung	27 795	27 408	15 190	11 440	–	778
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 854	2 595	1 791	747	–	56
05 Rechtsschutz	325	313	220	78	–	15
06 Finanzverwaltung	3 151	2 958	2 182	475	–	300
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>12 047</b>	<b>8 515</b>	<b>487</b>	<b>615</b>	–	<b>7 413</b>
13 Hochschulen	1 894	968	7	5	–	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 466	1 466	–	–	–	1 466
15 Sonstiges Bildungswesen	461	405	9	59	–	337
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 004	5 384	470	547	–	4 366
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 222	291	1	3	–	288
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>134 509</b>	<b>133 639</b>	<b>198</b>	<b>862</b>	–	<b>132 578</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 660	85 660	38	0	–	85 622
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 345	4 345	–	–	–	4 345
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 619	3 396	–	141	–	3 255
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	39 475	39 340	42	662	–	38 635
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	126	126	–	–	–	126
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 285	773	118	59	–	595
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>897</b>	<b>698</b>	<b>242</b>	<b>243</b>	–	<b>214</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	333	311	133	134	–	45
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	333	311	133	134	–	45
32 Sport	124	100	–	18	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	198	156	74	40	–	41
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	242	131	35	50	–	46
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 488</b>	<b>706</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	–	<b>701</b>
41 Wohnungswesen	1 002	702	–	1	–	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	1	–	1
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	9	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>908</b>	<b>490</b>	<b>27</b>	<b>120</b>	–	<b>344</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	614	229	–	1	–	228
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	113	113	–	54	–	59
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	113	113	–	54	–	59
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	181	148	27	64	–	57



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>983</b>	<b>1 641</b>	<b>1 729</b>	<b>4 353</b>	<b>4 321</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	258	2	–	261	261
02 Auswärtige Angelegenheiten	57	1 548	1 636	3 241	3 239
03 Verteidigung	289	89	10	388	358
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	260	–	–	260	260
05 Rechtsschutz	11	–	–	11	11
06 Finanzverwaltung	108	1	84	193	193
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>100</b>	<b>3 433</b>	<b>–</b>	<b>3 533</b>	<b>3 532</b>
13 Hochschulen	1	925	–	926	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	56	56
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1 522	–	1 620	1 619
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	930	–	931	931
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>8</b>	<b>861</b>	<b>1</b>	<b>871</b>	<b>521</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	221	1	223	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	130	–	135	5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	509	0	512	512
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>142</b>	<b>57</b>	<b>–</b>	<b>199</b>	<b>196</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	16	6	–	22	22
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	16	6	–	22	22
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	17	26	–	43	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	109	1	–	111	111
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>748</b>	<b>34</b>	<b>782</b>	<b>782</b>
41 Wohnungswesen	–	266	34	300	300
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	7	–	7	7
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>17</b>	<b>400</b>	<b>1</b>	<b>418</b>	<b>418</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	384	0	385	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	17	16	0	33	33

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 745</b>	<b>2 926</b>	<b>49</b>	<b>330</b>	<b>–</b>	<b>2 547</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	418	398	–	185	–	213
621 Kernenergie	211	211	–	–	–	211
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	208	187	–	185	–	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 817	1 797	–	4	–	1 793
64 Handel	85	85	–	53	–	33
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	140	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 302	506	49	86	–	371
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 012</b>	<b>3 450</b>	<b>995</b>	<b>1 821</b>	<b>–</b>	<b>635</b>
72 Straßen	7 524	984	–	863	–	121
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 402	810	491	258	–	61
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	360	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	171	171	42	9	–	120
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 554	1 484	462	690	–	332
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 295</b>	<b>5 767</b>	<b>–</b>	<b>14</b>	<b>–</b>	<b>5 754</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	3 909	383	–	14	–	369
832 Eisenbahnen	3 409	77	–	2	–	75
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	500	306	–	12	–	294
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 386	5 384	–	–	–	5 384
873 Sondervermögen	5 361	5 361	–	–	–	5 361
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	25	23	–	–	–	23
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>38 412</b>	<b>38 374</b>	<b>545</b>	<b>359</b>	<b>37 469</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	37 506	37 506	–	37	37 469	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	868	868	545	322	–	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>261 046</b>	<b>237 944</b>	<b>26 110</b>	<b>18 349</b>	<b>37 469</b>	<b>156 016</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>2</b>	<b>1 023</b>	<b>794</b>	<b>1 819</b>	<b>1 819</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	21	–	21	21
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	21	–	21	21
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	983	–	983	983
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	794	796	796
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 798</b>	<b>1 763</b>	<b>–</b>	<b>7 562</b>	<b>7 562</b>
72 Straßen	5 148	1 393	–	6 541	6 541
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	592	–	–	592	592
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	359	–	359	359
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	12	–	69	69
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>62</b>	<b>3 338</b>	<b>128</b>	<b>3 527</b>	<b>3 527</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	61	3 338	128	3 526	3 526
832 Eisenbahnen	–	3 235	98	3 332	3 332
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	61	103	30	194	194
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	–	–	2	2
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	2	–	–	2	2
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>7 112</b>	<b>13 302</b>	<b>2 687</b>	<b>23 102</b>	<b>22 715</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse							Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>250,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	12,3
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 19,8</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3	15,5
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>39,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,5	60,0
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>24,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	34,3	37,3
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>220,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	13,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	42,1	42,8
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 19,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	67,2	73,6
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1489 1/2	1517
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	918	938

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>2</sup>
	Mrd. €					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>						
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	632
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	590 1/2
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 41 1/2
darunter:						
Bund						
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	233
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28
Länder						
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	259
Einnahmen	229,4	227,6	228,2	231,7	235,3	247 1/2
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 11
Gemeinden						
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	157 1/2
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	158 1/2
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	1
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>						
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	1
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	3
darunter:						
Bund						
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	1/2
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	2
Länder						
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 0
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	0,3	1,5	1,6	5 1/2
Gemeinden						
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	2 1/2
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	5

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> Schätzung (Bund 2006 Ist-Zahlen).

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.  
Stand: Januar 2007.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>2</sup>
	Anteile in %					
<b>Finanzierungssaldo</b>						
(1) in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,4	- 2
darunter:						
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0
(2) in % der Ausgaben						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	-10,9	-10,7	- 8,5	- 6 1/2
darunter:						
Bund	- 9,5	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-11
Länder	-10,1	-11,4	-11,8	- 9,5	- 9,3	- 4 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	1
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>						
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,8	27,9	27 1/2
darunter:						
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11 1/2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	21,1	20,6	20,5	20,1	20,2	21

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> Schätzung (Bund 2006 Ist-Zahlen).

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Januar 2007.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006 <sup>2</sup>	484,9	244,1	240,7	50,4	49,6
2007 <sup>2</sup>	514,1	249,4	264,7	48,5	51,5

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006.  
Stand: November 2006.



## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 <sup>3</sup>	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 <sup>4</sup>	22,7	40,2	21	37 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

<sup>4</sup> Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,4	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,5	26,5	22,0
2004 <sup>5</sup>	47,1	25,9	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,8	26,0	20,8
2006 <sup>6</sup>	45,8	25,6	20,1

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

<sup>6</sup> Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
	<b>Schulden in Mio. €<sup>1</sup></b>				
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 203 887</b>	<b>1 253 195</b>	<b>1 325 733</b>	<b>1 394 955</b>	<b>1 447 505</b>
Bund <sup>2</sup>	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) <sup>3</sup>	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	301
	<b>Anteil der Schulden am BIP (in %)</b>				
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>57,0</b>	<b>58,4</b>	<b>61,3</b>	<b>63,0</b>	<b>64,4</b>
Bund <sup>2</sup>	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9
Gemeinden	4,3	4,2	4,2	4,2	4,1
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) <sup>3</sup>	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand <sup>4</sup>	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9
	<b>Schulden insgesamt (€)</b>				
je Einwohner	14 603	15 183	16 063	16 908	17 559
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 235	35 883	37 285
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 161,5	2 207,2	2 241,0
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,403	82,526	82,532	82,501	82,438
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

<sup>2</sup> Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

<sup>3</sup> West- und Ost-Berlin.

<sup>4</sup> Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	57,3	2,7
2003 <sup>5</sup>	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,5	- 3,1
2004 <sup>5</sup>	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,3	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 53,0	- 2,4
2006 <sup>6</sup>	- 46,5	- 50,4	3,9	- 2,0	- 2,2	0,2	- 37 1/2	- 1 1/2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

<sup>6</sup> Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Januar 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 2,0</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 2,3</b>	<b>- 1,6</b>	<b>- 1,2</b>
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,2	1,1	2,7	4,9	4,0	4,3	4,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,1	- 7,8	- 5,2	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,5	1,1	0,9
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 2,7	- 2,6	- 2,2
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,3	1,5	1,1	1,2	0,9	0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,4	- 4,1	- 4,7	- 2,9	- 3,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,5	- 0,5	- 0,3
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,0	0,1	0,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,0
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 4,6	- 4,0	- 3,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9
Schweden	-	-	-	-7,0	5,0	0,1	1,8	3,0	2,8	2,4	2,5
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,5	- 3,3	- 3,2	- 3,3	- 2,9	- 2,8	- 2,5
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,5	- 1,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 1,9	- 1,5	- 1,3
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	2,5	1,6	1,3
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 0,9	0,1	- 1,0	- 1,2	- 1,2
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 1,0	- 1,2	- 1,3
Malta	-	-	-	-	- 6,1	-10,0	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 2,7	- 2,9
Polen	-	-	-	- 4,4	- 1,5	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 2,2	- 2,0	- 1,8
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 3,7	- 3,0	- 3,1	- 3,4	- 3,0	- 2,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 1,5
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,6	- 3,5	- 3,6	- 3,2
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 7,2	- 6,5	- 7,8	-10,1	- 7,4	- 5,6
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 1,7
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,0	- 1,6	- 1,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,2	- 2,4	- 2,8
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,6	- 5,1	- 4,7

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 für alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: November 2006.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>31,2</b>	<b>40,7</b>	<b>42,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>63,9</b>	<b>65,7</b>	<b>67,9</b>	<b>67,8</b>	<b>67,7</b>	<b>67,3</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,4	86,3	83,2
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	44,4	42,6	35,9	28,5	24,5	22,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,8	101,0	96,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,1	39,7	37,0	34,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,4	66,6	64,7	63,9	63,3
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,1	29,7	27,4	25,8	24,4	23,6
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,9	106,6	107,2	105,9	105,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,0	7,4	7,3	7,1
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	50,5	47,8	45,4
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	62,1	60,9	59,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	57,0	58,6	64,0	67,4	69,4	70,7
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,3	41,3	38,8	37,3	35,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	51,8	50,5	50,4	46,7	42,6	38,7
Vereinigtes Königreich	52,4	51,9	33,4	50,9	41,2	38,9	40,4	42,4	43,2	44,1	44,7
Euroraum	33,8	50,7	57,1	72,4	69,2	69,2	69,7	70,6	69,4	68,0	66,9
EU-15	–	–	–	69,6	63,1	63,0	63,3	64,5	63,3	62,2	61,2
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,5	4,0	2,7	2,1
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,1	11,1	10,6	10,3
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,7	18,9	19,6	19,8
Malta	–	–	–	–	55,4	70,2	74,9	74,2	69,6	69,0	68,6
Polen	–	–	–	–	35,9	43,9	41,8	42,0	42,4	43,1	42,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,7	41,6	34,5	33,0	31,6	31,0
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,5	28,7	28,0	28,4	28,0	27,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,9	30,8	31,0
Ungarn	–	–	–	–	53,4	58,0	59,4	61,7	67,6	70,9	72,7
Zypern	–	–	–	–	59,5	69,1	70,3	69,2	64,8	62,2	59,6
EU-25	–	–	–	–	62,0	62,0	62,4	63,3	62,5	61,4	60,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	63,8	64,5	64,6	61,7	61,2	61,7
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	137,1	160,2	157,3	158,9	161,5	163,7	165,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für EU-15, USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,5</b>	<b>24,6</b>	<b>22,3</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>21,1</b>	<b>20,6</b>	<b>20,8</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>37,5</b>	<b>35,7</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>35,5</b>	<b>34,7</b>	<b>34,7</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.



## 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>44,4</b>	<b>45,1</b>	<b>48,3</b>	<b>47,0</b>	<b>46,8</b>	<b>46,1</b>	<b>45,1</b>
Belgien	52,2	49,1	51,1	49,6	50,1	50,1	49,9
Dänemark	55,9	53,9	54,9	54,8	53,0	51,7	50,8
Finnland	48,3	48,8	50,9	51,2	50,8	50,5	50,5
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,7	54,4	54,5	53,9
Griechenland	50,2	52,2	49,4	49,2	46,7	46,0	45,8
Irland	43,1	31,6	33,4	33,7	34,6	34,8	35,1
Italien	53,5	46,1	48,2	47,8	48,2	47,8	48,1
Japan	31,8	39,2	38,5	37,3	36,9	36,7	36,5
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,3	38,9	39,1
Luxemburg	37,7	37,7	42,1	43,2	43,3	41,7	41,2
Niederlande	53,1	43,7	47,1	46,6	45,7	46,5	45,6
Norwegen	54,0	42,7	48,5	45,9	42,9	41,8	41,8
Österreich	51,5	51,4	51,0	50,1	49,6	48,6	47,7
Polen	–	41,0	44,6	42,5	42,8	43,3	43,5
Portugal	40,0	43,1	45,9	46,4	47,8	47,2	47,4
Schweden	61,3	56,8	58,2	56,7	56,4	56,7	55,5
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,6	36,4	36,1	35,9
Slowakei	–	50,9	39,8	39,8	37,7	36,5	35,7
Spanien	42,6	39,0	38,3	38,8	38,2	38,2	38,3
Tschechien	–	42,0	47,5	44,3	43,9	43,9	43,7
Ungarn	–	47,4	49,8	49,4	50,5	49,3	49,2
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,6	36,7
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	44,0	45,1	45,6	45,9

<sup>1</sup> 1990 nur alte Bundesländer.  
 Quelle: OECD-Outlook Nr. 79.  
 Stand: Juni 2006.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

## Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

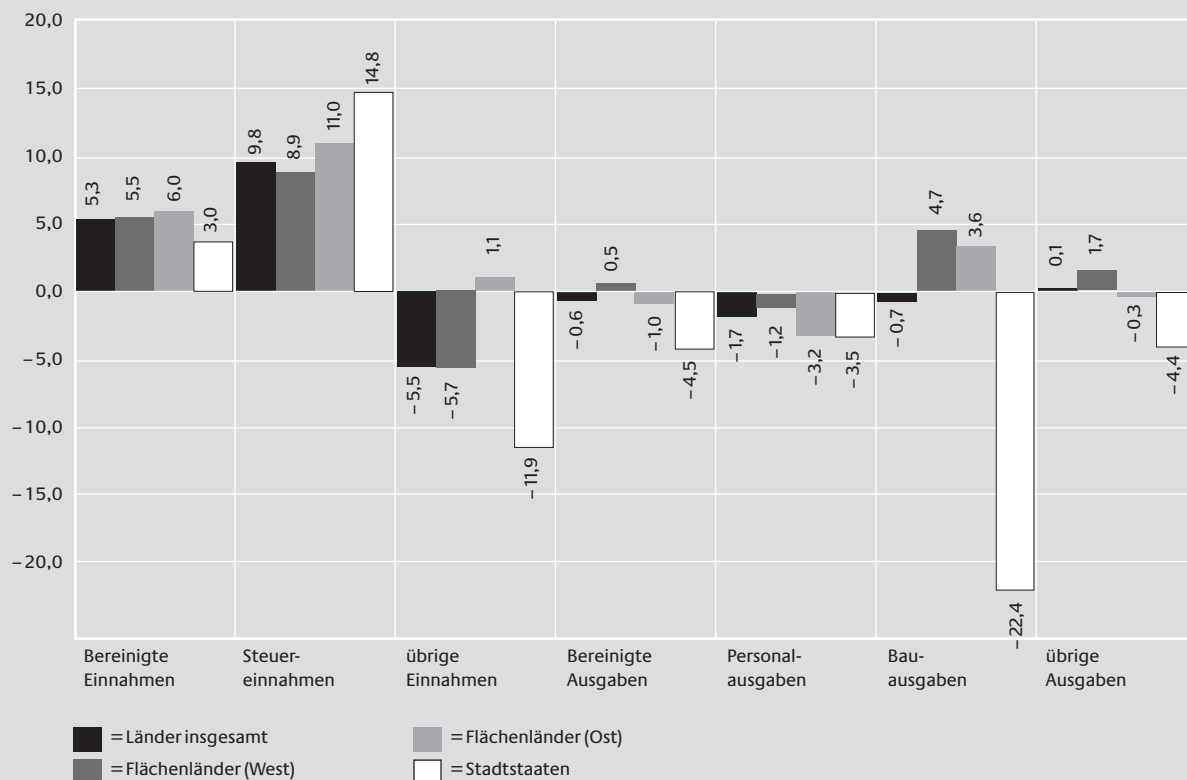
# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>163 047</b>	<b>147 208</b>	<b>48 872</b>	<b>44 020</b>	<b>29 112</b>	<b>27 388</b>	<b>235 579</b>	<b>213 356</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	126 872	116 703	23 671	22 608	17 783	17 049	168 326	156 360
übrige Einnahmen	36 175	30 506	25 201	21 412	11 329	10 339	67 253	56 996
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>178 087</b>	<b>161 330</b>	<b>51 871</b>	<b>45 138</b>	<b>34 014</b>	<b>30 909</b>	<b>258 521</b>	<b>232 116</b>
darunter:								
Personalausgaben	71 663	67 265	12 768	11 557	11 098	10 221	95 530	89 043
Bauausgaben	2 584	1 704	1 434	1 086	874	477	4 893	3 267
übrige Ausgaben	103 840	92 361	37 669	32 495	22 042	20 211	158 098	139 806
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 15 036</b>	<b>-14 122</b>	<b>- 3 000</b>	<b>- 1 118</b>	<b>- 4 871</b>	<b>- 3 521</b>	<b>- 22 907</b>	<b>- 18 760</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



### 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	November 2005			Oktober 2006			November 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>193 976</b>	<b>202 678</b>	<b>381 420</b>	<b>178 995</b>	<b>194 898</b>	<b>360 494</b>	<b>197 723</b>	<b>213 356</b>	<b>395 995</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	158 365	142 394	300 758	154 461	147 533	301 995	171 530	156 360	327 890
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	207 594 <sup>3</sup>	76 532	284 127	208 340 <sup>3</sup>	60 496	268 836	226 661 <sup>3</sup>	66 551	293 211
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>246 909</b>	<b>233 506</b>	<b>480 415</b>	<b>219 823</b>	<b>209 859</b>	<b>429 682</b>	<b>242 335</b>	<b>232 116</b>	<b>474 450</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	24 668	90 595	115 262	21 942	79 514	101 456	24 407	89 043	113 450
122	Bausausgaben	4 643	3 291	7 934	3 935	2 768	6 703	4 567	3 267	7 833
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–183	–183	–	–305	–305	–	–368	–368
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	180 125	55 421	235 546	177 941	57 142	235 084	189 328	59 415	248 743
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 52 932</b>	<b>– 30 828</b>	<b>– 83 761</b>	<b>– 40 828</b>	<b>– 14 961</b>	<b>– 55 789</b>	<b>– 44 612</b>	<b>– 18 760</b>	<b>– 63 372</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	27 758	20 718	48 476	30 797	2 940	33 736	37 679	6 710	44 389
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	0	0	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 161	–1 161	–	–180	–180	–	–180	–180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	13 936	8 452	22 388	10 051	10 848	20 899	8 506	8 615	17 122
32	Vorschüsse	–	6 969	6 969	–	9 658	9 658	–	4 839	4 839
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	5 146	5 146	–	5 878	5 878	–	5 874	5 874
34	Saldo (31–32+33)	13 936	6 629	20 565	10 051	7 068	17 119	8 506	9 651	18 157
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–11 239	–4 643	–15 881	20	–5 133	–5 113	1 573	–2 579	–1 007
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	11 239	4 265	15 504	–	4 825	4 825	–	2 586	2 586
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	335	335	–	194	194	–	205	205
56	Zusammen	11 239	4 600	15 839	–	5 019	5 019	–	2 791	2 791
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–43	–43	20	–114	–94	1 573	212	1 785
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	431	431	–	715	715	–	820	820
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 647	1 647	–	2 066	2 066	–	2 081	2 081

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Januar 2007.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>26 888,4</b>	<b>30 237,6</b>	<b>8 367,8</b>	<b>15 614,1</b>	<b>5 897,1</b>	<b>19 098,7</b>	<b>38 067,3</b>	<b>9 450,3</b>	<b>2 288,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	20 534,5	23 938,7	4 442,7	12 952,2	2 888,6	14 023,3	31 695,7 <sup>6</sup>	6 858,2	1 780,7
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	474,0	–	416,8	311,6	–	292,9	109,4
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	5 959,3	2 586,6	2 296,4	3 085,5	961,0	5 966,7	15 981,6	5 440,5	1 216,6
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>29 492,9</b>	<b>32 002,4</b>	<b>8 773,1</b>	<b>17 115,0</b>	<b>5 999,3</b>	<b>19 568,5</b>	<b>42 442,4</b>	<b>10 998,6</b>	<b>2 971,4</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	12 721,1	14 742,0	1 979,4	6 320,6	1 422,3	7 809,4 <sup>3</sup>	16 793,6 <sup>3</sup>	4 632,2	1 214,9
122	Bausubstanz	331,9	683,0	163,3	292,5	179,3	80,9	123,6	63,3	48,9
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	2 106,1	1 575,6	–	1 843,8	–	–	194,3	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 980,2	2 525,0	2 564,0	3 427,7	1 121,6	5 917,5	13 453,0	4 677,7	706,1
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 2 604,5</b>	<b>– 1 764,8</b>	<b>– 405,3</b>	<b>– 1 500,9</b>	<b>– 102,2</b>	<b>– 469,8</b>	<b>– 4 375,1</b>	<b>– 1 548,3</b>	<b>– 683,3</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	1 001,9	296,4	– 37,0	– 446,9	– 162,2	– 738,7	2 508,9	589,1	501,1
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>0,0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>0,0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 630,7	1 371,5	350,2	625,8	158,3	437,5	1 694,5	1 115,3	350,2 <sup>8</sup>
32	Vorschüsse	199,2	2 600,4	13,5	50,9	0,6	611,6	88,0	907,6	– 68,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	213,5	2 697,2	0,0	400,3	111,6	840,8	286,2	1,8	10,8
34	Saldo (31–32+33)	1 645,0	1 468,4	336,7	975,2	269,3	666,7	1 892,8	209,4	429,8
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>42,4</b>	<b>0,0</b>	<b>– 105,6</b>	<b>– 972,6</b>	<b>4,9</b>	<b>– 541,8</b>	<b>26,6</b>	<b>– 749,8</b>	<b>247,7</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	95,0	709,0	–	–	0,0	750,0	48,7
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	205,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	95,0	914,0	–	0,0	0,0	750,0	48,7
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>42,4</b>	<b>0,0</b>	<b>– 10,6</b>	<b>– 58,6</b>	<b>4,9</b>	<b>– 541,8</b>	<b>26,6</b>	<b>0,2</b>	<b>296,4<sup>8</sup></b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	605,6	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	840,8	281,4	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 650,255 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Einschl. aufgenommener, buchungsmäßiger noch nicht erfasster Darlehen.

Stand: Januar 2007.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>14 166,0</b>	<b>8 194,5</b>	<b>6 390,3</b>	<b>7 394,6</b>	<b>16 124,8</b>	<b>2 822,2</b>	<b>8 885,9</b>	<b>213 355,6</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	7 269,5	4 228,7	4 919,2	3 778,9	7 969,8	1 804,5	7 274,9	156 360,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	985,7	553,5	112,8	549,8	2 409,5	316,1	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	703,9	7 168,3	3 075,9	1 987,9	8 734,9	1 866,6	– 480,8	66 550,9
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>13 411,0</b>	<b>8 805,2</b>	<b>7 565,3</b>	<b>8 149,0</b>	<b>18 902,8</b>	<b>3 647,5</b>	<b>8 803,2</b>	<b>232 115,5</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 860,8	2 085,3	3 031,1	2 208,9	6 095,3	1 168,8	2 957,2	89 042,9
122	Bausubstanz	524,2	62,4	80,2	156,4	161,6	64,8	250,4	3 266,7
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	444,6	– 367,7
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 615,5	6 836,5	2 265,6	1 378,4	6 500,6	1 445,7	–	59 415,1
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>755,0</b>	<b>– 610,7</b>	<b>– 1 175,0</b>	<b>– 754,4</b>	<b>– 2 778,0</b>	<b>– 825,3</b>	<b>82,7</b>	<b>– 18 759,9</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 833,6	327,3	824,5	609,2	2 246,2	498,2	– 474,4	6 710,0
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 180,1	–	–	–	– 180,1
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>	<b>405,4</b>	<b>471,4</b>	<b>0,0</b>	<b>– 230,7</b>	<b>105,8</b>	<b>110,0</b>	<b>19,5</b>	<b>8 615,4</b>
31	Verwahrungen	646,7	287,9	0,0	43,9	–	– 36,6	– 506,2	4 838,6
32	Vorschüsse	246,8	22,0	0,0	2,2	328,1	66,6	646,3	5 874,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	5,5	205,5	0,0 <sup>5</sup>	– 272,4	433,9	213,1	1 172,0	9 650,9
34	Saldo (31–32+33)	– 73,1	– 78,0	– 350,5	– 597,7	– 97,9	– 114,0	780,3	– 2 579,1
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 73,1</b>	<b>– 78,0</b>	<b>– 350,5</b>	<b>– 597,7</b>	<b>– 97,9</b>	<b>– 114,0</b>	<b>780,3</b>	<b>– 2 579,1</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>605,0</b>	<b>111,0</b>	<b>187,6</b>	<b>80,0</b>	<b>2 586,3</b>
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	–	–	–	–	–
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	205,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	605,0	111,0	187,6	80,0	2 791,3
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 73,1</b>	<b>– 78,0</b>	<b>– 350,5</b>	<b>7,3</b>	<b>13,1</b>	<b>73,5</b>	<b>860,3</b>	<b>212,1</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>214,0</b>	<b>819,6</b>
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	214,0	819,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	328,1	– 15,3	646,3	2 081,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 650,255 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Einschl. aufgenommener, buchungsmäßiger noch nicht erfasster Darlehen.

Stand: Januar 2007.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				in %	Mio.	in %	
			Veränderung in % p. a.						in %
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,5	1,8	1,9	17,8
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	– 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,3	18,1

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	– 0,2	1,0	1,6	1,6	– 0,5
2005	1,5	0,6	– 0,8	0,9	1,4	2,0	– 0,9
2006	2,8	0,3	– 2,2	1,2	1,4	1,7	– 1,1
2001/1996	2,4	0,3	– 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,7	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	– 0,2

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	13,4	15,6	114,11	99,17	44,9	40,0	5,0	4,3
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,1	5,8	94,5	61,3	38,3	34,1	4,3	2,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2006	3,1	6,9	1,3	66,2	67,8	0,7	- 1,7
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,1	5,8	0,4	69,5	70,7	0,8	- 0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,2</b>	<b>0,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,2</b>	<b>2,0</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	2,7	2,3	2,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,7	1,9	3,0	3,0	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	3,8	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,8	3,4	3,3
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,2	2,3	2,1
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	5,3	5,3	4,3
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,1	0,0	1,7	1,4	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	5,5	4,5	4,2
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	3,0	2,9	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,6	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 1,1	1,2	0,4	1,2	1,5	1,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,5	2,9	4,9	3,0	2,6
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	3,7	2,7	4,0	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,7	2,6	2,4
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,6	2,1	2,2
EU-15	2,6	3,0	2,5	3,9	1,1	2,2	1,5	2,6	2,2	2,3
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	10,9	9,5	8,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,6	10,2	11,0	8,9	8,0
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,8	7,0	6,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,4	0,0	2,2	2,3	2,1	2,2
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,2	5,2	4,7	4,8
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	6,7	7,2	5,7
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	4,8	4,2	4,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,0	5,1	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	4,0	2,4	2,7
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,9
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,3	2,4	1,7	2,8	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	1,8	2,3	2,6	2,7	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,4	2,3	2,8

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>1,4</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>	<b>1,2</b>
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	1,8	1,7
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	2,0	1,9
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	3,3
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	2,7
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	2,0	1,8	1,9
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,9	2,7	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,2	2,2	1,8
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,6	1,8	2,3
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	2,9	2,2	2,1
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,6
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,4	2,2	2,0
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	1,9
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	4,2	4,6
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,8	5,4
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,6	3,3
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	3,0	2,6	2,4
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,4	2,5	2,8
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,5	3,4	2,5
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,5	2,6
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	3,9	6,8	3,9
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,4
EU-25	2,1	1,9	2,1	2,2	2,3	2,3	2,0
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,3	0,4	0,7
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,4	2,5	1,9

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.  
Stand: November 2006.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,2</b>	<b>9,0</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>8,9</b>	<b>8,4</b>	<b>7,8</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,6	8,5	8,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,8	3,5	3,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	9,7	10,5	9,8	9,3	8,9	8,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,7	9,2	8,1	7,9	7,4
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,3	9,0	8,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,7	4,5	4,3	4,3	4,5	4,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	7,1	7,0	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,6	4,4	4,1
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,0	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	5,1	5,1	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,6	7,7	7,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,4	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,8	7,3	7,4	7,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,9	4,7	4,7	5,3	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,7	8,9	8,6	8,0	7,7	7,4
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	8,0	8,1	7,9	7,5	7,2	6,9
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,4	3,8	3,1
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	7,4	7,2	7,0
Litauen	–	0,0	6,8	16,4	12,4	11,4	8,3	5,9	5,2	5,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,0	7,0	6,9
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,9	12,2	11,6
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	14,3	13,3	12,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,1	6,1	6,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,4	7,1	6,9
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,3	7,7	7,7
Zypern	–	–	2,7	4,9	4,1	4,6	5,3	5,4	5,5	5,6
EU-25	–	–	10,4	8,6	9,0	9,1	8,8	8,0	7,6	7,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,7	5,1	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,8↑	6,5↑	10,3	12,3	9,6↓	9,3↓	8,1	8,8↓	10,1↑	9,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,5↑	6,5↑	10,9	12,6	9,7↓	8,5↓	9,9	10,9↓	12,3↑	10,7↑
Ukraine	12,1	2,6	5,0↑	2,8↓	9,0	13,5	9,3↓	13,5↑	10,6↑	3,1↑	-2,2↓	-3,8↓
Asien	8,5↑	8,5↑	8,3↑	8,2↑	3,9↓	3,4↓	3,6↓	3,5↓	3,9	4,7↑	4,3↑	4,2↑
darunter												
China	10,1	10,2↑	10,0↑	10,0↑	3,9	1,8	1,5↓	2,2	3,6	7,2↑	7,2↑	7,2↑
Indien	8,0↓	8,5↑	8,3↑	7,3↑	3,9↑	4,0↓	5,6↑	5,3↑	0,2	-1,5↑	-2,1↑	-2,7↑
Indonesien	5,1	5,6	5,2↑	6,0	6,1	10,5	13,0↓	5,9↓	0,6↓	0,3↓	0,2↓	0,6↑
Korea	4,7↑	4,0	5,0↓	4,3↓	3,6	2,7	2,5	2,7↓	4,1	2,1	0,4↓	0,3↓
Thailand	6,2	4,5↑	4,5↓	5,0↓	2,8	4,5	4,9↑	2,6↑	4,2	-2,1↑	-0,8↑	-1,3↑
Türkei <sup>2</sup>	8,9	7,4	5,0↓	5,0	8,6	8,2	10,2↑	7,2↑	-5,2	-6,4↓	-6,7↓	-5,8↑
Lateinamerika	5,7↑	4,3	4,8↑	4,2↑	6,5	6,3	5,6↓	5,2↓	0,9	1,4↑	1,2↑	1,0↑
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	8,0↑	6,0↑	4,4	9,6	12,3↓	11,4↓	2,2	1,9↑	1,0↓	0,6↑
Brasilien	4,9	2,3	3,6↑	4,0↑	6,6	6,9	4,5↓	4,1↓	1,9	1,8	0,6↓	0,4↑
Chile	6,2↑	6,3	5,2↓	5,5↑	1,1	3,1	3,5↓	3,1↑	1,7↑	0,6↑	1,8↑	0,9↑
Mexiko	4,2	3,0	4,0↑	3,5↑	4,7	4,0	3,5	3,3↑	-1,0↑	-0,6↑	-0,1↑	-0,2↑
Venezuela	17,9	9,3	7,5↑	3,7↑	21,7	15,9	12,1↑	15,4↑	12,5	19,1	17,5↑	17,6↑

<sup>1</sup> Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2006.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 24. Januar 2007)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Aktuell 24.1.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	12 622	12 463	1,27	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 799	3 697	2,75	3 204	3 739
Dax	6 748	6 597	2,30	5 292	6 597
CAC 40	5 638	5 542	1,74	4 615	5 618
Nikkei	17 507	17 226	1,63	14 219	17 563

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 24.1.2007	Ende 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,81	4,70	–	4,33	5,25
Bund	4,03	3,95	– 0,78	3,26	4,12
Japan	1,66	1,68	– 3,15	1,43	2,00
Brasilien	12,58	12,57	7,77	12,57	16,91

### Währungen

	Aktuell 24.1.2007	Ende 2006	Änderung in % zu Ende 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,30	1,32	– 1,82	1,18	1,33
Yen/Dollar	121,13	119	1,76	110	120
Yen/Euro	157,06	157	– 0,01	138	157
Pfund/Euro	0,66	0,67	– 2,28	0,67	0,70

**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT KOMMUNIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, JANUAR 2007

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES**

**BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.